

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: 1.10 Mark pro Monat.  
 Vierteljährlich 3.30 Mark, monatlich 1.10 Mark,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Ersteinst täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgeheilte Kolon-  
 nelle oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (teil-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 8. Juli 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Die Furcht vor dem Sozialismus.

Jaurès' Antwort.

Unter dem ersten Eindruck der Verhinderung seiner Berliner Aussprache hat unser Parteigenosse Jaurès in der „Humanité“ unter dem Titel: „Die Furcht vor dem Sozialismus“ die folgende Antwort an den deutschen Kanzler erteilt:

„Das Verbot der Berliner Versammlung ist ein Anzeichen der wachsenden Macht des Sozialismus. Es beliebt Bülow, meinen Takt und meine Mäßigung anzuerkennen. Desto deutlicher gibt er die Verunsicherung der Faktoren kund, welche sich die „Starken“ nennen; und doch handelt es sich in meinem Falle nicht um einen beabsichtigten direkten Angriff gegen Einrichtungen des Deutschen Reiches, sondern um Verkräftigung der Friedensidee, welche auch die deutsche Regierung auf ihr Programm geschrieben hat. Aber man will keine Diplomatie der Völker. Darin erblickt man eine Verunsicherung der bestehenden kapitalistischen und feudalen Diplomatie. Es ist ein Fehler der Regierung, der Friedensidee die Unterstützung des Proletariats entgegen zu stellen. Gleichviel, wir werden, unabhängig von den Maßnahmen der Regierung, an der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich arbeiten, weil wir bei solchem Bestreben der Erhaltung des Weltfriedens zu dienen sicher sind. Als Sozialist und keineswegs als Franzose bin ich am Sprechen verhindert worden. Darum bleibt dieser Zwischenfall vollkommen außerhalb der Beziehungen von Staat zu Staat und kann das begonnene Werk der deutsch-französischen Pazifikation nicht behindern. Wir Sozialisten, der Zukunft und unser selbst sicher, kennen keine kleinliche Ränke. Wenn wir seit Jahren verlangt haben, daß zwischen beiden Ländern zunächst die Spannung aufhöre und eine Annäherung, sodann ein dauerhafter, fester Friede eintrete, so haben wir nicht eine Minute lang vermutet, daß die deutsche Regierung mit dem Sozialismus paktieren könnte; aber wir sprechen damit die Ueberzeugung aus, daß ein Einvernehmen Frankreichs mit Deutschland für den Weltfrieden notwendig sei und die Demokratie und das Proletariat sich nur in diesem Frieden entwickeln könne. Das ist nach wie vor unsere feste Ueberzeugung und die Richtschnur unserer Politik.“

Das ist die kluge und treffende Erwiderung Jaurès gegen die anklage und auf den Urheber zufallende Aktion des Fürsten Bülow.

Während Bülows durch sein Beginnen dem französischen Chauvinismus dient, ist das erste Wort Jaurès, das die Sozialisten fern von kleinlicher Rache, weiter am Werke des Friedens wirken werden. Jaurès erstes Bemühen ist, das Unheil, das Bülows Schwabenreich anrichtet, sogleich zu dämpfen.

Stolz erklärt Jaurès gegenüber Bülow, dem „es beliebt, meinen Takt und meine Mäßigung anzuerkennen“: „Wir Sozialisten haben nicht eine Minute lang vermutet, daß die deutsche Regierung mit dem Sozialismus paktieren könnte...“

### Bülow im Urteil Englands.

Von besonderem Interesse sind die Meinungen und Stimmungen, die Bülows Note im politisch zivilisierten England auslöst. Unser Londoner Korrespondent telegraphiert uns am 7. d. M.:

„Wie gestern erregte Jaurès' Besuch hier geringere Aufmerksamkeit, da Jaurès infolge seiner Angriffe auf Delcassé hier an Popularität nicht gewonnen hat. Die heutigen Berliner Depeschen aber über Fürst Bülows Verbot und die Begründung gegen das Jaurès-Meeting erregen wirkliche Sensation. Die „Times“ erklären, die ganze Angelegenheit beweise große Klugheit der deutschen Sozialdemokratie, der Brief Bülows sei wirkungsvolle Reklame für ihre politische Bedeutung, aber auch ein bedeutender Tribut einer autoritären Regierung an den französischen Parteiführer. Bülows Motiv sei Furcht, sein Verbot sei ein Produkt der Schwäche und Unklugheit. Die deutsch-freundliche „Daily News“ sagt, die Bureaukraten Berlins seien so blind wie die Petersburger! Die deutsche Regierung stehe den Zeichen der Zeit verständnislos gegenüber, sie erkläre dem Volke den Krieg und läge sich auf Kaputte.“

„Westminster Gazette“ bemerkt, das Verbot sei höchst befriedigend für alle, welche die deutsch-französische Entente fürchteten!

### Der Reklamemacher der Sozialdemokratie.

In mehreren mittelparteilichen Blättern wird gesagt, die Berliner Sozialdemokratie habe durch die Veranstaltung der Friedenskundgebung „Reklame“ und „Sensation“ machen wollen. Diese Blätter sind offenbar durch die offizielle Politik unserer Tage gewöhnt worden, politische Vorgänge nur unter dem Gesichtswinkel des Aufsehenerregens betrachten zu können. Für ernsthafteste und sachliche Veranstaltungen ist ihr Empfindungsvermögen zerstört. Wäre es aber richtig, daß die geplante Kundgebung „Reklame“ für die Sozialdemokratie machen sollte, dann darf die Sozialdemokratie dem Fürsten Bülow hundertmal dankbar sein!

Fürst Bülow versteht sich auf die politische Reklame, er weiß sich zu inszenieren, er versteht alle Bedienten-Institute des Zeitungswesens in seinen Dienst zu stellen. Nun aber hat er den verhängnisvollen Irrtum begangen, die Klangleistung seines Theatertalents für einen anderen zu vollbringen. Er hat das Höchste der Reklamekunst erreicht, doch nicht zu eigenen Gunsten, vielmehr widerwillig zu Gunsten des gehähten Gegners, der Sozialdemokratie.

Kein Mirbach, kein Rantoussel, kein Spahn und kein Wassermann ist je des feierlichen und reichlichen Lobes so teilhaftig geworden, wie jetzt der französische Sozialist Jaurès! Wer konnte vermuten, daß je über einen sozialistischen Politiker durch einen Kanzler der deutschen Monarchie die Fälle der Liebendwürdigkeiten und Anerkennungen ausgeschüttet werden könnte als jetzt über Jaurès durch Bülow? Welch ein außerordentlicher Aufwand wird gemacht, um sich bei Jaurès zu entschuldigen, daß es leider nicht angehe, ihn in Berlin zu hören! Einen umfassenden Spezialerlaß leistet der Reichskanzler, um ein Verfahren zu begründen, zu dessen Durchführung nach preussischem Recht jeder beliebige Polizeivorsteher befugt wäre! Das ist ein Vorgang, wie er bisher niemals sich ereignet hat.

Aber — das ist die Ironie des seltsamen Falles, daß diese Verherrlichung des Sozialismus durch den Reichskanzler eine irrtümliche ist. Bülow kennt Jaurès nicht, wie er wirklich ist. Er weiß nichts gründlich, er hat von Jaurès' bedeutendem Einfluß auf die französische Politik gehört, er hat sich aus Zeitungs-ausschnitten melden lassen, daß auf Jaurès in der auswärtigen Politik der Schein einer gewissen Uebereinstimmung mit Wünschen der deutschen Politik fällt. Darum die Lobspüche auf ihn, von denen sich seine durch die deutsche Sozialdemokratie schwer gekränkte Empfindlichkeit um so greller abhebt. Wie aber nun, da alle diese Liebendwürdigkeiten sinnlos sind, da der wirkliche Jaurès sie nicht verdient!

Es zeigt sich das pikante Ergebnis, daß der Kanzler des Deutschen Reiches, der Hasser der Sozialdemokratie, in der Person Jaurès' der Sozialdemokratie Aufwartung macht. Fürst Bülow überhäuft mit Komplimenten den Republikaner, den prinzipiellen Gegner der monarchischen Staatsform, den Geschichtsschreiber und Verherrlicher der großen französischen Revolution, den Sozialdemokraten, welcher die Ansicht ausgesprochen hat, daß die deutsche Sozialdemokratie gegen das feudal-absolutistische Regiment in Preußen-Deutschland noch nicht entschieden genug kämpft!

Fürst Bülow glaubte einen Gewaltstreich gegen die Sozialdemokratie seines Landes zu führen und kann je ist größere „Reklame“ für sie gemacht worden als durch ihn. Fürst Bülow glaubte einen genialen Coup zu vollbringen und er zieht sich an der eigenen Nase herum!

### Bülows Revolutionslehren.

In Anbetracht der hohen Verehrung, die Se. Durchlaucht der Herr Reichskanzler unserem französischen Freund und Parteigenossen Jean Jaurès entgegenbringt, insbesondere der Achtung, die Se. Durchlaucht für Bülows Ansichten in der auswärtigen Politik hegt, und vollends angesichts der Tatsache, daß Fürst Bülow mit diesen Ansichten sogar nicht selten übereinstimmt, ist es für jeden loyalen Deutschen hoch an der Zeit, jene Anschauungen kennen zu lernen, die ihm jetzt gewissermaßen amtlich zur Danaachachtung empfohlen sind.

Auch wir, unserem Freunde das unverhoffte Glück neidend, haben uns sofort an die Arbeit gemacht, deren vorläufige Ergebnisse wir nun veröffentlichen, in der bestimmten Voraussetzung, daß unsere Mittheilung auch der Kreisblatt- und sonstigen Bülow-Preise zugute kommen wird. Ein glücklicher Zufall will es, daß Genosse Jaurès vor Jahresfrist mit dem „Vorwärts“ eine freundschaftliche Polemik führte, in der er seine „Anschauungen in der auswärtigen Politik“ in umfassender Weise entwickelte. Jaurès schrieb damals (Humanité vom 20. Juni 1904) folgendes:

„Es ist leicht möglich, daß große und wichtige Ereignisse bald alle unbedachten Kraftüberschüsse in Bewegung bringen werden, die jetzt noch im deutschen Sozialismus zu schlummern scheinen. Die zu erwartenden russisch-japanischen Verwicklungen werden zweifellos den Kaiser dahin führen, eine Haltung einzunehmen, die den Wünschen und Meinungen eines gewaltigen Teils des Volkes widerspricht. Wenn er sich bei der schließlichen Abrechnung, seinen Reigungen entsprechend allzu scharf und...“ für Rußland entscheidet, wird es in Deutschland eine heftige Krise der öffentlichen Meinung geben.

Jaurès bespricht dann die Möglichkeit eines künftigen Konfliktes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten und fährt fort:

„Was nun immer von solchen Prophezeiungen und Vermutungen sich erfüllen mag, sicher wird in Deutschland das Gefühl überhand nehmen, daß die Ruhe des Reiches von ernstlichen Ereignissen bedroht sei. Wird sich aber das deutsche Volk angesichts der wachsenden weltpolitischen Verwicklungen einzig und allein der Klugheit und den Antrieben eines Herren überantworten wollen? Oder wird es seine Kräfte anstrengen, um über seine ganze innere und äußere Politik eine entscheidende Kontrolle zu erringen? Dann würde in diesem militärischen und feudalen Kaiserreich der Unterdrückung die Demokratie den Thron bestigen. Wo aber würde in diesem notwendigen Kampfe gegen den Absolutismus der entscheidende Stützpunkt der Ration zu finden sein, wenn nicht in der Sozialdemokratie, die die Gewalt der Masse und die Gewalt der Idee zugleich besitzt?“

Ich sage hinzu, daß in dem Maße, in welchem der demokratische und sozialistische Geist in Frankreich die Oberhand gewinnt, jeder Gedanke an Revanche völlig und endgültig beseitigt sein wird. Steht aber erst dem deutschen Kaiserreich eine solche französische Demokratie gegenüber, die entschieden friedlich gesinnt ist, welcher Vorwand bleibt ihm denn, seinem mit Marinensgaben ohnehin überlasteten Volke noch die schwere Rüstung der Landarmee

\*) Wir müssen leider den Ausdruck fortklassen. Ob Fürst Bülow die Meinung des Genossen Jaurès in diesem Punkte teilt, wissen wir nicht. Daß sie aber der Staatsanwalt nicht teilt, glauben wir nach den Erfahrungen eines bestimmten Falles annehmen zu müssen.

aufzubürden? So würde der Widerstand, den der deutsche Militarismus der sozialistischen Partei entgegensetzt, erlahmen müssen, und das deutsche Volk, mehr und mehr auf eine Annäherung an Frankreich angewiesen, würde eine Politik der Abspannung, der friedlichen Uebereinkünfte, der teilweisen einverständlichen Abströmungen nicht anders einleiten können als mit Hilfe der sozialistischen Partei, die niemals aufgehört hat, die Partei des Friedens zu sein.

Man kann wohl nicht behaupten, daß diese Ausführungen etwa nur einen unwesentlichen Teil der Anschauungen darstellten, die der Genosse Jaurès vertritt und die der Kanzler des deutschen Absolutismus achtet, hochschätzt und nicht selten teilt. Vielmehr sind wir gern bereit, durch weitere Zitate und allenfalls durch das Zeugnis des Genossen Jaurès den Beweis dafür zu erbringen, daß es sich hier um eine Darstellung grundlegender Ansichten handelt, die für die auswärtige Politik der französischen Sozialisten durchaus entscheidend sind. So muß man denn unweigerlich zu dem Schluß kommen, daß der blaue Obotritenfürst seine Bewunderung für den roten Republikaner bis zur politischen Selbstvernichtung treibt. Er achtet, schätzt und teilt nicht selten die Ansicht, daß das gegenwärtige Regime in schwierigen internationalen Lagen an seiner eigenen Unfähigkeit zugrunde gehen, und daß es dann für die revolutionäre Sozialdemokratie Zeit sein werde, das Staatsruder zu ergreifen. Mehr kann man vom Fürsten Bülow wahrhaftig nicht verlangen.

Aber — Fürst Bülow leistet in seiner Hochschätzung für die praktische Haltung der französischen Genossen noch mehr, weit mehr! Fürst Bülow achtet, schätzt und teilt nämlich nicht selten die Meinung, daß die deutsche Sozialdemokratie mit ihm, dem Fürsten Bülow und seinen Mitregierern, noch in einer andern Tonart sprechen müßte, als sie es bisher getan hat. Er sieht nicht bloß ein, daß das gegenwärtige deutsche Regime im nächsten weltpolitischen Zusammenstoß Schiffbruch erleiden muß, sondern er sehnt ungeduldig die Stunde herbei, in der die Sozialdemokratie praktisch wird und den feudalen Räumern ernstlich an den morschen Leib rückt. Das scheint ihm ein toller Spatz zu sein, ist aber keiner, sondern ist vielmehr einfauch, wenn auch just keine „nächtliche“ Wirklichkeit.

Fürst Bülow schreibt nämlich an den Fürsten Radolka: „Wenn auch von dem Takt des Herrn Jaurès zu erwarten wäre, daß er seinerseits alles vermeiden würde, was der deutschen oder der französischen Regierung Unannehmlichkeiten bereiten könnte, so ist die gleiche Zuversicht gegenüber den deutschen Veranlassern der Versammlung leider nicht gestattet. Herr Jaurès hat sich selbst vor bald einem Jahre in Amsterdam davon überzeugen können, wie weit in ihrer rein negativen, doktrinen- und rückwärtigen Haltung die deutsche Sozialdemokratie von der praktischen und patriotischeren Richtung ihrer französischen Gesinnungsgenossen entfernt ist.“

Daraus ist ohne weiteres der Schluß gestattet, daß Fürst Bülow in besonders hohem Grade die Ansichten achtet, schätzt und teilt, die Genosse Jaurès auf dem Amsterdamer Kongress entwickelt hat. Denn diese Ansichten müssen dem Fürsten als Argument dafür dienen, um dem gefeierten Anwärter auf den Schubwagen seine Ausweisung anzudrohen. Deutschland ist es gar nicht wert, den Mann zu empfangen, der als Sozialdemokrat umsoviel „praktischer“ und weniger „rückwärtig“ ist als seine deutschen Parteigenossen. Genosse Jaurès — es wird doch wohl gestattet sein, sich ebenso gut auf ihn zu berufen, wie sich sein fürstlicher Verehrer auf ihn beruft, — sagte in Amsterdam, indem er sich den deutschen Genossen zuwandte, wörtlich:

„... Ihr seid eine große Partei, ihr seid die Zukunft Deutschlands, eine der besten und glorreichsten Parteien der zivilisatorischen und denkenden Menschheit.“

Aber zwischen eurer anscheinenden politischen Macht, wie sie sich von Jahr zu Jahr in der wachsenden Zahl eurer Stimmen und Mandate ausdrückt, zwischen dieser anscheinenden Macht und der wirklichen Macht zu Einfluß und Tat besteht ein Gegensatz, der um so größer zu werden scheint, je mehr eure Wahlmacht zunimmt. O ja, am Tage nach jenen Jubiläen, die euch die drei Millionen Stimmen gebracht haben, ist es allen deutlich geworden, daß ihr eine bemerkenswerte Kraft der Propaganda, der Werbung, der Einwirkung habt, aber daß weder die Traditionen eures Proletariats noch der Mechanismus eurer Verfassung euch erlauben, diese anscheinend kolossale Macht von drei Millionen Stimmen in die Aktion der Ruhbarmachung und Verwirklichung, in die politische Aktion umzusetzen. Warum? Weil euch die beiden wesentlichen Bedingungen, die zwei wesentlichen Mittel der proletarischen Aktion noch fehlen — ihr habt weder die revolutionäre, noch die parlamentarische Aktion...“

Es hat im deutschen Proletariat Beispiele bewundernswürdiger Hingebung gegeben. Aber es hat in seiner Geschichte keine revolutionäre Tradition. Es hat sich das allgemeine Wahlrecht nicht auf den Barrikaden erobert. Es hat es von oben bekommen. Und wenn man nicht daran denken kann, es denen zu entreißen, die es sich selbst erobert haben, weil sie es leicht zu rübergeben können, kann man dagegen wohl daran denken, von oben zu nehmen, was man von oben gegeben hat. Und ihr könnt keine Sicherheit dagegen geben, ihr, die ihr geschehen habt, wie euer rotes Königreich, euer sozialistisches Königreich Sachen die Fortnahme des allgemeinen Wahlrechts ohne Widerstand über sich ergehen ließ...“

Und so fährt ihr fort, im deutschen Proletariat diese geschichtliche zu schwache Kraft einer unzulänglichen revolutionären Tradition noch abzuhumpfen, zu tränen, abzuschnücheln.

Nun wohl, weil ihr diese revolutionäre Tradition nicht habt, seht ihr sie bei Völkern, die auf sie zurückgreifen, mit Mißvergnügen, und ihr habt nur Angriffe, eure Theoretiker haben nur geringe Schätzung gehabt für unsere Belgischen Genossen, die behufs Erwerbung des allgemeinen Wahlrechts mit Gefahr ihres Lebens auf die Straße gestiegen sind.

Und ebensowenig wie ihr die Mittel revolutionärer Aktion, wie ihr die Kraft habt, welche euch eine revolutionäre Tradition des Proletariats geben würde, habt ihr, das nicht ihr wohl, die parlamentarische Kraft. Selbst wenn ihr die Mehrheit im Reichstage wäret, wäre euer Land das einzige, wo ihr, wo der Sozialismus

nicht der Herr wäre, selbst wenn er die Mehrheit hätte. Denn euer Parlament ist nur ein halbes Parlament. Ein Parlament ist kein Parlament, wenn es nicht die Exekutivgewalt, die Regierungsgewalt in der Hand hat, wenn seine Beschlüsse nur Wünsche sind, die die Reichsbehörden willkürlich kassieren können. Und so steht ihr, ihr wagt es, ihr fahrt es wohl, vor einer schwierigen Lage. Und ihr sucht nach einer Lösung. Ich bin sicher, ihr werdet sie finden. Man kann dem Schicksal den Weg nicht versperren. Ihr, Proletarier Deutschlands, seid das Geschick, ihr seid das Heil Deutschlands! Man wird euch den Weg nicht versperren. Aber ihr wißt noch nicht, welchen Weg ihr in der Praxis einschlagen werdet, ob ihr revolutionär oder parlamentarisch vorgehen werdet, wie ihr die Demokratie in eurem Lande einrichtet werdet.

Es ist natürlich nicht der Zweck dieser Ausführungen, darzutun, wie weit wir die Ansichten des Genossen Jaurès über die deutsche Sozialdemokratie teilen. Aber worin die Differenz zwischen dem „praktischen“ Jaurès und den rüchständigen Deutschen besteht, ist klar. Jaurès gilt die offene Revolution der Straße als ein brauchbares politisches Mittel für jene Staaten, in denen eine demokratische Ordnung noch nicht besteht. Die Rückständigkeit der deutschen Sozialdemokratie findet er in einer Taktik, die nach seiner Meinung zu einer weiteren Abstumpfung des ohnehin gering entwickelten revolutionären Traditions der deutschen Sozialdemokratie führen muß.

Dat Jaurès in Amsterdam etwa das Prinzip des Klassenkampfes verworfen? Hören wir ihn selbst:

„Man wirft uns vor, daß wir die Reinheit der Prinzipien gefährdet, das Zusammenarbeiten der Klassen gepredigt hätten. Wir aber verhalten ebenso wie ihr, Genossen, daß zwischen Bourgeoisie und Proletariat ein tiefer, wesentlicher, unüberbrückbarer Abgrund sich aufbaut, weil er ausgeht von dem unüberwindlichen Gegensatz zweier Systeme des Eigentums. Aber indem wir das republikanische Regime ausnützen, glauben wir, daß das Interesse unseres Ideals und unseres Proletariats uns verpflichtet, die republikanische Bourgeoisie zu unterstützen bei der Lösung emanzipatorischer Aufgaben, wie die Verwirklichung des Stantes und des Unterrichts, wir verwerfen nicht im mindesten das Prinzip des Klassenkampfes, und das Interesse des Proletariats, das allein uns leitet, so wenig als der deutsche Sozialismus es verurteilt hat an dem Tage, da er mit Weibel die Notwendigkeit der Beteiligung an der Landtagswahl anerkannt hat.“

Worauf beruht nun der Unterschied zwischen deutscher und französischer Taktik? Auf den völlig verschieden gearteten Voraussetzungen. Jaurès fährt fort:

„Ihr Deutschen habt die Reformen gehabt, welche die Macht der katholischen Kirche zum Teil gebrochen hat; ich wäre aber beinahe versucht, in einem gewissen Sinne mich darüber zu freuen, daß in unserem Lande die Reformen ausgetrottel worden ist; ihre Niederlage hat den französischen Geist gezwungen, die vollständige Befreiung herbeizuführen. Andererseits lebt ihr unter einem kaiserlichen und feudalen Regiment. Wir haben zu kämpfen gegen die katholische Kirche, die stärkste Macht der politischen Reaktion und der sozialen Knechtschaft. Aber wir leben unter einem republikanisch-demokratischen Regiment. Alle unsere öffentlichen Bemühen entstammen der nationalen Souveränität und sind ihr verantwortlich. Das allgemeine Stimmrecht der Massen ist die Grundlage unseres politischen Systems.“

Ihre Taktik, die bedingt ist von der protestantischen Orthodoxie und von dem persönlichen Regiment, können Sie uns nicht aufzwingen, weil bei uns die Voraussetzungen dazu fehlen.“

Man sieht, mit keinem Worte rät Jaurès den „rückständigen“ deutschen Sozialdemokraten, sich etwa mit dem gegenwärtigen Regime auszuöhnen. Vielmehr ruft er sie dagegen zum Kampfe auf — bis aufs äußerste!

Nun ist Jaurès aber nicht nur „praktischer“, sondern auch „patriotischer“ als die „nur negierende, doktrinaire, rückständige“ deutsche Sozialdemokratie. Der leidige Zufall will es, daß Jaurès just in Amsterdam eine Auseinandersetzung mit dem Genossen *Auzias* hatte, wobei er fand, daß *Kautsky* — — — viel zu wenig „vaterlandlos“ sei. Jaurès sagte:

„Als ich hörte, daß *Kautsky* die Möglichkeit einer Beteiligung an der Regierungsgewalt im Falle einer nationalen Bourgeoisiepublik, um einen eindringenden Feind von den Landesgrenzen abzuhalten, anerkennt, da fragte ich mich, ob der Ministerialismus zu einem Bestandteil der orthodoxen Lehre wird, sobald er mit Nationalismus verquickelt ist, und warum denn eigentlich der Proletarier zu entschuldigen sein soll, der den Klassenkampf drängt, um an der Verteidigung des Landes mitzuhelfen, das verwaltet und ausgebeutet worden war — von der Bourgeoisie? Ich fragte mich, ob politische und geistige Freiheit, Organisationsfähigkeit und bergleichen für den Proletarier nicht ebenso wichtig sind, wie das heutige „Vaterland“? Ja, ich muß gestehen: in seiner ganzen Feinheit kann ich den nationalpolitischen Ministerialismus *Kautsky* nicht begreifen!“

Mit anderen Worten: Genosse Jaurès rechtfertigt den Ministerialismus aus Gründen des Klassenkampfes, lehnt aber Gründe des Patriotismus mit verächtlichem Hinweis auf den heutigen Zustand der Vaterländer ab.

Das ist der praktische, der patriotischere französische Sozialdemokrat *Jaurès*, dessen Ansichten der Kanzler des deutschen Absolutismus schätzt, achtet und nicht selten teilt. Das ist das wahre Bild dieser im deutschen Reichskanzleramt geschäftigen Persönlichkeit, nicht geschminkt und nicht geschmeichelt!

Wie weit wir uns bemühen sollen, dem verkannten Liebling des deutschen Reichskanzlers ähnlich zu sehen, ist eine Frage der inneren Parteibekämpfung, über die wir uns lieber mit dem Genossen Jaurès als mit einem so profunden Kenner des Sozialismus wie dem Fürsten *Bülow* auseinandersetzen möchten. Nur eines scheint uns betrieblende Gewißheit, daß wir uns auf diese Weise die Gunst des deutschen Oberpolizeimeisters kaum erlangen dürften. Denn das scheint in der Politik des Reichskanzlers ein Grundgesetz von entscheidender Bedeutung zu sein, daß einem deutschen Untertan nicht eben alles recht sei, was einem Bürger der französischen Republik billig ist. Die Ansichten, die, wenn sie ein Franzose äußert, die Hochachtung der höchsten amtlichen Stelle finden, würden zu einem Drittel genügen, um jedem vaterlandlosen Gesellen Deutschlands dauernd den Weg nach dem Zuchthaus zu weisen!

## Die bürgerliche Presse über das Redeverbot.

Die Blätter der konservativen Reaktion, die „Kreuzzeitung“, der „Reichsbote“, die „Deutsche Tageszeitung“, billigen, wie sich versteht, den *Bülow*-Muss nach Inhalt und Form.

Wollen Beifall spendet dem Reichskanzler die — Firma *Stumm*. Von den Stummännern der „Post“ hatte sich Fürst *Bülow* beraten lassen, die „Post“ konnte seine Geneigtheit für ihre Zeitungen voraussehen. Jetzt will sie den Reichskanzler auf der Bahn weitertreiben, in die sie ihn gestochen. Sie fordert die geschwindige Handlung des Verbots der Sonntagversammlung; sie schlägt über Beschimpfungen des Reichskanzlers durch den „Vorwärts“: „Die Pressefreiheit ist beim „Vorwärts“ schon längst zur Pressefreiheit geworden und seine heutige Leistung zeigt uns den Gipfelpunkt dieser Freiheit“; sie droht: „Eins kräftige Faust tut hier not.“

Will der Reichskanzler weiter den Ratschlägen der Lorenze und „Post“ Leute folgen, — wohlan! Es kann gar nicht genug für die Sozialdemokratie agitiert werden. Fürst *Bülow* ist demnach der Ehrenmitgliederschaft unserer Partei sicher.

Aber einige Blätter der Stupidität und der Scharfmacherei sind nicht voll befriedigt. So sagt die „Staatsbürgerzeitung“:

„Man wird sich fragen müssen, ob es nötig war, daß Fürst *Bülow* in dieser konjunktanten Form an den französischen Sozialisten das Ersuchen richtet, seine Reise zu unterlassen, ob nicht vielmehr ein einfaches Verbot auf administrativem Wege genügt hätte. Wir wollen dieser Frage keine Antwort suchen; meinen aber doch, daß durch solche verbindliche Haltung des leitenden deutschen Staatsmannes die Ueberhebung einer Partei nicht wenig gestärkt wird, die sich für ihre Person selbst über alle Anforderungen des Takttes hinwegsetzt. (Die „Staatsbürgerin“ und — Takt!) Wollte man aus diesen oder jenen Erwägungen heraus Jaurès am Auftreten verhindern, so hätte sich der Reichskanzler unseres Erachtens durchaus nicht selbst zu bemühen brauchen. Durch das eigenhändige Schreibreiben an den Pariser Vorkämpfer hat die Äußere erst eine Wichtigkeit erhalten, die sie vorher nicht gehabt hat und die sie auch wahrscheinlich in Zukunft nicht erlangt hätte.“

Die liberalen Blätter mühen sich zumeist mehr oder minder glimpflich über den peinlichen Fall hinauszugelangen. Sie mögen ganz und gar der Sozialdemokratie nichts Günstiges sagen und mögen ebensowenig des Kanzlers Feitlichkeit trüben.

So hilft sich die „*Öln. Ztg.*“, die ehedem eindrucklich vor schwerem Fehler warnte, indem sie zu dem Abdruck des Erlasses kleinlaut bemerkt:

„Auch diese Ausführungen vermögen uns nicht von der Notwendigkeit und Richtigkeit der gegen das Auftreten des Herrn Jaurès zu ergreifenden Maßregeln zu überzeugen. So treffend der Artikel ist, die der Reichskanzler an der deutschen Sozialdemokratie übt, so scheint uns doch sein Vorgehen gegen Jaurès der geplanten sozialdemokratischen Kundgebung eine Bedeutung zu geben, die ihr an sich nicht innewohnt.“

Das „*Berliner Tageblatt*“ vermag einige der ihm üblichen Vorbehalten vom „übermäßigen Gebaren der sozialdemokratischen Führer“ und vom „obnehin schon hochgespannten Selbstbewußtsein der sozialdemokratischen Heerführer“ auch bei diesem Anlaß nicht zu sparen; es sagt dann:

„Ganz bestimmt werden die sozialdemokratischen Parteiführer diesen Erlass des Reichskanzlers als einen großen Sieg, den ihre Macht errungen, ausbeuten und den Reichskanzler nicht gerade als den Mitter ohne Furcht vor ihren Genossen darstellen. Das ist der ziemlich einzige Erfolg, den die kleinliche Auffassung seitens des Fürsten *Bülow* gezeitigt hat. Kann man das eine politische Klugheit nennen? Ganz abgesehen davon, daß der deutsche Reichskanzler durch diesen Erlass an den Fürsten *Nadolin* nur Wasser auf die Mühlen der französischen Nationalisten gegossen hat. Gerade von dem rein deutschpolitischen Standpunkt aus betrachtet, muß man das Vorgehen des Fürsten v. *Bülow* als wenig glücklich bezeichnen.“

Die „*Post. Ztg.*“:

„Wir bedauern die Entschlichung des Reichskanzlers und seinen Erlass, der dem Auftreten des Herrn Jaurès eine übertriebene Bedeutung beilegt. . . . Herr *Jaurès* hätte ruhig seinen Speech halten können, und weder das Reich, noch die Staatsordnung wäre gefährdet worden. Daß Fürst *Bülow* die ungeliebte Rede des Herrn *Jaurès* zum Gegenstand einer feierlichen diplomatischen Note macht, wird einige Verwunderung erregen.“

Auch die „*Freie deutsche Presse*“, die sicherlich nicht im Verdacht steht, einen Vorgang der Sozialdemokratie günstig deuten zu wollen, vermag die *Bülow*sche Unklugheit nicht zu verteidigen:

„Ob das Redeverbot gerade als ein Zeichen der Stärke der deutschen Regierung angesehen werden wird, muß mehr als zweifelhaft erscheinen. Fürst *Bülow* gesteht zu, er habe Befürchtung, daß die deutschen Verhältnisse der Versammlung die Anwesenheit des Herrn Jaurès dazu ausnützen würden, um der deutschen oder der französischen Regierung Unannehmlichkeiten zu bereiten und die sozialdemokratischen Bestrebungen der Sozialdemokratie gegen die nationalen Interessen zu fördern. Es ist aber schwer einzusehen, wie die deutschen Arrangements der Versammlung dazu instande sein sollten, und noch schwerer ist zu begreifen, daß die Behörde nicht in der Lage sein sollte, falls etwas Bedeutsames versucht würde, energisch einzugreifen. Jetzt wird die Sozialdemokratie erst recht ordentlichen Respekt vor sich selbst bekommen, da sie sieht, eine wie große Bedeutung die Regierung ihren Kundgebungen beimißt.“

Daß die Zurückweisung der Rede von Jaurès in einer sehr höflichen Form erfolgt, ist zwar bezeichnend für den Fürsten *Bülow*, ändert aber an der Auffassung der Sachlage und an der Aufnahme des Verbots nicht das mindeste.“

Die „*Berl. Volkszeitung*“:

„Daß ein maß- und taktvoller, „patriotischer“, deutschfreundlicher französischer Medner und eine sozialdemokratische Versammlung in Berlin im Stande wären, das Deutsche Reich zu gefährden oder das Gleichgewicht Europas zu stören, das hätten wir uns in unseren trübsten Bestürzungen hinsichtlich der Festigkeit der bürgerlichen Gesellschaft Europas nicht träumen lassen! Wenn jetzt der Sozialdemokratie der Ramm schließt, so hat sie es dem Fürsten *Bülow* zu danken, der ihr durch das Redeverbot gegen Jaurès eine für den ganzen Sommer und weit darüber hinaus vorhaltende „Sensation“ ersten Ranges verschafft hat.“

Die „*Germania*“:

„Genug, der „*Vorwärts*“ gibt sich alle Mühe, den Vorfall auszubehaupten und die Harmlosesten zur Erkenntnis zu zwingen, welche gewaltige Aufgabe der Sozialdemokratie gestellt ist, um aus dem Deutschen Reich die Gewalt und Polizeiwirtschaft ein Reich politischer Gestalt, ein freies Reich zu schaffen.“ Im Grunde des Herzens ist den Genossen aber vermutlich das Verbot gar nicht unwillkommen, denn mehr Lärm und Reklame hätte mit der Versammlung auch nicht gemacht werden können. Uebrigens soll die geplante „Friedenskundgebung“ doch stattfinden.“

Die „*Märkische Volkszeitung*“ wird deutlicher, sie überschreibt ihren Artikel „Diplomaten-Irrungen“ und sagt u. a.:

„Aber das alles ändert nichts an der Tatsache, daß durch den erwähnten Schritt der deutschen Regierung voranschrittlich das Gegenteil von dem erreicht werden wird, was erreicht werden sollte, nämlich eine weitere Kräftigung des Ansehens der Sozialdemokratie bei den Massen und ein Agitationsstoff für die sozialdemokratischen Heher, wie sie ihn skärker nicht wünschen konnten. Wie die Sozialdemokratie den Fall Jaurès auszubehaupten gedenkt, beweist zur Genüge die heutige Ausgabe des „*Vorwärts*“, welcher einen langen Artikel bringt unter der sensationellen Ueberschrift „*Weltblamage*“ . . .“

## Die Revolution in Rußland.

„*Rußland Potemkin*“.

Das „*Neueres Bureau*“ meldet aus *Odessa* in der Nacht zum 7. d. M., es verlautete, daß der „*Potemkin*“ in der Nähe von *Feodosia* in die Luft gesprengt sei. Zweifelsohne ist die Meldung falsch. Tatsächlich wird vom 7. d. M. aus *Feodosia* gemeldet: Der Panzer „*Potemkin*“ hat ein eng-

lisches Kohlen Schiff auslaufen lassen und ist dann selbst in See gegangen. Die Stadt ist ruhig.

*London*, 7. Juli. Aus *Odessa* wird der „*Daily Mail*“ gemeldet, *Feodosia* stehe in Flammen, die Soldaten plünderten, der „*Rußland Potemkin*“ beschleße die bremende Stadt. Nur einem Dampfer sei gestattet worden, den Hafen von *Feodosia* zu verlassen. Noch ein Torpedoboot soll sich dem „*Potemkin*“ angeschlossen haben.

*London*, 8. Juli. Die dem „*Neueres Bureau*“ aus *Odessa* gemeldet wird, erhielt der Agent der Russischen Handels-Schiffahrts-Gesellschaft die Nachricht, daß der „*Rußland Potemkin*“ einen der Gesellschaft gehörenden Dampfer, „*Großfürst Alexius*“, gestern aufgebracht hat. Der „*Großfürst Alexius*“ brachte Vieh von *Feodosia* nach *Sewastopol*, als er in der Nähe von *Feodosia* vom „*Rußland Potemkin*“ angehalten und ihm Vieh, Lebensmittel und sogar Geld abgenommen wurde.

*Konstantinopel*, 6. Juli. Die Angelegenheit des „*Potemkin*“ verursacht hier ununterbrochen Erregung. Die Verbindung mit *Odessa* ist ganz gestört. Für morgen erwartet man hier den Dampfer „*Vera*“ der *Lebante-Linie*. Ein russischer Dampfer, der nach *Syrien* gehen sollte, ist nach *Odessa* abgegangen, da die Mannschaft, um ihre Familien besorgt, die Rückkehr verlangte. Die Meldung, daß unter den Mannschaften aller hier liegenden russischen Schiffe ein Streik ausgebrochen sei, ist unrichtig. Ebenso falsch ist die Meldung, daß auf den beiden russischen Stationschiffen keine Disziplin herrsche.

Wiederholt tauchte hier das Gerücht auf, daß der „*Potemkin*“ in der Nähe des *Bosphorus* gesunken würde. Die Durchfahrt bei Tage wäre leicht, bei Nacht jedoch gefährlich, und wenn sich kein Loos an Bord befindet, ist ein Stranden sehr leicht möglich. Man befürchtet, daß der „*Potemkin*“ in den Kohlenbergwerken von *Beralea* die Abgabe von Kohlen erzwingen werde. Ueber die völkerrechtliche und seerechtliche Behandlung der *Neueres* besteht hier kein Zweifel, nachdem die russische Regierung die Befragung des Schiffes für Rebellen erklärt hat. Das Torpedoboot „*Smelnyj*“, welches mit 16 Offizieren bemannt ist und den „*Potemkin*“ verfolgte, hat die russischen Stationschiffe auf das Erscheinen des „*Potemkin*“ vorbereitet.

Die Meldung, daß das österreichisch-ungarische Stationschiff „*Taurus*“ im Zusammenhänge mit der „*Potemkin*“-Angelegenheit *Konstantinopel* verlassen hat, ist falsch. Der „*Taurus*“ hat am Sonnabend seine schon längst vorbereiteten Kreuzerfahrten ins *Aegäische Meer* angetreten.

*Väterchen wütet*.

*Petersburg*, 6. Juli. Admiral *Krieger* hat dem *Zaren* telegraphiert, daß es ihm unmöglich erscheine, das meuternde Schiff zu verfolgen, weil die Befragung der übrigen Schiffe nicht zuverlässig genug erscheine. Der *Zar* ist über diese Meldung in hohem Grade erregt gewesen und hat telegraphisch anbefohlen, den *Matrosen* der *Schwarzmeerflotte* das *Wort* des heiligen *Georg* zu nehmen. Gleichzeitig ließ der *Zar* Befehl geben, sich der *Meuterer* tot oder lebendig zu bemächtigen.

*In und um Odessa*.

*Odessa*, 8. Juli. Größere Abteilungen regulärer Kavallerie und zwei Regimenter Infanterie wurden heute Abend eiligst an verschiedene Punkte im Innern entsandt, wo erste Ruhestörungen ausgedroht sind oder drohen.

*Kosakenhandlanten*.

*Tschernigow*, 6. Juli. Die Stadtvertretung hat dem *Minister* des Innern Mitteilung über schwere Vergehen gemacht, die *Kosaken* und *Polizei* sich der Bevölkerung gegenüber haben zuschulden kommen lassen, und den *Gouverneur* gebeten, die *Kosaken* abzubersufen.

*Der Schrecken in Armenien*.

Die rumänische Zeitung „*Das unabhängige Rumänien*“ veröffentlicht die folgende Mitteilung vom *Kaukasus*: „Im *Kaukasus*, wie übrigens im ganzen *Rußland*, herrscht volle Anarchie. Nach der *Wegeler* in *Baku* begann eine noch entsetzlichere *Rezelei* im *Gouvernement Erivan*. Die *Armenier* und die *Tataren* schlachten einander mit einer furchtbaren Wut ab. Die letzteren überragen in *Transkaukasien* die *Armenier* um das Doppelte und werden außerdem noch unterstützt von ihren Glaubensgenossen — den *Kurden* und den *Aserbeidschanschen Tataren*, welche in bestimmten Trupps die russische Grenze überschreiten. Nicht *Scharmützel* finden zwischen den beiden feindlichen Elementen statt, sondern ein ganzer *Krieg*, wobei die furchtbare *Barbarei* zutage tritt. Damit man in meinen Worten keine *Uebertreibung* erblickt, habe ich mich mit photographischen Abbildungen der stattgehabten Ereignisse versorgt. Auf diesen werden Sie eine Masse von verstümmelten Leichen sehen, von rauchenden Dörfern des *Distriktes Nachitschevan*, von *Frauen* und *Mädchen*, die bei hellem Tage von wilden *Tataren* und *Kurden* vergewaltigt werden, von *Kindern*, die von Entsetzen erfüllt neben den bergewaltigen *Müthern* stöhnen. Ich habe mich auch versehen mit *Bildern*, auf denen man deutlich an den *Rauern* blutige Spuren von *Menschenhänden* und *Stüde* vom *Gehirn* sehen kann, welche den nach der *Trennung* vom *Körper* zerstückelten *weißen Häuptern* der *armenischen Geiseln* und *Geistlichen* entzogen waren. Die *zivilisierte Welt* erbebt selbsterzeit bei der Kunde von der *Niedermetzelung* der *Armenier* in der *Türkei*, ihre *Vertilgung* im *russischen Reich* wird sie aber noch weit mehr erbeben lassen.“

## Politische Ueberblick.

*Berlin*, den 7. Juli.

Der *Zehnmissionen-Vettel* geht weiter!

Als wir vor einigen Wochen das saubere *Plänchen* besprachen, unter *Industrie* und *Finanz* einen *Fonds* von zehn Millionen zusammenzuschneiden, der dem *Kaiser* zur Verfügung gestellt werden sollte zu dem Zwecke, durch *Subventionen* nothleidenden *Agrarier* — können die *Offizierslaufbahn* verlockender zu gestalten, betonten wir neben den anderen *Schönheiten* dieses *Plänkchens* auch dessen *Verfassungswidrigkeit*. Wir richteten an die *Regierung* die Frage, wie sie über ein *Projekt* denke, das der *Volksvertretung* das *Bevollmächtigungs-* und *Kontrollrecht* über einen wichtigen Punkt des *Militärs* entziehe und das *Offizierskorps* in eine *Prätorianergarde* verwandle. Die *Regierung* blieb gewohntermaßen die *Antwort* schuldig.

Dafür druckt heute die offizielle „*Nordd. Allg. Ztg.*“ ohne jede kritische Glosse eine *Erklärung* ab, die der *Vater* der *Korruptionsskizze*, Fürst *Guldo Gendel-Donnersmarck*, der „*Kreuz-Ztg.*“ zugesandt hatte!

Diese *Erklärung* gibt allerdings selbst einigen *Ausschluß* über die von uns als *dringend ausfüllungsbedürftig* bezeichneten Punkte. Nachdem der *gefürstete Nachkomme* des *Schuhjuden Lagarna Gendel* bescheiden die *geistige Ueberbesserung* seiner *Idee* auf den *verstorbenen Weisheitsmarschall Waldersee* abgewälzt, erklärt er:

Ich habe seit *vorigem Herbst* einleitende Schritte nach *verschiedenen Richtungen* getan und überall in *urteilfähigen* und *maßgebenden Kreisen* Gegenkommen und *Verständnis* für die *Ideen* gefunden, namentlich aber auch die *Erkenntnis*, einer *derartigen* Stiftung müßten die *engsten Grenzen* gezogen, nur dem *Rothande* abgeholfen werden. Demgemäß wurde der *Gedanke* dahin *formu-*

**Kert:** Sr. Majestät aus Anlaß seines fünfundsiebenzigjährigen Hochzeittages — Februar 1906 — eine Stiftung zu überreichen, aus welcher Offizieren der deutschen Armee und Marine jährliche Zulagen von höchstens 600 M. bis zur Beförderung zum Hauptmann gewährt würden. Der Stiftungsfonds ist in deutscher oder Rente deutscher Staaten oder in Schuldverschreibungen in das Reichs- oder die Staatskassendbüchse anzulegen. Die Zuteilung der Rente an die Empfänger steht allein Sr. Majestät oder einer von Sr. Majestät zu bezeichnenden Behörde oder Persönlichkeit zu. Daß es das Richtige wäre, seitens des Reiches selbst die Mittel zur Verfügung zu stellen, darüber besteht kein Zweifel. Dies ist aber vorläufig nicht zu erreichen, und wenn ein Bedürfnis vorliegt, hat persönliche Initiative der Staatsbürger einzutreten, und zwar zunächst derer, welche eines mächtigen Reiches bedürfen, um bei gesichertem Frieden ihrem Erwerbe — Landwirtschaft, Industrie und Handel — nachzugehen. Diese Sicherung geschieht aber am zweckmäßigsten durch eine leistungsfähige Wehrkraft. Nur ökonomische Unterstellung oder Untermiss über Zweck des geplanten Vorgehens konnten der Annahme Raum geben, daß die Mittel der Stiftung dem Adel oder der Förderung größerer Lebensansprüche zugewandt werden sollen, während lediglich einem Notstande abgeholfen werden soll, und zwar durch Zuteilungen als Dankeschuld der Nation. Der Kaiserstand sollte dem Wehrstand seine Anerkennung darbringen, da seitens des Reichstages größere Zuteilungen nicht zu erreichen scheinen. Nachdem bei verschiedenen Seiten ein Zweifel an dem Entgegenkommen außer Frage gestellt war, handelte es sich darum, nicht Industrie und Handel heranzuziehen, sondern man glaubte, dieselben von der Beitragsleistung nicht ausschließen zu dürfen zu einem Zweck, welcher an erster Stelle ihren Interessen förderlich war.

Nach diesen Darlegungen ist also der Gedanke der Stiftung eines Prätorianerfonds bereits seit vorigem Herbst propagiert und von „maßgebenden Kreisen“ gutgeheißen worden. Unter diesen „maßgebenden“ Kreisen sind doch offenbar nicht die Finanzkreise gemeint, bei denen das Geld zusammenschmarrt werden sollte, sondern politisch maßgebende Kreise, Regierungskreise! Es scheint also, da ja das offiziöse Blatt dieser Behauptung keinerlei Dementi entgegensetzt, als ob diese maßgebenden Kreise keinerlei Empfinden sowohl für die würdelose Bettelerei als auch vor allen Dingen für das Verfallniswidrige des Projektes besäßen! Man hat nicht das mindeste Gefühl dafür, wie niederdrückend es für Träger des „vornehmsten Rodes“ sein muß, sich an einem Fonds speisen zu lassen, den nicht der Staat, in dessen Dienst man steht, gestiftet hat, sondern der zum guten Teil aus dem Beutel von Vorkriegsjobbern stammt, die man sonst höchstens zum Schwiegervater für gut genug hält. Man scheint nicht im geringsten davon zurück, das Offizierkorps mit dem Odium des nacktesten Prätorianertums zu behaften!

Es ist ja richtig, daß durch derartige Stipendien am Charakter des Offizierkorps im ganzen bitterwenig geändert wird. Das Offizierkorps stammt aus privilegierten Schichten und füllt sich als deren Stütze; dem Volke, das für seine Unterhaltungskosten aufkommen muß, steht es fremd und feindselig gegenüber. Aber dieser Charakter wird doch verhältlich durch die aristokratische Fiktion, daß Rang und Geldbeutel eigentlich den Staat verkörpern und daß die contribuens plebs nach dem Ratsschlusse der göttlichen Weltordnung nur gut genug dazu sei, Steuern zu zahlen und Drillobjekte abzugeben.

Diese Fiktion vermochte sich wenigstens immer noch mit dem Schein der „göttlichen Ordnung“ zu umkleiden, die heute nun einmal dem Volke keine andere Stellung zuweist. Durch Annahme von Privatstipendien kapitalistischer Herkunft würde hingegen das Offizierkorps direkt zur Schuttruppe privater Cliquen degradiert werden! Ist es doch gerade ein Grundsatz der Ordnungsgläubigen: wos Brot ich esse, des Lied ich singe!

Unter solchen Umständen würde der famose Prätorianerfonds gleichzeitig eine Art sozialistischer Agitationsfonds darstellen! —

### Disziplin bei der deutschen Marine.

Kiel, 7. Juli. (Eig. Ber.) Es gab wohl wenige bürgerliche Blätter in Deutschland, die sich bei der Besprechung der Ereignisse auf dem Schwarzen Meer die emphatische Deklamation verheißten konnten, daß ähnliche „unerhörte“ Verhältnisse gegen die Disziplin bei unserer Flotte — „Gott sei Dank!“ — ganz und gar ausgeschlossen seien. Abgesehen davon, daß in diesem Gerede von der „geschändeten“ Disziplin und Subordination der blödeste und oberflächlichste Gesichtspunkt, von dem aus der lähne Nebelhandreich der „Potemkin“-Matrosen beurteilt werden kann, mit der genialen Treffsicherheit der bürgerlichen Journalistik zu Worte kommt, insofern belanglose Nebenwirkungen und Begleiterscheinungen eines Vorganges an die Stelle des Faktums selbst und seiner tieferen Ursachen gesetzt werden, so möchten wir bei dieser Gelegenheit den deutschen Wasserpatrioten doch zu bedenken geben, ob nicht gerade sie am allerwenigsten Grund zu solchem Pharisäergetöse haben. Ueber die Disziplin der deutschen Marinematrosen höre man beispielsweise einmal das Urteil der Kieler Bevölkerung, die diese Herrlichkeit aus eigenen bösen Erfahrungen kennt, und man wird sein blaues Wunder erleben. Die Kieler bürgerliche Presse, deren wackere Marinebegeisterung gewiß eine solide Grundlage hat, hat erst vor kurzem wieder tagelang ihre lokalen Spalten mit entrüsteten Auslassungen gefüllt über die zunehmenden, von ihr direkt als gemeingefährlich bezeichneten Ausschreitungen, mit denen die Marinematrosen die Straßen Kiels unsicher machen. Empört wurde festgestellt — und die Redaktionen ließen es sich durch Zuschriften aus dem Feiertage bestätigen — daß zu gewissen Zeiten ganze Stadtteile von betrunkenen Matrosen okkupiert würden und von dem anständigen zivilen Publikum, besonders von Frauen und Mädchen, nur unter schweren Gefahren betreten werden könnten. Von der Stadtverwaltung und der königl. Polizei wurden energisch außerordentliche Sicherheitsmaßregeln zum Schutze der Bürger verlangt, da die regelmäßigen Militärpatrouillen, die am Hafen und in der inneren Stadt die Matrosen zu kontrollieren haben, ungenügend oder machtlos seien. Diese Klagen tauchen periodisch in der Kieler Presse auf, und gänzlich verschwinden sie eigentlich nur, wenn überhaupt keine Kriegsschiffe im Hafen liegen.

Daß man auch anderwärts mit den „blauen Jungen“, wie die Mannschaften der Kriegsmarine in der patriotischen Bierreden genannt werden, ähnliche Erfahrungen macht, geht aus einigen Vorkommnissen hervor, die der „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ von der letzten Uebungsreise des Ostsee-Geschwaders von zuverlässiger Seite gemeldet werden. Als das Geschwader in der Nordsee bei Vorkum lag, wurde ein Teil der Mannschaft an Land beurlaubt. Dort wurden von Marinern bedenkliche Exzesse begangen. Eier und andere Nahrungsmittel wurden entwendet, dem Alkohol wurde so gründlich zugesprochen, daß schließlich schwere Prügeleien der Mannschaften unter einander entstanden, deren Ergebnis eine außerordentlich Belastung des Bestandes der Schiffslazarette war. Auch Chargierte hielten sich dem Unfug nicht fern. Auf der Fahrt mit der Bahn, die die Vorkumer Landungsstelle mit dem Ort Vorkum verbindet, hetzten Matrosen, darunter Chargierte, auf das Verdeck der „Lion“ und führten da „Indianer-

läufe“ auf. Dabei ist ein Feuerwerksmaß von der „Wittelsbach“ so unglücklich herab und zwischen die Schienen gestürzt, daß ihm der Kopf vom Kumpfe getrennt wurde. Einem Mann von der „Beitin“ wurden beide Beine abgefahren; auch er ist seinen Verletzungen erlegen. Die Vorkumer Diebstähle sind zurzeit Gegenstand einer strengen Untersuchung.

Welche Erfahrungen man an Bord mit der Disziplin der Mannschaften macht, davon wird natürlich selten etwas bekannt, und das Militärgerichtsverfahren wird bei der Marine womöglich noch ängstlicher vor dem Luftzug der Öffentlichkeit geschützt, als beim Landheer. Aber von Zeit zu Zeit sind doch immer wieder merkwürdige Dinge durch. So hörte man verächtliche Male, daß auf diesem oder jenem Kriegsschiff Beschädigungen an der Armierung vorgekommen sind, daß Geschützte über Bord geworfen wurden, Offiziere Drohbriefe erhalten haben und dergleichen mehr. Auch auf dem Kreuzer „Frauenlob“ sind kürzlich Ausschreitungen vorgekommen, die von dem Kommandeur für so bedenklich erachtet wurden, daß der Kaiser davon in Kenntnis gesetzt wurde. Der Mannschaft war infolge von Gehorhamsverweigerung eine Entziehung des Urlaubs auf zwölf Tage auferlegt worden. Als Antwort darauf wurden eine Anzahl Verstoßstücke von Geschützen über Bord geworfen. Die Täter konnten nicht ermittelt werden. So wurde der gesamte Mannschaft das Bier entzogen und dem Schiff zur Strafe der Freigeiligkeit an der Strander Bucht, an der äußersten Grenze des Kriegshafens, fern von Kiel, zugewiesen. Wilhelm II., dem während der Kieler Woche der Fall vorgebracht wurde, verfügte die Strafdetachierung des Schiffes nach der Bucht von Neustadt in Ost-Holstein.

Wir führen diese Vorkommnisse an, nicht um sie irgendwie mit der Freiheitsbegeisterung und revolutionären Energie der Mannschaft des „Potemkin“ in Parallele zu stellen, sondern um zu zeigen, daß es auch in unserer Marine mit der Disziplin ganz anders bestellt ist, als die Flottenschwärmer sich träumen lassen.

### Material zum Toleranz-Vertrage des Zentrums.

Wir sind heute wiederum in der Lage, einen Beitrag zu der „Toleranz“ der katholischen Kirche beizubringen, der uns im Original vorgelegen hat und den wir nur um deswillen vorläufig ohne Ortsangabe und Namensunterschrift wiedergeben, weil er einfach typisch ist für die pfäffische Intoleranz und den Zeloteneifer der katholischen Kirche. Schuld und Hehle des einzelnen betreffenden Pfarrers kommen nicht in Betracht, die Kirche und ihr Geist sind es, die wir hier erneut an den Pranger stellen müssen. Es handelte sich um das Aufgebot eines katholischen jungen Mannes, der zu seiner standesmäßigen Verehelichung mit einem evangelischen Mädchen einen Taufschein nötig zu haben glaubte und sich deshalb an den Pfarrer seines Heimatortes wandte. Darauf erhielt er folgende Antwort:

2. 7. 06.  
Nicht darum habe ich den von Ihnen gewünschten Taufschein bisher verzögert, weil Ihre Braut evangelisch ist, sondern weil ich nicht wußte, in welcher Kirche Sie sich trauen lassen wollen. Ich möchte nämlich den Taufschein an den betreffenden Pfarrer senden, wo er abgeholt werden kann. Wollen Sie mir also dies bitte mitteilen. Denn ich hoffe doch, daß Sie die Pflichten eines Katholiken kennen und sich nur in der katholischen Kirche von einem katholischen Pfarrer trauen und die etwa zu erhaltenden Kinder nur in der katholischen Religion erziehen lassen werden. Wenn das etwa nicht der Fall sein sollte, so muß ich Sie liebevoll, aber auch sehr ernst daran erinnern, wieviel überaus schwere Sünde der Glaubensverleugung Sie dadurch begehen, wie sehr Sie durch solchen Schritt Ihrer geistlichen Mutter, der hl. Kirche ins Gesicht schlagen, die sich doch wahrlich etwas Besseres um Sie verdient hat, daß Sie ferner sich selbst dadurch von der katholischen Kirche ausschließen, sich kirchlicher Strafen schuldig machen und sich der Gefahr aussetzen, sich zeitlich und ewig unglücklich zu machen. Wenn also das zutrifft, was ich befürchte, so ermahne ich Sie, von dieser Heirat abzulassen. Erklären Sie Ihrer Braut, daß Sie sie nur unter der Bedingung katholischer Trauung und katholischer Kindererziehung ehestehen. Sie als Mann können Ihren Willen durchsetzen. Geht sie darauf nicht ein, so finden Sie immer noch eine andere Frau.

Hoffentlich beherzigen Sie, ehe es zu spät ist, diese Warnung Ihres wohlmeinenden Heimatpfarrers

Dieser „wohlmeinende Pfarrer“ rät also mit aller Absicht zu einem offensichtlichen Treubruch und tröstet sein Pfarrkind mit dem einfachen Rezept: Sie finden immer noch eine andere! Das ist eine „Toleranz“, die sogar nahe an das Strafrechtbuch freist, und zu der wirklich jedes Wort des Kommentars überflüssig wird.

### Deutsches Reich.

#### Mittelhandrede durch das Zentrum. — Verfassungsrevision im Galopp.

Stuttgart, 4. Juli. (Eig. Ber.) Kämpfer können's die Mittelhandredner nicht mehr treiben als in der vierstündigen Mittelhandrede, die trotz der sengenden Gluthitze der Landtag heute über sich ergehen lassen mußte. Die Frage des Verfalls eines staatlichen Grundstücks in einer Stuttgarter Hauptstraße an eine Baugesellschaft nahm das Zentrum zum Vorwand, denen, die nicht alle werden, wiederum einmal zu zeigen, wie sehr es für die Interessen des Mittelstandes sorgt. Es beantragte, dem Verkauf nur zuzustimmen unter dem Vorbehalt, daß auf dem Grundstück niemals ein Warenhaus erbaut werden dürfe, und ließ durch v. Siene den blödsinnigen Antrag mit einem Schwall salbungsvoller Redensarten über die Vernichtung des Mittelstandes begründen. Einige giftige Ansätze gegen die Sozialdemokratie, die der Entwidlung des Großkapitals und der Herrschaft der kleinen Existenzen Gewehr bei Fuß zusehe, verriet die Motive dieses ausstößigen Antrages. Vorläufig bemerkt, stellte sich im Laufe der Debatte heraus, daß dem in Betracht kommenden Warenkauf erst vor kurzem von einer der Mittelhandredner sehr nahe liegenden Seite — ein in Privatbesitz befindliches Grundstück angeboten worden ist. Der Zentrumsantrag fand nur bei den Konservativen und einem Teil der Nationalliberalen Unterstützung. Für die Sozialdemokratie sprachen die Genossen Nioß und Hildenbrand. Ersterer hielt dem Zentrum das Demagogische der Warenkaufsache vor; glaubte man dem Mittelstand durch Unterbindung der Großbetriebe retten zu wollen, so habe man doch den Mut, die Laßmessung der noch ganz anders unter den kleinen Existenzen aufräumenden Großindustrie zu fordern. Hildenbrand kennzeichnete das Gerede von der Laßlosigkeit der Sozialdemokratie durch den Hinweis auf die von der Partei entfaltete rastlose Tätigkeit für die Ausgestaltung der durch keinen mittelalterlichen Ansturm aufzuholenden Entwidlung zum Wohle der Gesamtheit, während gerade das Zentrum dem Ausbau der sozialen Befreyung widerstrebe und bei den Handelsverträgen nicht daran gedacht habe, die Interessen der kleinen Leute zu schützen. Nachdem auch der Finanzminister den Antrag als „mittelalterlich“ zurückgewiesen hatte, wurde er mit großer Mehrheit vom Hause abgelehnt. — Die Verfassungs-

revisionsvorlage soll unter allen Umständen bis zum 23. d. M. durchgepeilt werden. Die Kommission wird diesen Somabend mit ihren Beratungen beginnen und sie bis zum 18. d. M. erledigen. Für die Debatte im Plenum sind nur drei Tage in Aussicht genommen. Symptomatisch für das Unbefriedigende des Plenums ist, daß keine Partei den Referenten für den Kommissionsbericht stellen will; man wird im Gegenzug zu der sonstigen Verpflichtung sich darauf beschränken, die Beschlüsse der Kommission ohne Kommentar dem Hause mitzuteilen.

### Erfolge der Wahlschreiber.

Die Hamburger Senatsvorlage, durch die den arbeitenden Klassen das Wahlrecht gerahmt werden soll, suchte die Beamtenschaft dadurch auf ihre Seite zu bringen, daß sie ihnen das bisher vorerhaltene Recht einräumte, sich in das Parlament der Selbstrepublik wählen zu lassen. Dieser hinterlistige Schachzug fand nun bei einem Teil der Lehrer wenig Sympathie. Der Vorstand des über 2000 Mitglieder zählenden Lehrereines „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ hatte gegen die Senatsvorlage eine entschiedene Erklärung abgegeben. Er lehnte in einer öffentlichen Erklärung diese Begünstigung ab, weil sie mit einer Verkürzung der politischen Rechte der unbemittelten Schichten verbunden sei. Dann hieß es:

„Die Entwidlung der Volksschule in dem Sinne, wie wir sie fordern, und mit uns die gesamte deutsche Lehrerschaft, ist nur dann möglich, wenn diejenigen Volksschichten, welche ein ureigenes Interesse an der Volksschule haben, auf die Befreyung einen maßgebenden Einfluß gewinnen. Daß von den jetzt regierenden Kreisen eine durchgreifende Förderung unseres Volksschulwesens nicht zu erwarten ist, das lehrt die Erfahrung vieler Jahrzehnte.“

Diese von anerkannter pädagogischer Einsicht zeugende Erklärung wurde von den Schachmachern perfid als — sozialdemokratische Kundgebung denunziert, ferner traten zwei Schulräte ostentativ aus dem Verein aus. Rückständige Elemente unter den Lehrern organisierten nun schleunigst einen Entlastungsrundel. Nachdem 450 Mitglieder des Vereins — die Zahl der Streber und Angstmeier war im Verhältnis zur Mitgliederzahl des Vereins bemerkenswerterweise doch nicht allzu groß — eine Protesterklärung gegen die Vorstandserklärung erlassen, arrangierte man vorgestern eine Versammlung, in der die Führer des reaktionären Flügels dem Vorstand mit dem größten Geschick zu Leide gingen. Man denunzierte die 15 Vorstandmitglieder wieder als Sozialdemokraten, die der Hamburger Lehrerschaft die Schmach angetan hätten, den Ansehen zu erwecken, als sie sie unter der roten Fahne befehlt. Der Vorstand verwahrte sich vergeblich gegen diese denunziatorischen Angriffe. Mit der Entwidlung der Schule habe er in seiner Erklärung die Einheitschule gemeint, für die in der Tat die jetzt regierenden Kreise niemals zu haben sein würden. Die Streber tobten und da die Anhänger des Vorstandes sich eine gebotene Jurisdiktion aufzulegen mußten, war das Resultat, daß der Gesamtvorstand sein Amt niederlegte.

Wenn die Reaktionen diese Aktion für einen großen Sieg halten sollten, so dürften sie sich sehr auf dem Holzweg befinden. Vielmehr wird umgekehrt mancher von denen, die zwar pädagogisch fortschrittlich denken, aber politisch noch einem naiven Indifferentismus huldigten, durch diese wüste Hege auch politisch ein tüchtig Stück weiter nach links geschwenkt werden! —

### Einem Polizei-Inspektor nicht zuzutrauen!

Aus Halle berichtet man uns unterm 6. Juli: Der Polizei-Inspektor v. Dossow, Hauptmann der Landwehr, war vom Halleschen Schöffengericht von der Anklage der Verleumdung freigesprochen worden. Der Angeklagte sollte eines Tages zu dem Oberkellner Hoffmann wider besseres Wissen gesagt haben, es sei eine Gemeinheit von dem Kommissar Kriebel, daß dieser sich als Offizier geriere; er habe es nur bis zum Unteroffizier gebracht. Tatsächlich war Kriebel Offizier; er lebt aber mit v. Dossow in bitterer Feindschaft und ist, nachdem er verschiedene Polizeifandalgeschichten an das Richt gezerzt hat, mit schlichtem Abschied vom Offizierkorps entlassen worden. Obwohl der Hotelkellner Hoffmann vor erster Instanz beschworen, v. Dossow habe in Beziehung auf Kriebel die Versicherung getan, sprach das Gericht v. Dossow, der bestritt, die Versicherung getan zu haben, mit dem Hinweis frei, es sei nicht anzunehmen, daß v. Dossow ohne Grund die Unwahrheit gesagt habe. Kriebel legte gegen dieses Urteil Verwahrung ein, insofern sich auch die Strafammer mit der Sache befahte. In der Verhandlung ging es wieder sehr lebhaft her; Kriebel warf v. Dossow vor, er habe Stiefel unterschlagen etc. Heute wurden nun Hoffmanns Angaben noch durch einen zweiten Zeugen unterstützt; das Gericht kam aber zu der Ueberzeugung, es sei v. Dossow nicht zuzutrauen, daß er jene Versicherung getan habe. Hoffmann könne sich bezüglich des Anschlusses mit v. Dossow ein solches Bild gemacht haben etc. Der Polizei-Inspektor wurde wieder freigesprochen. —

### Südwestafrika.

Berlin, 7. Juli. (B. T. V.) Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Gestorben sind Reiter Hermann Schmidt, geboren am 22. 7. 82 zu Woltersdorf, am 30. Juni 1905 in der Krankenanstalt des Warmbad von Heringsdorf nach Typhus; Reiter Karl Rädge, geboren am 8. 9. 80 zu Herthen, am 30. 6. 1905 im Lazarett Koelmannshoop am Typhus.

Am 3. Juli beim Ueberfall der Station Wasserfall ist Reiter Josef Winkelhag, geboren am 28. 1. 79 zu Archheim, gefallen (Lungenfaß) und Reiter Max Moser, geboren am 3. 4. 83 zu Dresden, leicht verwundet worden (Heißschuß linken Oberarm).

### Ausland.

#### Frankreich.

Gesunkenes Unterseeboot. Im Hafen von Vizeña ist gestern ein Unterseeboot gesunken, dessen Besatzung wahrscheinlich umgekommen ist. Es wird aus Paris gemeldet: Im heiligen Marineamt sind im Laufe des gestrigen Tages folgende Einzelheiten über das in der See von Vizeña gesunkene Unterseeboot bekannt geworden: Das Boot liegt sechs Meter tief im Schlamm. Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks sind alle notwendigen Hilfsmittel nach dem Orte der Katastrophe gesandt worden. Als die Taucher ihr Rettungswerk begannen, gaben ihnen die Insassen des Bootes Lebenszeichen. Man erwartet mit größter Spannung Nachrichten über das Ergebnis der Rettungsversuche. Um 1/2 12 Uhr traf im Marineamt ein Telegramm ein, dessen Wortlaut besagt, daß das Rettungswerk fortgesetzt wird, ohne aber daß bisher ein Ergebnis zu verzeichnen gewesen wäre. Wie weiter aus dem Telegramm hervorgeht, herricht zur Stunde Ungewißheit über das Schicksal der Gesunkenen. Die Besatzung ist um so größer, als bekannt ist, daß die Besatzung eines Unterseebootes nur sechs Stunden unter Wasser zubringen kann, ohne in Gefahr zu geraten. Man befürchtet, daß die Rettungsversuche zu spät glücken werden, um die Besatzung noch zu retten.

#### England.

##### Blutige Mandarantentate.

London, 7. Juli. Während einer gestern abgehaltenen Feldübungsübung bei Aldershot erhielt Kavallerie den Befehl zur Attacke auf Gaden zu Fuß. Die Attacke wurde zu weit durchgeführt, die Dragoner hieben mit ihren Säbeln auf die Gaden ein, einige feuerten auch ihre Gewehre aus nächster Nähe ab. Eine Anzahl Gaden wurde verwundet. —

London, 7. Juli. Im Oberhause richtete Lord Russell an die Regierung die Anfrage, ob es Tatsache sei, daß die Hamburg-Amerika-Linie auf dem Nil Dampfer laufen lasse oder laufen zu lassen beabsichtige, welche dort mit Ägypten, die britischen Interessen oder Unternehm-

Der Ägyptischen Regierung gehören, in Wettbewerb treten sollten. Minister des Äußeren, Marquis von Lansdowne, erwiderte: Die Tatsache, wenn es eine Tatsache ist, ist von unseren Vertretern in Ägypten nicht gemeldet worden; ich werde Erkundigungen einziehen.

### Griechenland.

Athen, 7. Juli. Ministerpräsident Kalli gab in der Kammer die Bildung des neuen Ministeriums bekannt und feierte Delhannis, dessen Politik er unter Vornahme einiger Reformen fortführen werde. Die ausbleibenden Minister seyen die Gründe auseinander, die sie zu der Trennung von Kalli genötigt hätten. Hierauf stellte der Ministerpräsident die Vertrauensfrage. Die Kammer votierte ihm das Vertrauen mit 113 gegen 77 Stimmen; 30 Abgeordnete waren abwesend. Da die Abstimmung günstig ausgefallen ist, so wird anscheinend eine neue Krise vermieden.

### Amerika.

#### Kanadische Zollabsichten.

Ottawa, 7. Juli. Finanzminister Friedling führt bei Einbringung des Budgets folgendes aus: Es sei die Absicht der Regierung, bei Revision des Zolltarifs eine Vorzugsbehandlung Englands gegenüber allen anderen Staaten vorzunehmen, einen Minimaltarif den Staaten gegenüber zu schaffen, die den Handel mit Kanada begünstigen, und einen Maximaltarif für die, deren Tarif-Gesetzgebung geeignet ist, den Handel mit Kanada auszuschließen. Er bringt eine Zoll von 60 Cents für je 100 Pfund gequetschten Hafers in Vorschlag, ferner solle der Zoll auf trockenes Weizen auf 30 Proz., der auf mit Öl vertriebenes auf 35 Proz. erhöht werden. Eine geringfügige Abänderung soll bei den Zöllen auf Jement durch Anfügung eines Wertzoll von 25 Proz. auf Säcke herbeigeführt werden, um so den amerikanischen Jement mit dem englischen und schottischen gleichzustellen. Die Zollfreiheit für Maschinen zur Herstellung von Rübenzucker und für Maschinen und Geräte für Goldwäschereien soll noch ein weiteres Jahr fortbestehen. Ein besonderes Zugeständnis wird Weinen aus den südafrikanischen Kolonien dadurch gemacht, daß sie bei einem Alkoholgehalt bis zu 40 Proz. zum Zollsaße von 25 Cents für die Gallone eingelassen werden.

**Steuerfreiheit des Kirchengüter.** Trotzdem in Amerika Staat und Kirche getrennt sind, wissen die Kirchen sich doch eine große Einflußsphäre zu sichern und allerlei Privilegien zu erhalten. Eins der wertvollsten Privilegien, das ihnen in den meisten Staaten eingeräumt ist, besteht in der Steuerfreiheit ihres Eigentums, der Gebäude und Ländereien, die oft einen hohen Wert besitzen. Wo eine Steuer erhoben wird, da schämt man das Kirchengüter so niedrig ein, daß nur ein minimaler Steuerfuß zu zahlen ist; trotzdem wird in diesen Staaten eine eifrige und unermüdete Agitation von den Kirchen entfaltet, um sich gänzlich frei von der Steuer zu machen. Bei einer solchen Agitation leisten die Frauen oft die wertvollsten Dienste. So gelang es vor einigen Jahren im Staate Kalifornien, durch allgemeine Volksabstimmung ein Gesetz zur Anerkennung zu bringen, nach welchem die Kirchen von der Steuer auf ihr Eigentum befreit wurden. Wenn es sich um die Erlangung von wertvollen Vorrechten handelt, dann halten alle Kirchen fest zusammen; der konfessionelle Charakter wird abgetreift und die Kirchen werben um die Gunst der Bürger nur als Moral- und Wohltätigkeitsanstalten, und der Durchschnittsamerikaner hat einen großen Respekt vor der Kirchenmoral. Er schickt seine Kinder in die Sonntagsschule zum Religionsunterricht und will als Anhänger irgend einer Kirchenrichtung gelten. Auswahl hat er genug, denn die Zahl der Sekten ist eine sehr große. Wie reich die Kirchen sind und welche Vorteile sie durch die Steuerfreiheit genießen, darüber brachte die New Yorker „Sun“ kürzlich eine kleine Aufstellung, aber die Zeitung begnügte sich, darauf hinzuweisen, ohne eine Kritik daran zu knüpfen. In New York gibt es zwei kirchliche Korporationen, die allein ein steuerfreies Eigentum von über 20 Millionen Dollar besitzen. Im ganzen war im Jahre 1904 in New York nach einem Bericht der „Föderation der Kirchen“ ein Kirchengüter im Werte von 216 694 195 Dollar steuerfrei. Davon entfällt auf eine lange Reihe von verschiedenen protestantischen Kirchen 114 970 250 Dollar, auf katholische Kirchen werden 55 582 065 Dollar gerechnet. Das Judentum hat zur Ausübung seiner Religion ein Eigentum von 13 420 050 Dollar steuerfrei. Der Rest entfällt auf allerlei andere Religionsgemeinschaften. Und die Kirchen werden immer reicher!

## Der Krieg in Ostasien.

### Ansprache an die japanischen Friedensvollmächtigten.

Der Kaiser richtete an die Friedensvollmächtigten eine Ansprache, welche folgendermaßen schließt: Wenn gemäß dem verständlichen Geiste unseres Gegners die Feindseligkeiten zu Ende geführt werden könnten, so würde nichts freundlicher sein, als ein solcher Abschluß. Demgemäß haben wir der Anregung des Präsidenten Roosevelt sofort stattgegeben, und wir betrauen Sie hierdurch mit der Mission zu unterhandeln und den Frieden abzuschließen. Sie müssen sich mit aller Hingebung Ihrer Aufgabe widmen und alle Anstrengungen machen, auf daß die Wiederherstellung des Friedens auf dauerhafter Grundlage gesichert sei.

### Keine russische Neutralitätsverletzung.

Petersburg, 7. Juli. Gegenüber der von japanischer Seite ausgesprochenen Behauptung, die Russen, insbesondere die Abteilung des Generals Mitschenko, hätten Anfang Mai mongolisches Gebiet betreten und so die neutrale Grenze verletzt, wird der Petersburger Telegraphen-Agentur aus Goshadan unter dem heutigen Datum gemeldet, daß diese Behauptung auf Grund beim Stabe des russischen Oberkommandierenden befindlicher und jeden Zweifel ausschließender Dokumente kategorisch zurückgewiesen werden könne.

## Aus der Partei.

### Zur Tagesordnung des Parteitag

äußert sich auch die Dresdener „Volkswacht“. Sie meint: „Die gestern bekannt gegebene Tagesordnung unseres diesjährigen Parteitages gewährt einen guten Ausblick auf fruchtbringende Tätigkeit; sie enthält eigentlich nur zwei Punkte, wenn wir von den regelmäßigen Berichterstattungen absehen. Und diese beiden Punkte ergänzen sich in einer Weise, die jede Arbeit zu ihrem Rechte kommen läßt: die praktische Organisationsarbeit wie den mehr theoretischen Ausblick auf unsere zukünftigen Kämpfe.“ Die beiden von der „Volkswacht“ gemeinten Punkte sind: „Die Parteiorganisation“ und „Der politische Massenstreik“. Ueber den letzteren Punkt sagt sie: „Daß Genosse Bebel hierzu das Referat zu halten gedenkt, wird allgemein überrascht, da gerade er in die Debatte bisher nicht eingegriffen hat, ja über seine Stellung zum Massenstreik nicht einmal Genaueres bekannt ist. Wenn der Parteivorstand sich trotzdem entschloß, seinem Mitglied Bebel das Referat zu übertragen, geschah es wohl in der Hauptsache aus der Erwägung

heraus, die seit Köln etwas heisse Frage einem Führer von besonderer Bedeutung zu übertragen, dem die Aufgabe zufallen soll, die auseinanderstrebenden Geister auf eine gewisse Mittellinie zu sammeln. Denn mit einem prononzierten Redner hätte sich die Verurteilung eines Korreferenten nötig gemacht und damit war eine gewisse Zerteilung der Delegierten gegeben, die gerade angesichts der mehr theoretischen Bedeutung der Frage vermieden werden kann.“

Unseres Wissens steht Genosse Bebel auf dem Standpunkt Kautskys. Schließlich meint die „Volkswacht“:

„Da Freunde und Gegner der Reise ihre Auseinandersetzung bis zum Stuttgarter internationalen Kongreß verschoben haben, dürfte das Echo von Köln diesmal noch ausbleiben. Auch sonst ist anzunehmen, daß die Debatten zu den Berichterstattungen die Zeit für die beiden wichtigen Punkte nicht rauben werden, es fehlt anscheinend an jedem äußeren Anlaß dazu — wenn nicht etwa die Leipziger Spezies von Genossenschaftlichkeit gegenüber dem „Vorwärts“ eine unerwartete Auseinandersetzung, die dann recht lebhaft werden könnte, herbeiführt. Im Interesse der sachlichen Beratung unserer wichtigen Organisations- und Aktionsfragen wäre diese sonst recht notwendige Abrechnung allerdings zu bedauern und da der Parteitag formell nicht weiter tun kann als eine Mahnung auszusprechen — auf die bekanntlich in Leipzig gepfiffen wird — bleibt uns diese Auseinandersetzung besser erspart und wir widmen die Zeit den beiden großen, wichtigen Fragen „Organisation“ und „Massenstreik“.“

Die Art, wie die „Volkswacht“ ihr Bedauern über die etwa kommende unerwartete Auseinandersetzung ausdrückt, ist leider nicht geeignet, eine solche fernzubehalten, sondern wirkt eher, als wollte man eine Frikation durch Sandstreuen aufheben. Hoffen wir, daß alle Auseinandersetzungen in Jena trotz vorhandener sachlicher Differenzen nie den Charakter persönlicher Gehässigkeit annehmen.

Die vorgestrige Veröffentlichung der Tagesordnung in der bürgerlichen Presse veranlaßt noch zwei Parteiblätter zu Äußerungen.

Das „Volkswacht“ in Harburg schreibt:

„Es berührt recht eigentümlich, wie gut doch eine gewisse bürgerliche Presse über die Vorläufe innerhalb unserer Partei unterrichtet ist. In der Dienstagsnummer vom 4. Juli veröffentlicht der „Vorwärts“ den Aufruf des Parteivorstandes zum Parteitag in Jena, der an denselben Tage auch der Parteipresse zugesandt wurde. Aber bereits am Montag abend (also am 3. Juli) konnte bereits das „Berliner Tageblatt“ melden, daß der Parteivorstand die Vorarbeiten zum Parteitag „fast“ erledigt hätte; zugleich veröffentlichte das Blatt schon einen Teil der Tagesordnung des Parteitages und teilte geschäftig mit, daß Genosse Bebel über den politischen Massenstreik referieren sollte.“

So das „Berl. Tagebl.“ am Montag. Am Dienstag erhielten auch die Berliner Parteigenossen durch den „Vorwärts“ davon Kenntnis; ebenso auch die Provinzpresse. Das „Berl. Tagebl.“ war aber wieder allen Parteizeitungen, einschließlich dem „Vorwärts“, um eine Rowenlänge voraus. Wie kommt das? Sollten das wieder die berühmten „Räben“ sein, die einst von der Partei ins bürgerliche Lager hinübergespielt, wie in Dresden festgestellt wurde?

Das „Offenbacher Abendblatt“ meint:

„Wir lobeln die Verhörerung des Reichshaushaltsetats und müssen das Aufkommen solcher heftiger Gewohnheiten in unseren eigenen Sachen verhüten. Eine Zeilung florierte der Unzufriedenheit, die großbürgerliche gutgehende Blätter mit Nachrichten vom internationalen Bureau in Brüssel rocher bedient wurden, wie der „Vorwärts“. Dieser Unzufriedenheit ist etwas zurückgedrängt, jetzt scheint er aber der deutschen Sozialdemokratie besetzt zu werden.“

### Der schweizerische sozialdemokratische Parteitag

wird am 5. August im Großratsloale (Landtagsloale) zu Lausanne eröffnet werden. Die Tagesordnung umfaßt 12 Punkte, wovon erwähnt seien: der parlamentarische Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion, die Wahl des Parteisekretärs. Die Revision des Obligationenrechts (Referenten Dr. Harbstein-Zürich und Dr. Brüllein-Dern), Revision des Fabrikgesetzes (Fährdrich-Biel und Sigg-Genf), Krankenversicherung (Fährdrich und Sigg), Nationalratswahlen (Reimann-Biel), politische Polizei (Gruelich). Der Grüllverein Herisau beantragt die Herausgabe des neuen Parteiprogramms mit einem Kommentar, was bereits in Aussicht genommen, aber noch nicht ausgeführt ist. Inzwischen soll das Programm nebst den Erwägungen zu Propagandazwecken neu gedruckt werden. Die sozialdemokratische Partei des Kantons Genf stellt den Antrag, die Partei soll für Soldaten, die gegen streikende Arbeiter den Dienst verweigern, Fürsorge treffen; ferner die Frage prüfen, wie aus der Bundesverfassung die Bestimmungen über das Militärwesen und den Militärdienst beseitigt werden können; die sozialdemokratischen Vertreter im Nationalrat sollen das Militärbudget ablehnen, bis das Militärausgebot gegen streikende Arbeiter gesetzlich verboten wird.

## Oberst Hüger und die Militärrechtspflege

vor der Dortmunder Strafkammer.

C. Dortmund, 4. Juli.

Ein Prozeß, der in der Geschichte des deutschen Heeres einzig dastehen dürfte, gelangt am kommenden Dienstag vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts zur Verhandlung. Es gelangt damit endlich ein jahrelanger, erbitterter Kampf zur gerichtlichen Aufrollung, welchen der frühere Kommandeur des ersten württembergischen Feldartillerie-Regiments „König Karl“ Nr. 13 in Ulm, Oberst a. D. Hüger gegen die höchsten militärischen Kreise und die von diesen geübte Militärrechtspflege geführt hat. Nur dem Umstande, daß Hüger ohne Recht des Uniformtragens verabschiedet wurde, ist es zuzuschreiben, daß dieser Sensationsprozeß vor einem bürgerlichen Gericht und damit voraussichtlich in breiter Öffentlichkeit zur Verhandlung kommt, denn auch Offiziere „a. D.“ unterstehen, falls ihnen das Recht des Uniformtragens belassen, der militärischen Rechtspflege.

Oberst Hüger, dessen Anwesenheit am 22. März d. J. auch im Reichstage zur Sprache gebracht wurde — der preussische Kriegsminister erklärte allerdings, über den Fall nicht informiert zu sein —, hat seine schweren Anschuldigungen in

### zwei Broschüren

der Öffentlichkeit unterbreitet. Nach seiner Verabschiedung gab er eine Schrift heraus unter dem Titel: „Meine Erlebnisse in der Militärrechts- und Ehrengerichtspflege“. Ihr folgte 1904 eine zweite, jetzt unter Anklage gestellte Broschüre: „Wie es meiner Petition im Reichstage erging“.

Alles in allem lenkt man sich Oberst Hüger in seinen eingehend begründeten Darlegungen als das Opfer eines mehrjährigen Kampfes, den er gegen hochgestellte militärische Persönlichkeiten auf Grund zahlloser Rechtsbeugungen zu führen hatte. Nach Hügers Darstellung soll dieser Kampf verunglückt worden sein durch ihm feindlich gesinnte Offiziere, die bei seiner direkten Vorgelegten bis hinauf zum kommandierenden General bei den gegen Hüger gerichteten Maßnahmen eine wirksame Unterstützung fanden. Hüger selbst bezeichnet seine Angelegenheit als

### „eine Art von Dreifus-Affäre“

mit der sie, wenn auch in bescheidenen Grenzen, vielfach große Bekanntheit habe. Oberst Hüger verfolgte sein vermeintliches Recht mit größtem Nachdruck und unermüdeten Ausdauer, obschon man seinen Angriffen an den interessierten Stellen jahrelang passives Schweigen entgegensetzte. Er versuchte sogar, allerdings erfolglos, durch Vermittelung des Erbgroßherzogs von Baden, kommandierenden Generals des VIII. Armeekorps, zwecks Erwirkung von Recht und Genugtuung

direkt an den Kaiser heranzutreten.

Die Vorwürfe, welche Hüger gegen eine Reihe von Generälen und andere höhere Militärpersonen erhebt, betreffen namentlich darin, daß sie sich bei der Behandlung von Beschwerden stets zu Hügers Nachteil zahlreicher Verstöße gegen die Bestimmungen der Beschwerde-Ordnung, gegen die Grundzüge der Gerechtigkeit und der Logik schuldig machten, daß ferner ein (genau bezeichneter) General sich ein Vergehen gegen den § 117 des Militär-Strafgesetzbuches zuschulden kommen ließ, indem er, wider zu Hügers Nachteil, durch Unterlassung der Entscheidung

### eine Beschwerde unterdrückt

hat, die vorchriftsmäßig an ihn gelangte. Weiter behauptet Hüger und zwar stets unter genauer Bezeichnung der Personen, daß ein württembergisches Untersuchungsgericht zu seinem Nachteil in einem Antrage auf Einstellung des Verfahrens

### Zengenausagen fälschlich und fälschentlich wiedergegeben,

eine Bestimmung durch Einfügung von Worten zugunsten eines Hauptmanns S. vergewaltigt, sowie die Strafprozess-Ordnung in mehreren Fällen verletzt hat. Die Justizabteilung des württembergischen Kriegsministeriums habe sich dem Verfahren des Untersuchungsgerichts als Oberkriegsgericht angeschlossen. Weiter wird einem hohen Offizier unterstellt, er habe in einem ehrengerichtlichen Verfahren eine Ehrenentscheidung mit Gründen belegt, deren Unrichtigkeit ihm im vollen Umfange bekannt war; Hüger will in einem deshalb eingeleiteten Verfahren gegen den betreffenden Offizier gehindert worden sein, den Beweis der Wahrheit anzutreten. Hüger wirft sodann einem Kriegsgerichtsrat

### über 30 Fälle von Rechtsbeugungen

vor. Eine Petition, die Hüger am 9. November 1900 dem Reichstage einreichte, gipfelte in der Bitte, das Parlament möge seinen Einfluß dahin geltend machen, daß seine Angelegenheit wieder aufgenommen und nach Recht und Gesetz erledigt werde. Durch Vermittelung Dritter gelang es ihm, die Abgeordneten Lenzmann und Dr. a. m. Behnhoff für die Petition zu interessieren. Hüger erreichte aber schließlich auch auf diesem Wege nichts. Lenzmann trat, wie Hüger behauptet, einmal mit den Worten an ihn heran:

### Der „Kriegsminister läßt Ihnen sagen“

Sie möchten nach Zurückziehung der Petition ein unmittelbares um Wiederverleihung des Rechts, Uniform zu tragen, einreichen. Das Gesuch werde sicher genehmigt, der Kriegsminister selbst wolle es befürworten. Hüger wies das Anerbieten mit dem Bemerkten zurück, er wolle

### keine Gnade, sondern sein Recht!

Die Petition fiel dann in der Kommission durch, ebenso wurde eine zweite Petition zurückgewiesen. Ein nationalliberaler Abgeordneter soll aus dem Grunde gegen die Behandlung des Falles im Plenum des Reichstages gewesen sein, weil das

### ein gesundes Pressen für die Sozialdemokratie

wäre. Ein einzelner müsse im Interesse einer so großen Institution, wie die Armee es sei, „eine Ungerechtigkeithinnehmer“, Oberst Hüger hat infolge seiner zweiten Broschüre seine Stellung als Vizedirektor des kurort Königsdorn bei Ulm i. B. aufgegeben. Insofern aber hat er seinen Zweck erreicht, als die Angelegenheit seinem Wunsch gemäß nunmehr zum gerichtlichen Austrag gelangt. Der

### Strafantrag

ist seitens des preussischen und württembergischen Kriegsministeriums und seitens einiger Generäle, darunter Generalleutnant v. Kämmerer-Berlin, gestellt worden. Es sind 30 Zeugen geladen, unter diesen 8 Generäle und 6 Stabsoffiziere. Unter ersteren befinden sich der Inspekteur der III. Armee-Inspektion v. Lindequist, der kommandierende General des IV. Armeekorps v. Hindenberg und der leghin vielgenannte General Klein.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Zur Marokkofrage.

Paris, 7. Juli. (B. L. Z.) In dem heute im Elisee abgehaltenen Ministerrat machte Ministerpräsident Rouvier Mitteilung über den Stand der Verhandlungen mit Deutschland bezüglich Marokkos. Er äußerte, alles berechtige zu der Hoffnung, daß ein endgültiges Übereinkommen in kurzer Zeit zustande kommen werde.

Marineminister Thomson legte eine Depesche des Marinekommandanten in Biserta vor, welche besagt, man habe eine dritte und vierte Hecke unter das gesunkene Unterseeboot gelegt, aber es sei noch nicht gelungen, es zu heben; die eingekerkerten Mannschaften antworteten morgens auf die Signale der Taucher.

### Hollfragen in der französischen Kammer.

Paris, 7. Juli. (B. L. Z.) Deputiertenkammer. In der Vormittags Sitzung wurde die Beratung über die Rolle für reinseidene Gewebe fortgesetzt. Kugagnur tritt im Interesse der Industrie von Lyon für Erhöhung der Einfuhrzölle ein. Nach einer Erörterung der Handelsverträge, die Deutschland und Italien mit der Schweiz abgeschlossen haben, betonte er zum Schluß, daß auch Frankreich mit der Schweiz in Unterhandlungen treten möchte. Handelsminister Dubief sprach sich gegen die Erhebung eines Zolles von 7,50 Fr. aus, welche in der Schweiz Mißstimmung hervorrufen müsse. Roel, der Präsident der Kommission, beantragt Vertagung, bis die Regierung mit der Schweiz verhandelt habe. Dubief spricht sich für diesen Antrag aus, die Kammer beschließt, die Beratung auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

### Auf der „Potemkin“-Jagd.

Odessa, 7. Juli. (B. L. Z.) Der Befehlshaber des Schwarzen Meer-Geschwaders Admiral Tschukin hat dem Generalgouverneur von Odessa telegraphiert, das Geschwader habe Befehl erhalten, das Panzerschiff „Potemkin“ aufzusuchen und es gefangen zu nehmen oder zu vernichten. Eine heute aus Sewastopol eingegangene Depesche meldet, daß das gesamte Geschwader von dort ausgelaufen ist.

### Die Matrosenunterereien mehren sich.

Manila, 7. Juli. (B. L. Z.) Es heißt, daß die Matrosen der hier internierten russischen Kriegsschiffe „Aurora“, „Oleg“ und „Schemtschug“ starke Mißstimmung und Sympathie mit den Meuturern vom Schwarzen Meer an den Tag legen. Auf das Gerücht, daß sie einen Wobansschlag auf die Offiziere planten, hat sich der Küstenpanzer „Wodnod“ in die unmittelbare Nähe der russischen Schiffe gelegt.

### Schlagende Wetter.

Brüssel, 7. Juli. (B. L. Z.) Auf der Kohlengrube Gendebien bei Anderlues ist heute durch schlagende Wetter ein Gesteinssturz erfolgt, durch den 40 Bergleute verschüttet wurden. 11 sind getötet und 12 verletzt worden, einer wird vermisst.

### Das Aussperrungsfiende.

Berwick, 7. Juli. (B. L. Z.) Infolge von Meinungsverschiedenheiten ist zwischen Arbeitern und Arbeitgeber hiesiger Fabriken ein erster Streik ausgebrochen. Die Fabrikanten kündigten für morgen die Schließung von 43 Werken an. Hierdurch werden mehrere Tausend Arbeiter betroffen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 7. Juli 1905.

Fleischnot.

Die Vieh- und Fleischverwertung, die schon in den ersten Monaten dieses Jahres drohend hervortrat, hat seitdem weitere Fortschritte gemacht und noch ist ihr Ende nicht abzusehen; denn wenn, wie zu erwarten steht, die Futterernte diesmal einen reichen Ertrag liefert, wird die Leichtigkeit der Durchfütterung des Viehes durch den Winter die großen Viehhalter höchst wahrscheinlich veranlassen, ihren im vorigen Spätherbst während der Futtermittelnot durch bedeutende Schlachtviehverläufe verringerten Viehbestand wieder aufzubessern. Bereits haben die Preise für Rinder auf den Viehmärkten eine Höhe erreicht, die selbst die Marktnotierungen während der drückendsten Fleischnot im Jahre 1902 übertrifft. Damals stellten sich im Durchschnitt des Monats Oktober, in dem die Rinderpreise ihren höchsten Stand erreichten, am Berliner Markt die Preise für vollfleischige ausgewästete Ochsen auf 141 M., für nicht ausgewästete auf 129,50 M. und für vollfleischige Kühe auf 120,50 M. pro Doppelzentner Schlachtgewicht (das heißt nach Abzug des Kopfes, der Haut, Füße, sowie der Organe der Brust, Bauch- und Beckenhöhle). Dagegen kosteten heute am Berliner Schlachtviehmarkt ausgewästete Ochsen je nach Qualität 140-148 Mark, nicht ausgewästete Ochsen 130-138, vollfleischige ausgewästete Kühe 124-128 Mark pro Doppelzentner Schlachtgewicht. Es stehen also heute - nach dem Durchschnitt berechnet - die Preise für Rinder um ungefähr 4-5 Proz. höher als vor drei Jahren zur Zeit der höchsten Fleischnot. Nicht ganz im gleichen Verhältnis sind die Schweinepreise gestiegen; doch haben auch sie den Stand, den sie im August 1902 erlangt hatten, nahezu wieder erreicht.

Damals stellten sich nach der offiziellen Statistik die Durchschnittspreise für Schweine bester Qualität am Berliner Schlachtviehmarkt auf 129,00, für Mittelware auf 126,00 M. pro Doppelzentner Lebendgewicht (nach Abzug von 20 Proz. Tara für Abfall); dagegen wurden in der letzten Zeit Schweine erster Qualität mit 126-128, zweiter Qualität mit 122-124 M. pro Doppelzentner Lebendgewicht bezahlt; doch gelten diese Preise erst seit kurzem; noch vor fünf Wochen, Ende Mai, betrug der Preis für Schweine erster Qualität 132 M., zweiter Qualität 126-130 M. Sie stellten sich also im Durchschnitt noch um 2 Proz. höher als im August 1902. Und dementsprechend sind auch die Fleischpreise gestiegen. Jede Hausfrau, die über ihre Ausgaben genau Buch führt, weiß, daß sie vor ungefähr einem Jahre, im Mai und Juni 1904, gewöhnliches gutes Rind- und Schweinefleisch um durchschnittlich 20 Pfennige, bessere Fleischsorten sogar um 25 und 30 Pfennige billiger gekauft hat als jetzt.

Die Grundursache der alle paar Jahre wiederkehrenden, den Haushaltstat der ärmeren Volksschichten aufs schwerste belastenden Fleischsteigerungen liegt trotz aller rabulistischen Zeugungsversuche der agrarischen Presse in der absoluten Unzulänglichkeit der deutschen Viehproduktion im Verhältnis zum Bedarf der deutschen Bevölkerung. Allerdings hat, wenn man die früheren Viehbestände und die ermittelten Durchschnittsgewichte des Schlachtviehes mit den jetzigen vergleicht, eine nicht unbeträchtliche Vermehrung der Viehproduktion stattgefunden; aber noch weit stärker ist der deutsche Fleischbedarf gestiegen, teils infolge der Bevölkerungsteigerung - 1875 hatte Deutschland nur 42, heute hat es zirka 58 Millionen Einwohner -, teils infolge der Zunahme des Fleischkonsums. Wie sich an allen Industriestaaten nachweisen läßt, erfolgt mit dem Uebergang vom Agrar- zum Industriestaat, mit der Zunahme der städtischen Bevölkerung zugleich in fast allen Schichten - vorzugsweise natürlich den wohlhabenden - eine Steigerung des Fleischverbrauchs.

Dazu kommt, daß durch die angeblich aus sanitären Gründen, tatsächlich aber zum Zweck der Erhöhung der landwirtschaftlichen Profite eingeführten Vieheinfuhrverbote und -Beschränkungen die frühere Versorgung des deutschen Marktes mit ausländischem Vieh eine beträchtliche Einschränkung erfahren hat. Befolgt auch die Regierung die Praxis, durch Vieheinfuhrbeschränkungen die Agrarier vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen, schon seit Jahrzehnten, so wurden doch früher die Abwehrmaßnahmen strenger durchgeführt, und die Schlachtviehimporte aus den Nachbarländern lieferten daher zu der deutschen Viehproduktion nicht nur eine beträchtliche Ergänzung, sondern übten auch auf die deutschen Marktpreise einen gewissen Druck, so daß diese sich nur bis zu gewissem Grade über den Preisstand in den Nachbarländern zu erheben vermochten. In 1878 zum Beispiel führte Deutschland 207 750 Ochsen, Stiere und Kühe, 996 141 Schweine und 804 315 Schafe ein; 1903 trotz seiner um 13 Millionen Köpfe größeren Bevölkerung nur 221 408 Ochsen, Stiere und Kühe, 79 511 Schweine und 1702 Schafe. Die Einfuhr von Rindvieh ist heute nur aus Oesterreich-Ungarn, aus der Schweiz und Dänemark gestattet, und aus diesen auch nur über bestimmte Grenzstationen unter bestimmten Quarantänenvorschriften und zur sofortigen Abföhlung in öffentlichen Schlachthöfen. Und die Einfuhr von Schweinen ist gänzlich verboten bis auf zirka 70 000 Stück, die unter gewissen Kauteilen zu baldiger Abföhlung in Oberschlesien eingeföhrt werden dürfen. Außerdem ist auch noch die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch ganz betröchtlich eingeeengt worden.

Selbst in normalen Zeiten, d. h. unter günstigen Witterungs- und Ernteverhältnissen, ist die deutsche Landwirtschaft nicht instande, den deutschen Schlachtviehmarkt genügend mit Vieh zu versorgen, wenigstens nicht zu Preisen, wie sie denen unserer Nachbarländer entsprechen. Deutschland hat unter allen Staaten Mittel-, und Norddeutschland die höchsten Viehpreise, selbst Frankreich kennt derartige Viehpreise, wie sie auf den mittel- und westdeutschen Märkten gang und gäbe sind, nur als Ausnahmerscheinungen. Vergleiche beweisen das. In Berlin kosteten z. B. vollfleischige ausgewästete Ochsen im Durchschnitt der letzten drei Jahre pro 100 Kilogramm Schlachtgewicht 137,30 M., dagegen in Kopenhagen 108,60 M., in Wien 114,40 M. (es werden in Wien die Preise per Lebendgewicht notiert und stellte sich für dieses der Preis auf 89,70 M. pro Doppelzentner), in Paris 121,30 M. Die Preise für Schweine bester Qualität stellten sich pro Doppelzentner Lebendgewicht mit 20 Proz. Tara in Berlin auf 108,50 M., in Kopenhagen auf 92,50 M. (für reines Schlachtgewicht), in Wien auf 106,30 M., in Paris auf 113,80 M. (für reines Fleischgewicht, d. h. nach Abzug aller Abfälle), in Rotterdam auf 90,80 M. Wir sehen also, in Berlin haben während der drei letzten Jahre die Preise einen weit höheren Stand behauptet als auf den Schlachtviehmärkten von Kopenhagen, Wien, Rotterdam und Paris.

Selbst in günstigen Zeiten stehen demnach die deutschen Viehpreise erheblich über jenen der Nachbarstaaten; sobald aber die Ernte,

speziell die Futtermittelernte hinter den normalen Erträgen zurückbleibt, tritt alsbald eine Fleischsteigerung ein, so z. B. vor drei Jahren und jetzt wieder. Die Dürre im vorigen Jahre hatte bekanntlich einen ungünstigen Ausfall der Futtermittelernte zur Folge. Es stellte sich fast allgemeiner Futtermangel ein, der die Viehhalter betrug, einen bedeutenden Teil ihres Viehstandes abzustohen und zum Verkauf zu bringen. Zu welcher betröchtlichen Zunahme der Schlachtungen der Futtermangel führte, ergibt sich deutlich daraus, daß nach dem Ausweis der Schlachtvieh- und Fleischbeschau im vierten Quartal des vorigen Jahres in Deutschland zirka 21 500 Stück Rindvieh und 892 000 Schweine mehr geschlachtet worden sind als im dritten Quartal. Nachdem aber die Viehhalter den Teil ihres Viehstandes abgestoßen hatten, dessen Durchfütterung sich nach ihrer Rechnung nicht lohnte, hat naturgemäß der Antrieb mehr und mehr nachgelassen.

Diese Tatsache, daß Deutschland die höchsten Viehpreise hat und daß seit dem vorigen Jahre diese Preise noch erheblich gestiegen sind, vermag die agrar-konservative Presse nicht zu leugnen, denn die offiziellen Marktnotierungen beweisen die Richtigkeit; da sie aber im Dienste des Junkertums gewungen ist, gegen die Forderung einer Dämpfung der Grenzen für die Vieheinfuhr Front zu machen, greift sie zu allerlei unberschämten Anissen. Sie sucht sich aus der Reihe der Marktberichte solche heraus, in denen es heißt, daß ein Teil des Viehantriebs seinen Absatz gefunden hat, und folgert dann einfach daraus, daß kein Mangel an Schlachtvieh vorhanden sein könne, denn sonst müßten sich die Schlächter um das Vieh geradezu reihen. Ist wenn gegenüber den enormen Preissteigerungen und dem nachweisbaren Minderantrieb auf den meisten Märkten - auch in Berlin - die vereinzelten Mitteilungen, daß da und dort die Schlächter für das aufgetriebene, oft geringwertige Vieh die verlangten hohen Preise nicht zahlen wollten, irgend etwas gegen die Fleischsteigerung bewiesen. Oder aber die agrarischen Mittelstandsretter, die sonst mit der widerlichsten Schmeichelei um die Gunst des ehrsamten Handwerks buhlen, erklären einfach, die Schuldigen wären die Schlächter, denn diese hätten die Fleischpreise weit mehr erhöht, als die Viehpreise gestiegen wären. So lief z. B. dieser Tage folgende Notiz durch die mittelstandsretterische Presse:

Nicht als ob sie (die Berliner Schlächter) es gewesen wären, die die Kosten der Erhöhung des Preises des Schlachtviehs getragen hätten, im Gegenteil sie haben es redlich verstanden, den Konsum entsprechend zu belasten, um sich den starken Gewinn, den sie in normalen Zeiten zu haben gewöhnt sind, im vollen Umfang zu erhalten. Jetzt aber scheint der Augenblick gekommen zu sein, wo sie befürchten, bei weiteren Steigerungen der Fleischpreise den Bogen zu überspannen, und deshalb wird von ihnen die Forderung der Eröffnung der Grenze erhoben. . . . Es gibt ein anderes, näherliegendes Mittel, einer weiteren Steigerung der Fleischpreise vorzubeugen. Das ist das, daß die Fleischpreise, die aus der bisherigen Gestaltung der Viehpreise, sowohl als sie im Herbst sanken, wie als sie demnächst wieder anjagen, einen reichen Verdienst gezogen haben, jetzt vorübergehend auf einen Teil ihrer reichen Einnahmen verzichten und sich, wie alle übrigen Zweige des Erwerbslebens es müssen, darauf einrichten, sich nach der Dede zu strecken.

Wir haben keinen Anlaß, die Schlächter in Schutz zu nehmen, vor allem nicht die Praktiken der Berliner Großschlächter. Es ist eine Tatsache, die sich durch einen Vergleich der Viehpreise mit den Fleischpreisen deutlich nachweisen läßt, daß sie stets bereit gewesen sind, bei einer namhaften Steigerung der Viehpreise sofort die Fleischpreise entsprechend zu erhöhen und daß sie dann, wenn die Viehpreise wieder gefallen waren, noch möglichst lange die hohen Fleischsteigerungspreise festzuhalten suchten. Aber im ganzen entspricht die heutige Fleischsteigerung der Viehteurung.

Den Schlächtern wird empfohlen sich nach der Dede zu strecken - und erst recht soll sich der Arbeiter einrichten; kann er die Fleischpreise nicht bezahlen, dann soll er das Fleischessen sein lassen und sich mit Brot und Kartoffeln begnügen. Das ist das Rezept derer um König und Kardorff gegen die jetzige Fleischnot. Sie, die „Besten der Nation“, lehnen es ab, sich nach der Dede zu strecken; aber die Arbeiter sollen zugunsten des junkerlichen Profits auf den Fleischgenuß verzichten - dieselben Arbeiter, denen die Herren Agrarkonservativen, wie erst jüngst wieder die Beratung der Vergarbeiterkongressnovelle im preussischen Abgeordnetenhaus bewiesen hat, jede Erhöhung ihrer Lebenslage verwehren. Der Arbeiter soll lachen, damit die Herren vom Adel und Vesig sich ein Reitpferd mehr halten und ihre Maitresses besser ausstatten können. Das ist die erhabene christliche Auffassung des Junkertums. Und die Regierung der Sozialreform identifiziert sich mit dieser Ethik.

Gegenüber solcher Haltung gibt es nur eine Forderung: „Die Grenzen auf!“ Vermag die Vieheinfuhr aus den Nachbarländern auch die deutschen Viehpreise nicht auf den Stand der fremden Marktnotierungen herabzudrücken, so vermag sie doch einer derartigen Fleischsteigerung entgegenzuwirken, wie sie zurzeit besteht und unter den gegebenen Verhältnissen alle paar Jahre wiederkehren muß. Die Berufung auf die Notwendigkeit der Abwehr einer Verfeuerung des deutschen Viehstandes ist nichts als ein agrarischer Humbug, an den kein vernünftiger Mensch glaubt: ein Humbug, der durch die Anordnungen der Regierung selbst völlig durchlöcheri worden ist. Hat doch zum Beispiel, ohne daß sich an den veterinärhygienischen Verhältnissen der Nachbarländer irgend etwas geändert hätte, die Regierung Rußland zugestanden, statt 70 000 Schweine vom Infrastreten des neuen Tarifvertrages ab jährlich 180 000 in Oberschlesien einzuföhren, und Oesterreich, das bisher gar keine Schweine in Deutschland einföhren durfte, ist als Entgelt für die Erschwerung seines Rinderexports im Handelsvertrag das Recht eingeräumt worden, künftig 80 000 Schweine über die sächsische und bayerische Grenze nach Deutschland herüberzuführen. Bisher brachte schon die Einfuhr eines einzigen österreichischen Schweines das ganze deutsche Schweinevieh in größte Gefahr, künftig vermögen selbst 80 000 Stück nicht diese Wirkung zu erzielen - jedoch nur dann nicht, wenn sie über die sächsische und bayerische Grenze in das deutsche Reichsgebiet gelangen, über die preussische Grenze eingeföhrt, gefährdet schon ein einziges unglückseliges österreichisches Schwein den ganzen deutschen Viehbestand. Ein lächerliches Gaukeispiel.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Eisenbahnen haben in den letzten Jahren stetig steigende Einnahmen erbracht. Nach der jährlchen Finanzstatistik sind die Einnahmen aus den Staatseisenbahnen der deutschen Bundesstaaten in den Voranschlägen für 1904 auf 2030,22 Millionen Mark angenommen gegen 1898,98 Millionen im Jahre 1903, davon entfallen 1528,15 (1896,73) Millionen auf Preußen, 196,86 (173,86) Millionen auf Bayern, 137,08 (132,95) auf Sachsen, 76,10 (74,50) auf Baden und 90,56 (59,65) auf Württemberg. In den übrigen Staaten, die Staatseisenbahnen haben (Mecklenburg-Schwerin, Posen, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Sachsen-Weimaringen, Hamburg und

Sachsen-Weimar) übersteigen die Einnahmen nirgends 13 Millionen Mark. Die Reichseisenbahnen sind mit einer Einnahme von 96,81 (87,88) Millionen Mark veranschlagt. In allen Bundesstaaten zusammen entfallen 46,04 (1003 44,26) Proz. der gesamten ordentlichen Staatseinnahmen auf die Eisenbahnen, in Preußen allein sogar 54,94 Proz., ferner in Baden 48,84, in Oldenburg 47,69, in Bayern 41,29, in Mecklenburg-Schwerin 39,55, in Sachsen 38,67 und in Württemberg 35,81 Proz. Von den Einnahmen des Reiches entfallen nur 4,88 Proz. auf die Eisenbahnen. Die Ausgaben für die Eisenbahnen belaufen sich in den Bundesstaaten auf 1419,76 und im Reich auf 78,81 Mill. M. Die Ausgaben betragen hiernach in den Bundesstaaten 89,6, im Reich 81,3 Proz. der Einnahmen. Bleibt man die Ausgaben von den Einnahmen ab, so bleibt ein Reinertrag in den Bundesstaaten von 30,1, im Reich 18,7 Proz. des Rohertrages. Es ist dies aber noch kein Reinertrag im kaufmännischen Sinne. Um diesen zu erhalten, sind vor allem die Kosten (Zinsen, Tilgung usw.) für die aufgewendeten Kapitalien anzuschreiben. Man kann bei 3/4-prozentiger Verzinsung für die Eisenbahnen im Reich den Bedarf an Schuldzinsen auf 6,1, für die Eisenbahnen der Bundesstaaten auf 250,1 Mill. M. berechnen. Danach würden als Reinertrag der Reichseinnahmen 11,9, als das der Staatseisenbahnen 360,4 Mill. Mark verbleiben.

Die neue japanische Anleihe von 30 Millionen Pfund Sterling wird nach telegraphischer Meldung aus London tatsächlich zu gleichen Teilen von der deutschen, englischen und amerikanischen Bankfinanz übernommen, d. h. auf jede der drei Gruppen kommt ein Drittel der obigen Summe. An der Spitze des deutschen Konsortiums steht die Deutsch-asiatische Bank mit folgenden Banken: Bank für Handel und Industrie, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, Vorn u. Wulfe, Delbrück, Leo u. Co., Deutsche Bank, Dresdner Bank, Nationalbank für Deutschland, Norddeutsche Bank in Hamburg, Sal. Oppenheim jr. u. Co., A. Schaaffhausen'scher Bankverein, Jacob & S. Stern, M. M. Warburg u. Co. in Hamburg.

Die Auslegung zur Subskription wird gleichzeitig in London, New York und an verschiedenen deutschen Plätzen vom 11. bis 13. d. M. erfolgen.

Die industrielle Entwicklung Embdens nimmt im Anschluß an den Aufschwung des Hafenverkehrs einen erfreulichen Fortgang. Im Gebiete des Binnenhafens haben die Korbwerke, Ender Wert und die Dackelgesellschaft ihren Betrieb begonnen. Die neue Heringsfischerei-Gesellschaft „Großer Kurfürst“, die ihren Betrieb im Jahre 1905 mit 10 Loggen eröffnete, hat sich am zweiten Hafenboden niedergelassen. Dasselbst wird auch ein neuer Schiffshelgen angelegt und am ersten Hafenboden wird eine Maschinenfabrik durch eine Bieherei erweitert; ferner wird dafelbst ein Werk für Massenfabrikation von Stahlstanzzeug errichtet. Am Seitenkanal im Königspolder wird endlich seitens des weisföhlischen Kohlen Syndikats eine auf große Leistungsföhligkeit berechnete Breitspinnfabrik gebaut.

Gewerkchaftliches.

Klassenkampf im Zentrumsturm.

Die Lohnbewegung der Kölner Bäckergehilfen ist von einer Versammlung, die der deutsche und der christliche Bäckerverband gemeinsam einberufen hatten, für beendet erklärt, oder, wie es in dem Beschlusse heißt: vertagt worden. Die Zugeständnisse der Zunftung sind kaum nennenswert. Es sollen erhalten als Mindestlohn: Erstgehilfen 12, Zweitgehilfen 10, Drittgehilfen 8 M. bei freier Station, Lohnsätze, die von der Mehrzahl der Meister längst gezahlt wurden. In einer Resolution der Gehilfenversammlung heißt es: Die Versammelten bedauern lebhaft, daß sich die Zunftung auf Tarifvereinbarungen nicht eingelassen hat, und sie erklären, ihre Organisation derart zu stärken, daß sie bei gegebener Zeit die Zunftung zwingen können, einen Tarifvertrag mit den Gehilfen abzuschließen, und daß die Hauptforderung: Abschaffung des Kost- und Logiswesens im Hause der Meister, schon in nächster Zeit durchgeführt werden kann.

Die Lohnbewegung der Kölner Bäckergehilfen ist deshalb besonders bemerkenswert, weil auf der einen Seite die fast durchweg katholischen und zentrumstreuen Bäckermeister, auf der anderen Seite neben den Mitgliedern des deutschen Bäckerverbandes die ebenfalls sehr kirchlich- und zentrumstreuen Mitglieder des christlichen Verbandes standen. Die katholischen Gehilfen kämpften Schulter an Schulter in lobenswerter Einmütigkeit mit den verruchten Sozialdemokraten gegen ihre eigenen Glaubens- und Parteigenossen aus dem Meisterstande - eine Erscheinung, die die Gründer der christlichen Gewerkschaften sicher nicht gewünscht haben. Der Hauptvorsitzende des christlichen Verbandes, Bäcker Schmitz aus Düsseldorf, erklärte in einer öffentlichen Versammlung, er stimme dem Gauleiter der freien Gewerkschaft darin bei, daß die Zunftung mit den Gehilfen nur Komödie und Verschleppungstakt treibe; durch die Lohnbewegung werde der Beweis erbracht, daß von dem oft erwähnten Wohlwollen der Meister nichts zu erwarten sei, und daß von einem guten Einvernehmen zwischen Meistern und Gehilfen bei der Zunftung keine Rede sein könne.

So erzieht man die katholischen Arbeiter zum Klassenbewußtsein, und so treibt der bäckermeisterliche Nachtrab des Herrn Trimborn praktisch Zentrumsozialpolitik.

Berlin und Umgegend.

Zur Kürschnerbewegung. Nachdem die Arbeiter in der Mittwoch-Versammlung die Vorschläge der Arbeitgeber - die nur den Schein wahren sollten, daß die Herren verhandeln wollten - ablehnten, wurde in der Versammlung des Arbeitgeberverbandes am Donnerstag beschlossen, sämtliche organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen auszusperrn.

Daß die Vernichtung der Organisation nur das einzige Ziel der großen Firmen ist, erfährt man am besten daraus, daß diese Millionäre ihre wirtschaftliche Macht dazu gebrauchen, selbst diejenigen Hausindustriellen, welche die Forderungen der Arbeiterschaft bis jetzt anerkannt haben, zwingen, einen Revers zu unterschreiben, der eine Konventionalstrafe von 500 M. vorsieht für den Fall, daß sie Verbandmitglieder beschöftigen.

Der sich weigert, diesen Revers zu unterschreiben, dem wird von den Fabrikanten die Arbeit entzogen. Und diese Hausindustriellen, die sich dem ungeheuren Druck fügen müssen, werden wie zum Hohn als Mitglieder des Arbeitgeberverbandes aufgenommen, dürfen dafür aber keiner Organisation der Arbeiter oder der Hausindustriellen angehören.

Mit süchtartiger Schlaueit glauben die Großunternehmer zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können. Sie knüpfen die Hausindustriellen an einer Schlinge auf und rauben den Arbeitern das Koalitionsrecht. Liegt die Organisation am Boden, dann haben die Herren in den Hausindustriellen - den „Bundesbrüder“ - die allerbilligsten Arbeitskräfte. Die Streikenden richten an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, darauf zu achten, daß besonders für die Firmen S. Manheimer, A. Holz und S. Holz, Burgstr. 20, nicht gearbeitet wird. Die

Arbeiter von H. Wolff haben unterschrieben, daß sie keiner Organisation angehören wollen. Diese Arbeiter erklärten sich somit bereit, als Arbeitswillige zu fungieren.

**Bereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher.** Hiermit gibt die unterzeichnete Kommission das Resultat der Wahl für die zwei zu wählenden Hilfsbeamten bekannt:

Kollege L. Mangel, Berlin ist im ersten Wahlgang gewählt. Zwischen den Kollegen M. G. Berlin und M. G. Rixdorf findet Stichwahl statt. Die Wahlkommission.

**Achtung, Barbier!** Zur Aufklärung teilen wir den Arbeitgeber mit, daß das Arbeitsnachweiskontor Hr. Frankfurterstr. 65 laut Beschluß der Generalversammlung vom 8. Juli wegen Differenzen des Nachweiskontors mit dem Verbande bis auf weiteres gesperrt ist. Die Stellenvermittlung wird vorläufig Rosenfelderstr. 57 von unserem Bureaubeamten Baumgart erledigt. Arbeitgeber, die den Nachweis nicht meiden, kommen mit der Lohnkommission in Konflikt. J. A.: Edmund Gerling, Vertrauensmann.

**Achtung, Tischler, Sattler aller Branchen.** In den Tischlerfabriken von Paul Fahrman, Luisenwer 12 und Hermann Heit, Mitterl. 16, haben die dortselbst beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Nichtanerkennung des am 29. Juni vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts abgeschlossenen Tarifvertrages für die Tischlerbranche die Arbeit niedergelegt. — Zugug ist aufs strengste fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Sattler-Verbandes.

**In der Chemischen Fabrik für Teer und Erdölindustrie Erkner** sind Lohnhöherungen ausgebrochen, welche am heutigen Tage zur Arbeitniederlegung sämtlicher Arbeiter führten.

Zugug bitten wir fernzuhalten. **Verband der Fabrik-, Land-, Hälsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**

### Deutsches Reich.

#### Die Aussperrungswort an der Unterweser.

Aus Bremerhaven wird uns geschrieben: Die Werftbetriebe und Schiffahrtsgewerbetriebe haben den Betweis geliefert, daß sie jeder vernünftigen Einwirkung unzugänglich und jeder sozialpolitischen Einsicht bar sind. Nachdem die Weserwerft und die Lloyd-Armaturenfabrik in Bremen ihre Aussperrungsdrohung den Arbeitern bekannt gegeben hatten, teilten die ausständigen Kesselschmiede der Firmen Leckenburg und Seebach den Direktoren dieser Werften mit, daß sie selbstverständlich zu Unterhandlungen bereit seien und sich ein Ausgliche bei gegenseitigem Entgegenkommen jedenfalls auch werde finden lassen. Tatsächlich hat dann auch eine Unterredung der Lohnkommission mit den beiden Werftdirektoren stattgefunden. Wenn man jedoch an dieselbe einige Hoffnungen knüpfte, so sah man sich getäuscht. Die Vertreter der Werften erklärten rundweg, irgendwelche Zugeständnisse nicht machen zu können. Sie verlangten als Voraussetzung der Wiedereröffnung der Betriebe von den Kesselschmieden die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Selbst diejenigen geringfügigen Zugeständnisse, zu denen man sich vor Beginn des Kampfes herbeiließ, wurden wieder zurückgezogen.

Unter diesen Umständen beschloß dann am Dienstagabend eine Versammlung der Kesselschmiede einstimmig, im Ausstande zu beharren.

Inzwischen hatte auch der Vorsitzende des Bremer Gewerbegerichts Versuche gemacht, eine Beendigung des Kampfes herbeizuführen, doch waren auch diese Bemühungen vergeblich. Die Werftbetriebe ließen sich auf nichts ein, sie waren jeder vernünftigen Vorstellung unzugänglich. Für sie gab es nur das eine: Wiegens oder Brechen.

Und so trat dann ein, was kommen mußte: Der Aussperrungswort fohert weitere Organe. Mittwochsabend wurden die Arbeiter der Armaturenfabrik des Norddeutschen Lloyd in Bremen — 550 bis 600 an der Zahl — ausgesperrt und am Donnerstagabend flogen die Arbeiter der Aktien-gesellschaft „Weser“, Bremen — circa 2500 bis 3000 — aufs Straßensperrflaster. Falls die Kesselschmiede, die sich erdreisteten, für ihre schwere und gesundheitsraubende Arbeit ein paar Pfennige Lohn mehr zu verlangen, auch jetzt noch nicht „würde“ geworden sind und zu Kreuze kriechen, sollen weitere Wirtschäftsmittel angewandt werden. Es verlautet bereits, daß der Norddeutsche Lloyd beabsichtigt, eventuell auch seine gewaltigen Bremerhavener Werftstätten zu schließen und 75 Prozent der viele Tausende betragenden dort beschäftigten Arbeiter auszusperrern. Sollte diese Maßnahme wirklich zur Durchführung kommen, so läge alldann das gesamte wirtschaftliche Leben in den Unterweserorten still.

Darum kümmern sich die brutalen Nachpolitiker aber natürlich nicht, ihre Cafarengelüste kennen keine Grenzen.

#### Die Aussperrung der Bauarbeiter im Ruhrgebiet

Ist in ein neues Stadium getreten: die Unternehmer haben in ihrer Generalversammlung in Essen beschlossen, nunmehr auch die Bauarbeiter in den Bezugsorten auszusperrern. Als solche kommen in Frage: Gelsenkirchen-Wanne-Gidel-Wattenscheid, Erle-Duer-Dorff-Braun-Glabbeek, Herne, Nealinghausen mit Umgegend, Essen, Wülfrichheim a. d. R., Duisburg und Lüdenscheid. Wir sehen hier das Schauspiel, daß eine Unternehmerorganisation sich frivol über abgeschlossene Verträge hinwegsetzt, ein bedeutungsvolles Ereignis, das denjenigen recht gibt, die in den Tarifverträgen nicht die allein-seligmachenden „gewerblichen Friedensdokumente“ sehen.

Die Beweggründe, die die Unternehmer zu diesem Schritte trieben, sind zunächst in der verunglückten Aussperrung selbst zu suchen. Die Aussperrung war längst verpufft, d. h. für die Arbeiterorganisationen hatte sie alle Gefahren verloren. Die ausgesperrten Arbeiter waren zum weitestgehenden Teile abgereist, resp. am Orte selbst in andere Arbeit getreten. Nun mußten die Unternehmer zu härteren Maßnahmen greifen. In ihrer Verzweiflung setzten sie sich über Treu und Glauben hinweg, brachen ihr schriftlich verpfändetes Wort.

Soweit die freien Gewerkschaften in Frage kommen, lassen sie ob der neuesten Gewalttat, und wenn sie sich nicht durch die Verträge gebunden gefühlt hätten, hätten sie längst ganze Arbeit gemacht und den Kampf auch auf die bisher neutralen Orte ausgedehnt. Wie es auf christlicher Seite aussehe mag, läßt ein Brief vermuten, den der christliche Arbeitersekretär Gronowski an die Unternehmer richtete; er lautet:

Dortmund, den 1. Juli 1905.

**An den Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet a. S. des Herrn Bauunternehmer Schulte in Dortmund.**

Durch die anhaltende Aussperrung der Bauarbeiter leidet unser ganzes wirtschaftliches und soziales Leben, um so mehr, als dies der dritte Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist, der innerhalb eines halben Jahres in unserem Industriegebiet tobt. Auf beiden Seiten der kämpfenden werden die Kriegskosten täglich drückender und der Schaden für die übrigen Berufsgruppen und Stände unermesslich. Um dem sozialen Frieden zu dienen und nicht noch weitere Kreise in Mitleidenschaft zu ziehen, glaube ich meine Pflicht zu erfüllen, wenn ich den Vorstand des Arbeitgeberbundes bitte, mit der Vertrauenskommission der Bauarbeiter in neue Verhandlungen einzutreten.

Mit gutem Willen auf beiden Seiten kann dann dauernder Friede geschlossen werden.

Indem ich Sie davon in Kenntnis setze, daß ein gleichlautendes Schreiben an die Vertreter der Arbeiter-

chaft entsandt wurde, bitte ich um umgehende, zugehende Antwort.

Hochachtungsvoll  
J. Gronowski  
Arbeitersekretär.

Der Mann hat natürlich keinen Auftrag dazu; kompetent ist nur die von allen beteiligten Verbänden gebildete „Schlichterkommission“. Aber kann man nicht vermuten, daß er sich vorher mit den Leitern des christlichen Verbandes verständigt? Sollte das der Fall sein, so wäre das nicht nur ein schwerer taktischer Fehler, es wäre das auch ein direkter Verstoß gegen die getroffenen Abmachungen. Jedoch der Häufel des christlichen Arbeitersekretärs wird ebenso ungehört verhalten wie die ernstlichen Mahnungen der Regierung zu Arnberg. Der „junge Hund“ der Arbeitgeber ist entschlossen, den Kampf bis zum bitteren Ende durchzuführen, da wird aber auch diese vielleicht gutgemeinte, auf jeden Fall aber lächel angebrachte „Vermittlung“ nicht helfen.

Ueber die Ausführung des Beschlusses läßt sich noch nichts Bestimmtes mitteilen, da überall vierzehntägige Kündigungsfrist besteht; so wird also erst nach deren Ablauf eine Uebersicht zu gewinnen sein, das ist jedoch auch heute schon sicher: die myriaden 30 000 ausgesperrte werden auch sehr nicht erreicht werden.

Die Klempner, Installateure und Kupferschmiede in Aachen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern u. a. zehnstündige Arbeitszeit, verkürzt durch je 20 Minuten Frühstück und Vesperpause; Sonnabends um 8 Uhr, vor den Hauptfeiertagen um 4 Uhr Schluß ohne Lohnabzug; als Mindestlohn pro Stunde: Gehältern unter 18 Jahren 25 Pf., bis 20 Jahre 35 Pf., bis 24 Jahre 45, von da ab 55 Pf., für Ueber- und Nachtarbeit 50, für Sonntags 100 Proz. Zuschlag; ebenso für Blitzableiter, Turm- und Bergwerksarbeit 100 Proz. Zuschlag.

#### Von der Metallarbeiteraussperrung in Bayern.

Aus Nürnberg wird uns noch geschrieben: Nach dem bekannten Ergebnis der Verhandlungen im bayerischen Ministerium und mit dem Bayerischen Industriellenverband haben sich die Vertreter der Arbeiter dahin geeinigt, den Abbruch des Kampfes zu empfehlen und zwar aus folgenden Gründen: Es steht fest, daß der Vorsitzende des Industriellenverbandes, Direktor Pieppel von der Maschinenbau-Aktiengesellschaft, im Rheinland gewesen ist und die dortigen Industriellen für weitere Aussperrungen gewonnen hat; es besteht auch begründete Vermutung, daß er bei dieser Gelegenheit zugleich auch Verbindungen angeknüpft hat, um für die allseitige weitere Dauer des Streiks in seiner Gesellschaft die nötigsten Arbeiten für sich in den rheinischen Industriezentren anfertigen zu lassen. Man sagte sich, daß, wenn der Streik aufrecht erhalten wird, die eventuellen Ertragsverluste zu den nötigen Opfern in keinem Verhältnis stehen. Außerdem wurde in Betracht gezogen, daß es jetzt noch möglich ist, sämtliche Leute in die Werkstätten hineinzubringen, und dadurch bleiben die Organisationsverhältnisse bei günstiger Gelegenheit weitere Zugeständnisse, und zwar auf friedlichem Wege, zu erreichen. In diesem Sinne wurde den Werftstättenbetreibern der in Betracht kommenden Betriebe Bericht erstattet, die sich allerdings dagegen sträubten, weil sie immer noch glaubten, daß es noch möglich sei, mehr zu erreichen. Sie waren auch der Meinung, daß der Höhepunkt der Bewegung noch nicht erreicht und daß es später noch immer Zeit sei, abzugeben. Sie beschloßen mit 134 gegen 94 Stimmen die Fortführung des Kampfes, aber die am Donnerstag stattgefundenen Streikversammlungen saßen mit Mehrheit den Beschluß, den Kampf abzugeben, die weiteren Forderungen aufzugeben und in die Werkstätten zurückzuführen.

Die Arbeiter der Siemens-Schuckertwerke enthielten sich der Abstimmung und erklärten, daß sie sich dem Mehrheitsbeschluß der übrigen Betriebe fügen würden. Nur in dem Werke Beugenhütte entschieden sich die Arbeiter mit 109 gegen 8 Stimmen für die Fortführung des Kampfes. Sie müssen sich aber nun ebenfalls fügen. Die neue Bestimmung des Statuts des Deutschen Metallarbeiterverbandes, daß ein Streik beendet werden kann, wenn sich nicht eine Dreiviertelmehrheit für die Fortführung entscheidet, braucht hier nicht in Anwendung zu kommen, weil ohnehin die absolute Mehrheit ergab ist. Auf die Beschäftigung blieben auch die Beschlässe der Aussperrern in München und Augsburg nicht ohne Eindruck. Wenn die Arbeiter in die Werkstätten zurückkehren können, ist noch unbestimmt, doch wird dies wohl bald der Fall sein. Direktor Pieppel hat bereits eine Kommission aus Vertretern der Organisationen, des Hauptvorstandes und des Lokalvorstandes zu sich gebeten, um mit ihnen die weiteren Modalitäten zu vereinbaren. In den kleineren Betrieben wird die Arbeit schon in den nächsten Tagen wieder geordnet sein, da die Unternehmer froh sind, daß der Kampf beendet ist, in den großen Betrieben wird die Aufnahme der Arbeit nach und nach erfolgen; jedenfalls aber werden in kurzer Zeit wieder geordnete Verhältnisse herrschen. In denjenigen Betrieben, die ausgesperrt haben und sich weigern, die vom Industriellenverband allgemein zugestandene höfliche Arbeitszeit einzuführen, wird der Kampf sofort wieder ausgenommen. Der Industriellenverband hat sich verpflichtet, daß er in solchen Fällen seinen in Frage kommenden Mitgliedern nicht beizuhelfen wird.

### Ausland.

#### Der Streik der Textilarbeiter in Gent

dauert fort, und sein Ende ist noch nicht abzusehen. Die sozialistische Gewerkschaft hat zur Unterstützung der Organisierten 11 000 Fr. und für die Unorganisierten 6000 Fr., zusammen 17 000 Fr. bewilligt, eine Summe, die zur Unterstützung für eine Woche ausreicht. Von den übrigen belgischen Gewerkschaften werden die Streikenden ebenfalls noch möglichst unterstützt. So hat der belgische Metallarbeiterverband beschlossen, den Streikenden wöchentlich 1000 Fr. zu überweisen; außerdem wird unter den Mitgliedern auf Listen gesammelt. Auch die sozialistischen Gruppen des ganzen Landes sammeln für die Gent Textilarbeiter, und so ist zu hoffen, daß der Kampf zugunsten der Arbeiter zu Ende geführt werden kann.

### Soziales.

**Ordnungsvollere Vorschriften zur Durchführung des Besuchs der Fortbildungsschule und § 151 der Gewerbe-Ordnung.** Der § 151 der Gewerbe-Ordnung bestimmt im Absatz 1: „Sind bei der Ausübung des Gewerbes polizeiliche Vorschriften von Personen übertreten worden, welche der Gewerbetreibende zur Leitung des Betriebes oder eines Teils desselben oder zur Beaufsichtigung bestellt hat, so trifft die Strafe die letzteren. Der Gewerbetreibende ist neben denselben strafbar, wenn die Uebertretung mit seinem Vorwissen begangen ist oder wenn er bei der nach den Verhältnissen möglichen Beaufsichtigung des Betriebes oder bei der Auswahl oder der Beaufsichtigung der Betriebsleiter oder Aufsichtspersonen es an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen.“ Der § 151 wurde vom Landgericht Breslau für anwendbar erklärt in einem Strafverfahren gegen den Inhaber eines großen Tischsachunternehmens, das angeklagt worden war wegen Uebertretung des Breslauer Ortsstatuts über das dortige Gewerbegericht, weil die Anmeldung eines jugendlichen Arbeiters zum Unterricht unterließ. — Im Hinblick auf die zitierten Bestimmungen des § 151 wurde der Betriebsunternehmer Witt freigesprochen, indem das Gericht die Schachmeister als verantwortliche Leiter von Betriebsstellen ansah. Das Gericht ging davon aus, daß der Begriff „polizeiliche Vorschriften“ gemäß § 151 der Gewerbe-Ordnung im weitesten Sinne zu nehmen sei, so daß darunter auch die Vorschriften von Ortsstatuten fielen, welche die Durchführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts begreifen.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und vertrat im Gegen-satz zum Landgericht den Standpunkt, daß im Gegenteil § 151 als Ausnahmebestimmung eng auszulegen sei und die ordnungsvolleren Vorschriften nicht „polizeiliche Vorschriften“ im Sinne des Paragraphen seien. — Das Kammergericht gab indessen in dieser prinzipiellen Frage dem Landgericht recht. Wenn es trotzdem das freisprechende Urteil am 8. Juli aufhob und die Sache noch einmal an das Landgericht verwies, so nur deshalb, weil das Landgericht nicht festgestellt hatte, daß Angeklagter es an der nötigen Sorgfalt bei der Auswahl und Beaufsichtigung seiner „Betriebsleiter“ nicht habe fehlen lassen. Das soll nachgeprüft werden zum Zwecke der Feststellung, ob nicht Witt neben dem in Betracht kommenden Schachmeister strafbar sei.

**Genossenschaftshaus.** Die Genossenschaftler Coswigs (in Sachsen), 925 an der Zahl, haben sich dort ein hübsches Genossenschaftshaus erbaut, das vor einigen Tagen eröffnet worden ist. Das Gebäude hat eine Straßenfront von 25 1/2 Meter, die durch zwei Läden, einen Materialwarenladen links und einen Manufakturwarenladen rechts und die in der Mitte liegende Korreinfahrt ausgefüllt wird. Im Obergeschloß über den Läden befinden sich sechs Wohnungen, welche bei trefflicher Einrichtung sehr preiswert vermietet sind. Auf dem Hofe befindet sich links in unmittelbarem Anschluß an den Materialwarenladen ein Raum für den Verkauf von Mehl und Mele. An ihn schließt sich weiter an ein Seitenflügel von 35 1/2 Meter Länge.

### Gerichts-Zeitung.

Unter der Auflage der Unterschlagung und Untreue in vier Fällen stand gestern der seit dem 10. März in Untersuchungshaft sitzende frühere Rechtsanwalt Heinrich Perzig aus Charlottenburg vor der Strafkammer des Landgerichts II. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Schulze, die Anklage vertrat Staatsanwaltschafts-Rat Walter, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Simon. Der Angeklagte ist 44 Jahre alt, seinerzeit einmal in seiner Eigenschaft als Reiserbeoffizier wegen militärischen Ungehorsams zu drei Monaten Gefängnis und vor einiger Zeit von der Strafkammer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Letztere Strafe ist inzwischen rechtskräftig geworden. Zur Illustration des Gemütszustandes des Angeklagten verwies der Verteidiger darauf, daß dem Angeklagten in den letzten Jahren Ordnungstrafen in Höhe von vielen hundert Mark durch die Anwaltskammer auferlegt worden seien, er überreichte ferner ein ganzes Paket von Briefen der Anwaltskammer, die der Angeklagte einfach uneröffnet beiseite gelegt habe. Derselbe sei durch die fortgesetzten heftigen Zeitungsangriffe des Schriftstellers Joachim Gehlsen in einen Zustand geistiger Depression geraten. Auf Verlangen des Vorsitzenden bestätigte der Angeklagte, daß seine Einnahme, die den Höchstlohn von 20 000 M. erreicht hatten, in den letzten Jahren mehr und mehr zurückgegangen seien und er sich in einer mäßigen Vermögenslage befunden habe. Er behauptet, daß zur Verschlechterung seiner Vermögenslage der Umstand wesentlich mit beigetragen habe, daß er aus Bürgschaften, die er für eine ganze Anzahl von Personen übernommen, sehr erhebliche Beträge habe zahlen müssen. — Die Anklage warf dem Angeklagten vor, in einem Falle Gelder, die für den Weinhandler Hellmann in Würzburg, seinem Mandanten, bei ihm eingegangen waren, nicht ordnungsmäßig abgeliefert zu haben. Die Firma hat inzwischen ihr Geld erhalten. In einem anderen Falle handelte es sich um 2041 M., einer Witwe Müller gehörig, ferner um 837 M., einem Major a. D. v. Görre, und um 760 M., einem Schlichtermeister Grieb gehörig. Der Angeklagte bestreitet in allen Fällen, sich die Gelder rechtsmäßig angeeignet zu haben und behauptet, daß teilweise seine Mandanten, die hier in Frage kommen, ihm das Geld teilweise überlassen haben, teilweise lägen bloß Rückstellungen vor. Er habe nie die Absicht gehabt, sich an den an Geldern zu bereichern. Der als Zeuge vernommene Schriftsteller Joachim Gehlsen gibt auf Befragen zu, den Angeklagten in seiner „Latente“ wiederholt heftig angegriffen zu haben. Auf die Anwaltspraxis des Angeklagten habe er keineswegs seine Angriffe gerichtet, es sei ihm lediglich darum zu tun gewesen, den Mann, der ihn selbst ins Gefängnis gebracht und die ganze Verchtöndung gegen ihn angezettelt, ins Gefängnis zu bringen, denn für ihn sei es zweifellos, daß der Angeklagte einen Meineid geleistet habe. Aus diesem Grunde habe er ihn ebensowenig geschont, wie den Weinhandler Helle, den er gleichfalls des Meineides beschuldigte. — Der Staatsanwalt erklärt hierzu, daß das Verfahren wegen Meineides gegen Herrn Helle endgültig eingestellt worden sei. Zeuge Gehlsen gibt zu, daß er wiederholt Meineidsanzeigen gegen Helle erstattet habe, damit aber abschließig befriedigt worden sei. Er habe auch neue Schritte unternommen, dann aber auch, um zum Ziele zu kommen, ein Strafverfahren gegen sich selbst wegen Beleidigung des Herrn Helle veranlaßt, müsse nun aber wieder von neuem anfangen, da nach etwa zweijährigem Schwaben des Prozesses Herr Helle kurz vor dem Termin plötzlich den Strafantrag zurückgezogen habe. — Nach Erledigung des objektiven Teils wird die subjektive Seite des Falles erörtert. Vorher erklärt der Angeklagte, daß durch Kammergerichtsbeschluß auch die gegen ihn erhobene Beschuldigung des Meineides für unbegründet erklärt worden sei. — Nach dem ziemlich übereinstimmenden Gutachten der Sachverständigen Dr. Mertens, Dr. Scheidt, sowie der Medizinalräte Dr. Klein und Dr. Hoffmann handelt es sich bei dem Angeklagten um ein nicht ganz normales Nervensystem, um starke nervöse Erregung und einen Zustand der Apathie und Agonie, es liegt aber nicht ein Zustand der Willensfreiheit in dem Maße vor, daß § 51 Str.-G.-B. anzuwenden sei. Der Staatsanwalt beantragte unter Weisung der früher gegen den Angeklagten ausgesprochenen Strafe von vier Monaten eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. — Der Gerichtshof verhängte über den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von acht Monaten Gefängnis. Da der Angeklagte sich zur Zeit seiner Verurteilung in einem Zustande körperlicher und psychischer Schwäche befand, belieh ihm der Gerichtshof die Ehrenrechte.

**Öffentliche Bibliothek und Lesehalle an unentgeltlicher Benutzung** für jedermann, SW., Alexanderstr. 26. Geöffnet täglich von 9-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Beilageblätter jeder Art und Richtung aus.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 9. Juli, vorm. 8 1/2 Uhr, im Bürgerlocale des Rathauses, Eingang Königsstr. 15-16; Verlesung, freireligiöse Vorträge. — Am 10. Juli, Vormittags, in der Schul-Halle, Kleine Hauptstr. 6: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Ist die Welt Polytheismus oder Organismus?“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

**Verein ehemaliger Gütengüter zur Bekämpfung der Tuberkulose.** Sonnabend, den 8. d. M., abends 9 Uhr, findet im Rasthof, Kaiser-Wilhelmstr. 15m, unsere Generalversammlung statt. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und Gäste wird ersucht.

### Aus der Frauenbewegung.

**Der Verein für Frauen und Mädchen in Adlershof** hält am Montag, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Wölfflein, Wilmersdorf, seine Generalversammlung ab. Vortrag wird gehalten von Herrn Eichler über: „Einige Erziehungsfragen“. Wegen dieser wichtigen Sache ist es Pflicht, daß sämtliche Mitglieder erscheinen. Gäste sind willkommen.

### Eingegangene Druckschriften.

**8. Jahressbericht des Arbeitersekretariats Stuttgart** für das Geschäftsjahr 1904 nebst Bericht der vereinigten Gewerkschaften daselbst. 63 Seiten. Verlag „Vereinigter Gewerkschaften“, Stuttgart.  
**Dr. F. Reichert v. Wierler:** Ueber Vergangenheit und Zukunft der österreichischen Verfassung. 171 Seiten. Verlag G. Koenigen (G. Schönmayer), Wien 1905.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Sonnabend, den 8. Juli.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Neues Operntheater, Martha, Berliner, Der arme Heinrich, Zentral, Die Geisha.

Schiller O. (Wallner-Theater) Fido.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Rudolf-Theater) Hofgünst, Deden, Das Wernerskind, Kleines, Abschied vom Regiment, Anneli.

Lustspielhaus, Strich-Strich, Carl Welt, Lehmanns Abenteuer, Belle Alliance, Ben Mit Ben, Reichshallen, Steintner Sängler, Apollo, Ein Abend in einem amerikanischen Ringel-Lampel, - Um Hochzeitsabend - Spezialitäten, Metropol, Die Herren von Maxim, Passage-Panoptikum, Der lebende Prometheus.

Wintergarten, Spezialitäten, Berliner Theater, Zwischen Himmel und Erde, Stadt-Theater Mosabit, Mutter Götter.

Urania, Taubenstr. 48/49, Die deutsche Nordseeküste, Nachmittags 4 Uhr: Tierleben in der Wildnis, Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

**Kleines Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**Nachtschl.**  
Sonntag: Vater Riekman, Die Neuwermählten.

**Neues kgl. Opern-Theater.**  
Anfang (Kroll) 7 1/2 Uhr.  
**Martha.**  
Oper in 3 Akten von Fr. v. Flotow.  
Sonntag: Die Fledermaus. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Die Fledermaus. Mittwoch: Gastspiel Thés Dorré.

**Apollo-Theater.**  
Das bewährteste Theater Berlins mit großem Garten!  
Größter Lacherspiel! Der Gipfel der Komik! 10 Uhr:  
Ein Abend in einem amerikanischen Ringel-Lampel.  
Vorher: Hochzeitsabend von Paul Linde und Spezialitäten.

**Metropol-Theater**  
Der größte Erfolg der Saison!  
Zum 244. Male:  
**Die Herren von Maxim.**  
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 122.  
Gastspiel der Original japan. Ballett-Gesellschaft „Ti-ti-pa“.  
Täglich 8 Uhr:  
Lehmanns Abenteuer auf dem russisch-japanischen Kriegsschauplatz.  
Im Sommergarten:  
Großes Sommerachtsfest und das Niesen-Juli-Programm.  
Anfang 8 Uhr.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Reb. Dill. Bernauerstr. 15.  
**Sommerfest**  
des Ruchstubs „Blau-Flamme“ u. des Bergknigge „Wendelstein“.  
Konzert, Theater, Spezialitäten.  
Anfang 6 Uhr. Im gr. Saal: Ball. Kaffeestunde von 3-6 Uhr.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Bodstraße 58.  
Heute: Großes Sommerfest.  
**Die Loreley.**  
Wunderbar das großartige Ball-Programm, u. a. die Pantomime:  
Ein toller Morgen im Park.  
Anfang 4 Uhr.

**WINTERGARTEN**  
Harry Allister, Mimiker.  
Damm Bros., komische Akrobaten.  
Lisa Manville, Pariser Singsängerin.  
Alexandrov, russische Tanz- und Gesangsgruppe.  
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.  
La belle Orlita, spanisch. Tänzerin.  
A. W. Asra, Billard-Jongleur.  
Philadelphia, Elefant und Affen.  
Kona Welch, Montrose, Akrobaten.  
Mlle. L., lebende Bilder.  
Die 4 Waisens, Turner.  
Bogdan-Truppe, militärische Exerzieren mit Gesang.  
Biograph.

## Urania Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:  
**Die deutsche Nordseeküste.**  
Nachmittags 4 Uhr:  
**Tierleben in der Wildnis, Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.

## P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.  
Kronprinz Wilhelm Kronprinzessin Cecilie.  
Neu! Roschdestwensky, der russische Admiral.  
Mlle. Vallée, d. 16jährige armlose Fulkünstlerin.

## Passage-Panoptikum.

Die Sensation der Saison:  
**Der Riese Machnow**  
der größte Mensch, der je gelebt hat. Ohne Extra-Entree.  
Neu! Zum erstenmal in Europa!

## Der lebende Eismensch

aus dem nördlichsten Kanada. Ohne Extra-Entree.

## ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich nachmittags 5 Uhr:  
**Großes Militär-Doppelkonzert.**  
Gastspiel der Kapelle der letzten Kaiserlichen-Artillerie-Abteilung aus Gumbinnen. Dirigent: Kaiserlicher Musikdirektor F. Stolle.  
Eintritt ab 6 Uhr 50 Pf., Kinder die Hälfte.

## Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation. Ob Regen! Ob Schmutz!  
**Täglich**  
im herrlichen Garten oder Saal:  
**Konzert und Vorstellung.**  
Vollständig neues Programm, das größte und beste Berlins.

## 40 Sensations-Nummern.

Entree Wochenlängs 30 Pf., Sonntags 50 Pf. Jeder Erwachsene hat ein Kind unter 10 Jahren frei, ältere zahlen halben Eintrittspreis.

## Diez' Seeterrasse, Lichtenberg.

Röderstr. 6.  
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:  
**Großes Militär-Konzert.**  
Auftritten des phantomenialen Weltberühmten Alfred Schneider mit seinem kontinentalen Feuer-Flammen-Todes-Hindernisprung. Um 9, und 10 Uhr: Kulturten der weltberühmten Turnkünstler „The Liepelt“, Briant-Sand u. Wasser-Feuerwerk.

## Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
Zwischen Himmel und Erde. Gr. romantisch. Ausstattungsspekt. Neue Dekorationen und Kostüme. Eine schreckliche Nacht. Große Pantomime der Guitans Whottes Troupe.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

## Schweizer-Garten.

Am Königsplatz. Am Friedrichshain.  
**Täglich**  
**Theater-Vorstellung**  
◆ Neue Spezialitäten. ◆  
Volksbelustigungen.  
Zum Schluss:  
**Weibliche Festsch.**  
Ausstattungssposse mit Gesang von G. Werner.

## Otto Pritzkwitz

**Abnormitäten-Ausstellung**  
Münzstr. 16.  
Neu ! ! ! ! ! Neu  
**? Mne-Mno-Mni! ?**  
frei in der Luft liegende Türkin  
Anatom. Ritzsch. Med. Wunder.  
Neu renoviert! Neu renoviert!

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Normy-Oper.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Populäre Opern bei halben Preisen:  
**Fidello.**  
Gr. Oper in 3 Akten u. 2 u. 3. Aufzügen.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Büchel.  
Der Postillon von Lonjumeau.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Popul. Opern bei halb. Preisen: Undine.  
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Hofgünst.**  
Lustspiel in 4 Aufzügen von Thilo v. Trotha.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Hofgünst.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Hofgünst.**  
Im Garten täglich:  
**Großes Militär-Konzert.**

## Max Kliems Sommer-Theater

Hasehofs 13-15. Künstliche Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**  
Fernsprecher IV. 8891. **Max Klem.**

## Fröbels Allerlei-Theater

(früher Buchmann) Schönhauser Allee Nr. 148.  
Konzert, Theater, Spezialitäten.  
20 Attraktionen 1. Ranges. Dazu:  
**Arbeit schändet nicht.**  
Vollständig mit Gesang in drei Akten von Heilungen.  
Anf. 4 Uhr. Entree 30. Sperrst. 50 Pf.

## Reichshallen.

Heute letzte Soiree der **Stettiner Sängler** (vor ihrer Heimreise).  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen 1. Gastspiel von **Osk. Junghänel** mit seiner berühmten Gesellschaft.

## Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rödersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, alle feine Entree.

## Paul Schwarz' Sommer-Theater

Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.  
Täglich: **Konzert.**  
**Große Spezialitäten-Vorstellung.**  
Das großartigste Juli-Programm.  
Anfang 5 Uhr.  
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

## Etablissement Buggenhagen

Horstplatz.  
Täglich  
im großen schattigen Garten:  
**Streich-Konzert.**  
**Ricardo Munez.**  
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

## Nathan Wand

129 Zähringerstr. 129.  
Die schönsten 87180\*  
**Herren-Sommer-Paletots und Anzüge** sowie speziell **Monats-Garderobe**  
in neuem Kapazitäten getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Barockstücke sind in großer Auswahl stets zu haben, billigen Preisen zu haben.

## Nathan Wand

129 Zähringerstr. 129.  
Bahnhofstation Rottbuscher Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.  
**Buchhandlung Vorwärts,**  
Berlin SW. 68.  
Lindenstr. 69, Laden.

# Für die Reise

empfehle ich  
**Hochsommer-Bekleidung für Herren.**

**Leichte Jacketts**  
von Alpaca-Im, Lustra, Panama, Cachemir, Seide oder Cord, schwarz od. farbig, 1,75, 2,50, 3, 3,50, 4, 5, 6, 6,50, 7,50, 8, 9, 10,50, 12,50 und 13,50 Mk.

**Wasch-Joppen,**  
grünlich, grau oder bräunlich, meliert, gestreift oder kariert, 1,25, 2, 2,50, 2,75, 3, 3,75, 4,50, 6, 7, 7,50 Mk.

**Wasch-Hosen,**  
grau od. grünlich, meliert od. gestreift, 2, 2,50, 3 u. 3,75 Mk.

**Weißer Hosen**  
von Croisé, Moleaskin od. Satin, 3, 3,50, 4,25 u. 5, - Mk.

**Wasch-Westen,**  
weiß od. farbig, gemustert, 3, 3,50, 4,50, 6 u. 7,50 Mk.

**Tennis- u. Strand-Anzüge**  
von Alpaca, baumwoll. od. reinwoll. Tennis-Stoff, cremefarbig oder grau, gestreift oder kariert, 10,50, 12,50, 15, 25, 30, - und 35, - Mk.

**Staubmäntel**  
von Cöper, Alpaca oder Mohair, modifarbig, mittel- oder dunkelgrau, 4, 9, 10,50 und 12, - Mk.

**Haus-, Sport- und Touristen-Joppen**  
von vorzügl. Loden, olive, bräunlich, grünlich, mittel- oder dunkelgrau.  
**A. Glatte Form, hinten mit Gurt.** 4,50, 6, 7,50, 9, 12, 15, - und 18, - Mk.  
**B. Faltenform.**  
Brust und Rücken mit Sattel und Falten, Taillengürtel ringsherum gehend, 9, 12, 15, - und 20, - Mk.

**Touristen-Pelerinen**  
von wetterfestem Loden, olive, bräunlich, grünlich, mittel- oder dunkelgrau, die Länge ist je nach Größe 110-125 cm, 10,50, 12,50, 15, 18, 21, 24, - und 27, - Mk.

**Touristen-Hosen**  
von dauerhaftem Loden mit Staube gearbeitet, olive, mittel- oder dunkelgrau, 6, - und 7, - Mk.

**Havelocks**  
von vorzüglichem Loden, bräunlich, olive, marango, mittel- oder dunkelgrau, 8,50, 12, 15, 20, 22,50, 25, 30, - u. 35, - Mk.

**Versand nur gegen Nachnahme.**  
Bei Bestellung genügt Angabe der Brustweite, ringsherum unter den Armen über der Weste gemessen, der Taillenweite u. der Schrittlänge. Ferner ist die Angabe der ganzen Körpergröße sehr erwünscht.

# Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe.  
Berlin SO. Berlin W.  
Oranien-Straße 166. Potsdamer Straße 113a.  
Potsdam, Nauener Straße 23.  
Illustrierten Katalog versende gratis und franko.

# Augen auf!

Wir empfehlen:  
1 Posten getragene Herren-Paletots  
1 Posten getragene Herren-Anzüge  
1 Posten getragene Hosen  
1 Posten getragene Gehröcke u. Rockanzüge  
von den feinsten Herrschaften und Kavalieren. Nur kurze Zeit getragene Monatsachen spottbillig.

Zugleich machen wir auf unsere Abteilung **weber Garderobe** aufmerksam.  
**J. Wand, Herren u. Knaben-Garderoben**  
Hauptgeschäft: Chausseestr. 80 a.  
2. Geschäft: Prinzenstr. 17, a. Wasserthorstr.  
3. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116, a. 4. Andreestr.

# Schwarzer Adler

Friedrichsberg  
Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).  
Stadtbahnstation Frankf. Allee.  
Inhaber:  
**Gebr. Arnhold.**  
Fernspr. Friedrichsberg No. 2.

## Heute Sonnabend: Gr. Extra-Militär-Konzert.

Ausgeführt vom Trompeter-Korps des 2. Rheinisch. Husaren-Regiments No. 9 unter Leitung des Stabstrompeters Herrn Stimming.  
Im Königssaal: **Großer Saal.**  
Entree 15 Pf.  
Passé-Partouts haben Gültigkeit.  
Anfang 6 Uhr.  
Gebr. Arnhold.

## Eine Mark

wichtige Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Noden. Bestellung u. Maß, tadelloser Nachführung in eigener Werkstatt. Spezialgeschäft für  
**Herren-Bekleidung.**  
Kein Waren-Kredithaus.  
**J. Kurzberg,**  
An der Jannowitzbrücke 1, 1.  
Bahnhof Jannowitzbrücke.

## Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.  
Berliner-Kranz, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Putz- u. Girlanden auf Bestellung.



Theater.

Berliner Theater. Rainz-Gastspiel. „Gespenster“ von Ibsen. Zum zweitenmal in diesem Jahre erscheint der Unbergehlige auf einer Berliner Bühne. Jetzt nicht mehr als ein Einzelner, sondern umgeben von einer aus seinen Kollegen vom Wiener Burgtheater zusammengestellten Truppe. Sein Name genügt, um auch in dieser glühend heißen theaterflüchtigen Hochsommerzeit den großen Zuschauertraum bis zum Ranke zu fällen. Jeden Abend bringt das Publikum seinem alten Liebling begeisterte Ovationen dar. Nach der Goetheischen „Iphigenie“, Beaumarchais „Figaro“ kamen am Donnerstag Ibsens erst so heiß unstrittene „Gespenster“ zur Aufführung. Rängst verschwand die Opposition gegen das unbarmherzig kühne, die Hölle von verborgenen Wunden der Gesellschaft reißende Drama, zum mindesten wagte sie sich öffentlich nicht mehr hervor. Das Werk ist eingegangen in die klassische Literatur des Zeitalters, in der der Wille lebt, alles Menschliche in seiner unendlichen Mannigfaltigkeit, Höhen und Tiefen, frei von jeder hemmenden Scheu und moralisierender Zurückhaltung in künstlerischer Darstellung nachzubilden. Es wird fortleben als eines der hochragendsten Monumente dieses Geistes. Und wie das Schauspiel die Richtung, die man unter dem vieldeutigen Titel „Naturalismus“ zusammenfaßt, in gewisser Hinsicht repräsentativ vertritt, ist es zugleich im höchsten Maße repräsentativ für Ibsens persönliche und künstlerische Eigenart. Die Elemente seines Wesens, der Freiheits- und Wahrheitsdrang und die alles zerschneidende, auch gegen die eigenen Ideale gerichtete Skepsis treten in ihrer seltsamen Verflechtung nirgends wohl so anschaulich als gerade in diesem Werke hervor; und in typischer Klarheit, wie sonst nur noch etwa in „Kora“ und „Rosmersholm“, zeigt sich charakteristisch für die Besonderheit von Ibsens dramatischem Stile, hier jene Kunst, durch die allmähliche Entfaltung einer weiterverzweigten Vergangenheit, die geheim fortwirkend in einer unabwendbaren Katastrophe sich entläßt, die intensivste Spannung zu erzeugen. Es ist erstaunlich — die Aufführung erinnerte daran von neuem — welche Fülle eindringendster Gedankenarbeit allein in dieser Art von Technik steckt.

Rainz spielte den Oswald, den Armen, der die Ausschweifungen des Vaters so fürchtbar büßen muß, unbefreiend einwirkend. Gleich die ersten, scheinbar bedeutungslosen Worte, in denen der

Darsteller die verhaltene Erregung des Kranken durchzittern ließ, zogen die Zuschauer unwiderstehlich in den Bann des Künstlers. Die schlante Jünglingsgestalt, die dunkelglänzenden Augen in den blaffen, etwas edigen Zügen, die noch die Spur ehemaliger Leidenschaft und Willenskraft bewahren, hatten in dem Augenblicke, da dieser Oswald zur Mutter in das Zimmer tritt, ihn schon die Herzen gewonnen. Ton und Bewegung war mit genial absichtsloser Treffsicherheit den wechselnden Momenten der Stimmung angepaßt; und in das Gräßlich-Traurige schimmerte dabei immer noch ein Glanz von liebenswürdigster Kindlichkeit, vergangener Schönheit hinein. Unaufhörlich huschten in rührendem, reizvollem Spiele Lichter und Schatten über das von jeder Seelenregung mitbewegte Antlitz. Färllichkeit und sprödes, abwehrendes Sichinsichzurückziehen, sehnüchtige Hoffnung und Verzweiflung, dumpfe Abspannung und plötzlich aufflodernde Kampfbereitschaft — alles gelang mit gleichmäßig überzeugender Meisterhaft. Ganz schlicht, aber um so erschütternder, war die Darstellung des erlösenden Verwunders am Schlusse. Dampf klang das: „Mutter, gib mir die Sonne“, und mit unheimlichem, immer leiserem Murmeln wiederholte er das letzte Wort. Man glaubte zu spüren, wie der Quell lebendigen Geistes, langsam und langsamer sickernd, verlegte. Das Gesicht, vor allem die schwarzen, weit aufgerissenen Augen, erinnerten in dieser Szene wunderbar an ein Porträt des Beaudelaire, des unglücklichen Delandpoeten, der der gleichen Krankheit wie Oswald erlag. Ausgezeichnet brachte Herr Alexander Kömpler den Fischer Engstrand, den durchtriebenen Frömmigkeitsheuchler, sehr gut auch Ferdinand Gregori den unverwundlich vertrauensseligen Pastor Randers, in dem sich Güte mit philisterhafter Kenglichkeit mischen, heraus. Weniger stark wirkte die Witwe Alving der berühmten Frau Plehstren-Kömpler auf mich. Die Darstellerin schien mir eine Art von Startheit, die so, wie sie dieselbe accentuierte, doch mit dem Wesen der Figur nicht innerlich notwendig verknüpft ist, in die Rolle hineinzulegen. Darunter litt das Gewinnende, das bei allem Ernste doch dieser großen weiblichen Gestalt im Drama eigen sein soll. Die Regie wurde von Rosa Albach-Kettig angestrengt, wenn auch ohne besonders markante Charakteristik, gegeben.

Briefkasten der Redaktion.

Rom 5. Das höhere Schulwesen Berlins und der Vororte behandelt „Spruch“, Berliner Schulkalender für 1904/05; Amelangsche Lehrmittelhandlung, Charlottenburg. Das Steuerwesen Berlins und der Vororte behandelt „Haberland“, Groß-Berlin: Leonhard Simon Nachf., Berlin. Ueber Kamalation und Wasserleitung der Vororte ist keine Zusammenstellung im Buchhandel erschienen. Beide Broschüren besorgt die Vorwärts-Buchhandlung. — R. P. 1. Rein. — 888. Ja.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Voller-Präsidenten.) Buttergerste, gute Sorte 1 T. 16,00 (15,50), mittel 15,10 (14,30), geringe 14,20 (13,40). Hafer, gute Sorte 16,30 (15,50), mittel 15,40 (14,60), geringe 14,50 (13,70), frei Bagen und ab Bahn. Richtstroh 0,00 (0,00). Neu (neu) 0,00 (0,00), alt 0,00 (0,00). Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00 (30,00). Speldeböhen, weiße 50,00 (30,00) Linen 60,00 (30,00), Kartoffeln 9,00 (7,00). Rindfleisch, von der Keule, 1 Kg. 1,80 (1,30), Bauchfleisch 1,40 (1,00), Schmalz 1,80 (1,30), Kalbfleisch 2,20 (1,20), Hammelfleisch 1,80 (1,40), Butter 2,80 (2,20), Eier (60 Stück) 4,00 (2,80), Karpen, 1 Kg. 2,20 (1,20), Hühner 3,00 (1,20), Gänse 3,20 (1,40), Gänse 2,80 (1,40), Parfüm 2,00 (1,00), Schokolade 3,00 (1,20), Ziege 1,60 (0,80), Kresse (60 Stück) 20,00 (8,00).

Witterungsbericht vom 7. Juli 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. G., Temp. u. G., Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. G., Temp. u. G.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 8. Juli 1905.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 8. Juli 1905. Bismlich heiter, etwas wärmer bei mäßigen westlichen Winden; keine oder unersichtliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 6. Juli. Elbe bei Kuffig - 0,31 Meter, bei Dresden - 1,74 Meter, bei Magdeburg + 0,72 Meter. — Unstrut bei Straßfurt + 1,05 Meter. — Oder bei Rathbor + 0,98 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 4,86 Meter, bei Dresden Unter-Regel - 1,82 Meter, bei Frankfurt + 1,18 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 2,72 Meter. — Warthe bei Bozen + 0,24 Meter. — Rye bei Uch + 0,42 Meter.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Wilhelm Hanne, Grünthalstr. 38. Ehre seinem Andenken!

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Adolf Pfohl, infolge Nihilstags am 5. Juli verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg. Carl Schrobdsarf, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Luisen-Kirchhofes aus statt.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf. Wilhelm Fröbe, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes aus statt.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Adolf Zander, infolge Unfalls am Montag, den 3. Juli, plötzlich verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Dankfagung. Willem Freunden und Bekannten meines lieben Sohnes Wilhelm Honigmann, besonders den Arbeitern der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie sagen wir hiermit für die Beweise der liebevollen Teilnahme und die Kranzspenden unseren herzlichsten Dank.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsangehörigen Deutschlands. Wilhelm Schadow, Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle der Charlotten-Kirche (am Reiner Tor) aus nach dem Charlotten-Kirchhof an der Ebertstraße statt.

Es gibt keinen Aeryer mehr, wenn die Hausfrau jetzt in der Sommerzeit verblühte Garderobe entdeckt. Jede Dame kennt Dr. Ed. Arnolds Schottland-Farbseife mit der es ein leichtes ist, alle möglichen Farben wieder herzustellen.

Sonntag, 9. Juli, mittags 12 Uhr, im großen Saale der „Neuen Welt“. Volks-Versammlung. An Stelle des durch den deutschen Reichskanzler verhinderten Genossen Jean Jaurès spricht Genosse Reichstags-Abgeordneter Richard Fischer über: „Die Friedensidee und die internationale Reaktion.“

Pereat. 30 Pf., 60 Pf., 1,10 M., 2,25 M., 4,00 M., etc. geistlich geschützt, wirkungskräftigstes Insektentödtter ist als Bestes Mittel zur vollständigen Vertilgung von Schwaben, Fliegen, Motten, Mücken, Ameisen, Käferlarven etc.

Verband der baugewerbli. Hilfsarbeiter Deutschlands. Fahrstuhl-Arbeiter! Sektions-Versammlung. Sonntag, den 9. Juli, vormittags 10 Uhr, in den Industriefestfälen, Benthstr. 19.

Pereat. geistlich geschützt, wirkungskräftigstes Insektentödtter ist als Bestes Mittel zur vollständigen Vertilgung von Schwaben, Fliegen, Motten, Mücken, Ameisen, Käferlarven etc.

Freie Vereinigung d. Bauarbeiter Berlins u. Umg. General-Versammlung der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins u. Umgegend. Sonntag, den 9. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexander-Straße Nr. 27.

Fritz Kratz, Drogen, Berlin N. 39, Reinickendorferstraße 70. Kranz- u. Blumenbinderei von H. Eckert, 98. Kottbuser Damm 98.

5 3/4 Pfund Brot 50 Pf. Albrechts Bäckereien: Drangelstr. 135, Krautstraße 19, Goldeneckstr. 28, Panzerstr. 2, Markthalle Pflasterstr., Stand 222/23, Markthalle Andrastr., Stand 16/18, Zentrale: Boghagenstr. 13.

Raucht Vineta No. 8 beste 2 Pf.-Zigarette!

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Möbelpolierer. Die Kollegen werden hierdurch auf den Beschluß der Delegiertenversammlung hingewiesen, welcher lautet: Möbelpolierer, welche sich auf unseren gewesenen Arbeitern nachweisen vermissen lassen, gehen der Arbeitslosenunterstützung verlustig.

Für die Ferien und Reise  
empfehlen

# H. Esders & Dyckhoff

Leipzigerstr. 50a Oranienstr. 48  
am Dönhoff-Platz am Moritzplatz

## Spezialhaus

für 36962\*

### Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß

### sämtliche Artikel der Bekleidungs-Branche

für Herren, Knaben und Kinder.

**Zahn-Klinik.**  
Olga Jacobson,  
Invaliden-  
straße 145.

**Hochwaldparzellen.**  
60jähr. Bäume, direkt Bahn, idyllisch,  
Angelegenheit, verl. bei kleiner An-  
und Abzahlung. Ankaufung sofort.  
Aug. Fuchert im Borort Taden-  
dorf (Bottd. Bahn). 36482\*

**Dr. Simmel,** Prinzen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für 15/11\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Jedes 5 Pfennig.  
Wort: 5 Das erste  
festgedruckte  
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr  
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste  
Nummer werden  
in den Annahmestellen für Berlin  
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr,  
in der Hauptexpedition Linden-  
straße 69 bis 8 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

Steppdecken billigst Gebillt Große  
Frankfurterstraße 9, parterre. +37\*  
Teppiche mit farbenreichen Fabrik-  
niederlage Große Frankfurterstraße 9,  
parterre. +37\*  
Gardinenhand Große Frankfurter-  
straße 9, parterre. +37\*  
Wandbildhand Weidenweg neun-  
zehn Sportbildler Vertikalverkauf, Gar-  
dinenverkauf, Teppichverkauf, Stepp-  
decken, Aussteuerwäsche, Regulatoren,  
Freischwinger, Tafelmöbeln, Jalousie-  
anlässe, Verschiedenes. +27\*  
Teppiche! (Leberhafte) in allen  
Größen für die Hälfte des Wertes  
im Teppichlager Brühl, Gabelcher  
Markt 4, Bahnhofstraße. 251/19\*  
Gardinen, Teppiche, Tischdecken,  
Invalidenstraße 143 (Eingang Berg-  
straße), Große Frankfurterstraße 56,  
Faltgerstraße 40. 6192\*  
Küchenschrank 7, Wandleide,  
billige Einkaufsquelle für Waren aller  
Art. 6332\*  
Gardinen, Teppiche, Tischdecken,  
Steppdecken, Betten, Bettwäsche, Leib-  
wäsche, Krüge, Wandbühnen, Tisch-  
decken, Kissen, Ringe usw. Sportbildler  
Wandleide Küchenschrank 7. 6342\*  
Sofas, größte Auswahl, von  
21 Mark an, direkt in der Fabrik  
Andreasstraße 28. 6512\*  
Gadofocherhaus! Zweifocher-  
locher! 3,00. Geschlossene Feuer-  
locher! 5,00. Wasserpumpe!  
Wasplättchen! Wascheleumischer, zweifach  
2,00. Wollwäcker, Ballmischer-  
straße 32. 8722\*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnell-  
näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,  
gebraucht 12,00, Rönningerstraße 60/61,  
Große Frankfurterstraße 43, Preuss-  
länderstraße 59/60.  
Wald- und Landparzellen, pro  
Quadratmeter 7 Mark, verkauft Paul  
Krause, Bepernitz, Berlin-Stettiner  
Borortstraße 2. 28666\*  
Fahrrad- Gelegenheitskäufe,  
neue und gebrauchte, auch Teilzahlung,  
Große Frankfurterstraße 14, Kämmer-  
reit. +38\*  
Anzüge, Ueberzieher, wenig  
getragene Monatsgarderobe von  
5 Mark an, große Auswahl für jede  
Figur, auch neue, elegante, nicht ab-  
geholte Wahrscheinlich kauf man am  
billigsten aus erster Quelle direkt nur  
beim Schneidermeister Kürstner,  
Rosenthalerstraße 15, III, kein  
Laden! 252/9\*

Tischerei mit Kundschaft Um-  
stände halber zu verkaufen. Offerten  
K. 10 Postamt 36. +12  
Speiseeiswagen mit Kegel-  
verkauf Blumenhaldstraße 28, Friedrichs-  
berg. +132  
Kinderstuhl billig Niebrandt, Hal-  
denleinststraße 29. +12  
Polstermöbel, billig, reelle Arbeit,  
Widdelpolsterer Kameising, Kallanien-  
Allee 56, am Weinbergsweg. 28886  
Milch, Obst, Kolonialgeschäft mit  
Sortierstelle sofort veräußerlich. Schöne-  
berg, Gothaerstraße 16. 104/15  
Junge Perleware 1,00, sprechen  
stellen lernend, Dranienstraße 87. \*

### Verschiedenes.

Wandleide, Prinzenstraße 63,  
täglich 8-8, Sonntags bis 2. 6522\*  
Kunststofferei von Frau Kolobis,  
Charlottenburg, Goethestraße 94, I. \*  
Wer Stoff hat! Fertige Herren-  
anzüge mit Futterläden 15,00.  
Wagner, Schneidermeister, Lichter-  
bergerstraße 9 (Balladenstraße). \*  
Auspolsterung! Sofa 5,00, Matratze  
4,00, auch andern Daise. Bachmann,  
Andreasstraße 38. 6502\*  
Wernau's Kaffee, Schwedter-  
straße 23/24, ca. 150 Personen  
lassend, neu renoviert, Parkettboden,  
und Bühne, an großem Naturgarten  
gelegen. Vereinen, Gesellschaften usw.  
bestens empfohlen. 6738\*  
Platinabfälle, alte Goldläden,  
Bruchgold, Kettgold, Staudgold, altes  
Silber, Zahngelbte, alte Uhren, photo-  
graphische Rückstände, sowie alle gold-  
und silberhaltigen Abfälle faulst Gold-  
schmelze Bruch, Drangelstraße 4, Tele-  
phon Amt 4, 6938. 161/10\*  
Fahrradleihe. Einfacher 4,00,  
Lauter 6,00, Dreifacher 9,00. Große  
Frankfurterstraße 14. +38\*  
Fahrradrepaturen, sehr billig  
Große Frankfurterstraße 14. +38\*  
Patentanwalt Dam mann, Oranien-  
straße 57 (Kochly la). Hat in Patent-  
sachen. 28544\*  
Vereinszimmer 25, 40, ca. 150  
Personen, Piano, zwei Regal-  
bühnen, vergibt Ladewig, Alte Patos-  
straße 89. 6553\*

### Vermietungen.

Barbier- und Friseurgeschäft mit  
Einrichtung ist sofort zu vermieten.  
Kaution 300 Mark, Rattenstraße 4.  
Wohnungen.  
Kleinoohnungen, gesunde, aller-  
billigst, sofort. Pöster Alsdorf: Kopf-  
straße 15, Wanglitzstraße 12 (Nerren-  
platz). 15/14\*  
Niddorf, Wanglitzstraße 35, neben  
Lise Neumannstraße, Wohnungen im  
Vorderhaus 2 Stuben, Küche, Korri-  
dor, Hinterhaus 1 Stube und Küche,  
billig, zum 1. Oktober 1906 zu ver-  
mieten. +68\*  
Candorstraße 36, 37, 38  
Kleinoohnungen von 18 Mark ab so-  
fort. Kleine und größere Wohnungen  
ab 1. Oktober billig. Röhrens Wert  
Nr. 37. 28105\*  
Zwei Stuben und Küche zu 33,00  
Mark, Goldenerstraße 8 und 10. 6292\*

### Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.  
Blinder Stuhlflächler bittet um  
Arbeit. Stühle werden abgeholt und  
zurückgeführt. R. Gläser, Malad-  
straße 27. 14688  
Gemeinregelter Arbeiter sucht  
Stellung, beste Zeugnisse. Offerten  
Friedrich 36\* Postamt Niddorf, Ner-  
mannstraße. 26846  
Stellengebote.  
Arbeiter von 16-18 Jahren ver-  
langt Max Leonhard, Schiffs-  
straße 31. +12  
Gefahrenverein sucht Dirichsten  
(Dienstags). Nur erste Kräfte wollen  
sich melden. Karl Heilmann, Niddorf,  
Bebelstraße 308, II. +11  
Ziehler auf furnierte Weisen ver-  
langt Ködenerstraße 109a. 28906  
Jugendliche Arbeiter verlangt  
Paul Gähner, Markstraße 5, IV.  
Blanchier, Wäschereier, Arbeits-  
bühnen sucht Decidenbach, Kolonie-  
straße 22. 66115

### Priseurlehrling verlangt Zeit, Bahnhof Schönholz.

Tüchtiger Bäcker, welcher auch  
Gastronomie anstreben kann, gesucht.  
Bevorzugt solche, die auch elektrische  
Rechen verbinden können. Offerten  
postlagernd unter 'Lampen' Post-  
amt 60. 28856  
Lehrmädchen (Sporttröcke) ver-  
langt Frankfurter Allee 111, III.  
Goldarbeiterinnen, in und außer  
dem Hause finden jederzeit gute  
Stellung und hohen Verdienst bei  
Worb, Bärgwaldstraße 39. +144\*

### Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

### Jungen Bildhauer

zur Netouche von Hochschulen sucht  
Gladbeck's Bronzegießerei,  
G. m. b. H., Friedrichshagen, See-  
straße 126. 37152\*

### Achtung, Holzarbeiter!

Einsetzer!  
Der Herr Zimmermann in Nid-  
dorf, Anseebühl 64, ist gestorben,  
da sich die Firma Karl und Emil  
Schneider weigert, den bisher ge-  
zahlten Tarif einzuhalten.  
Die Streikleitung.  
197/11\*  
Achtung, Holzarbeiter!  
Einsetzer!  
Der Herr Zimmermann in Nid-  
dorf, Anseebühl 64, ist gestorben,  
da sich die Firma Karl und Emil  
Schneider weigert, den bisher ge-  
zahlten Tarif einzuhalten.  
Die Streikleitung.  
197/11\*  
Jalousie-Arbeiter.  
Die Kollegen der Firma Beck-  
hauer befinden sich im Streik.  
Zugang ist ferngehalten.  
Da bei mehreren Firmen noch  
Differenzen bestehen, bitten wir, sich  
auf den Seiten 20, die blane ge-  
kennzeichnete Arbeits-Kontrollkarte  
zeigen zu lassen, nur diese ist gültig.  
Andersfarbige Karten sind zu ver-  
meiden. 83/8\*

### Achtung, Kürschner!

Folgende Firmen haben unsere  
Forderungen nicht anerkannt und sind  
deren Werkstätten gesperrt:  
G. Wandhauer, Oberwallstraße 7.  
Bar u. Salomon, Hausvogelplatz 13.  
D. Lewin, Hausvogelplatz 13, Berl-  
statt: Niederwallstr. 15.  
Eidner u. Meißel, Ruster 15.  
Rosa u. Co., Ruster 32.  
R. Raaben, Gde Dranienplatz.  
Rager u. Co., Kommandantenstraße  
Nr. 76/78.  
Hermann Engel, Landsbergerstr. 87.  
Geister u. Kramer, Grünstr. 16.  
Witz, Reimke, Neue Friedrichstr. 9/10.  
Reichardt u. Co., Dranienburgerstr. 2.  
Goldstein u. Sohn, Alexanderstr. 22.  
Wagner u. Co., Ruster 11.  
A. Landsberger, Niederwallstr. 10.  
Engang, Invalidenstr. 13.  
Glogauer, Dragonerstr. 12.  
Gladbeck's Bronzegießerei, 9.  
G. Elgall, Schäferstr. 12.  
B. Schwoch, Brunnenstr. 154.  
Hornung, Schloßstr. 64.  
Folgende Arbeitgeber haben  
ihre Unterschrift durch den Druck  
des Arbeitsgeber-Verbandes zu-  
rückgezogen:  
F. Rebel, Witzschinerstr. 57.  
D. Pränzel, Kronenstr. 11.  
C. Schön, Färbenstraße 10.  
A. Paul, Preussenerstr. 4.  
F. Freitag, Jerusalemstr. 8.  
B. Riemann, Brunnenstr. 11.  
D. Widert, Wolgasterstr. 12.  
Alle Anfragen betreffs des  
Streiks sind an unser gemein-  
sames Streikbureau, Neubels-  
locherstraße 9, zu richten. 102/17\*  
Der Vorstand  
des Deutschen Kürschner-Verbandes  
(Zahlstelle Berlin).  
Der Vorstand  
des Verbandes der Kürschner Berlins  
und Umgegend.  
Achtung! Achtung!  
Schildermaier, Lackierer, Vergolder,  
Buchstaben-Klempner!  
Der Streik der Schildermaier und  
verwandten Berufe besteht noch wie  
vor und ist Arbeit nur durch den  
Arbeitsnachweis der Schildermaier,  
alte Jakobstr. 88 bei Ladewig,  
anzunehmen.  
290/3\* Die Streikleitung.

Lieferanten an Vereine und Genossenschaften.

## Zur Reise!

Tausende von Herren können Geld sparen,  
wenn Sie Ihren Bedarf an Bekleidungsstücken in unserem  
Spezialhaus für elegante Herren- und Knaben-Moden decken.  
Durch unsere geringen Spesen und vorteilhaften Einkäufe sind wir imstande, allerbeste  
Fabrikate zu außergewöhnlich billigen, aber streng festen Preisen zum Verkauf zu bringen.

Unsere Grundsätze: Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.  
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.  
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.  
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.  
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.  
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis  
mit Zahlen vermerkt.

# Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78  
Spezialhaus eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung  
fertig und nach Maß  
Bekleidung für sämtliche Berufe.  
Aufbügeln und Reparaturen gratis.

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.  
Original-Inserat  
Nachdruck verb.

Herrenhüte  
Größe Hüffabrik  
Preiswert und gut  
Filzhüte

Niederlagen  
Liegner Hutfabrik  
BERLIN:  
NW. Wilsener Straße 63  
20. Ritter-Strasse 19a  
SO. Oranien-Strasse 204  
S. Friedrich-Strasse 250  
O. Grasse Frankfurter Strasse 94  
CHARLOTTENBURG:  
Wilmsdorfer Strasse 156

Lloyd Mark 3.00 Zenith Mark 6.50  
Ang. Komet Mark 3.50 Ozon Mark 8.50  
Helios Mark 4.50

Unsere geistlich geschützten Marken sind:

Verkauf von Filzhüten, Strohhüten, Gylinderhüten.  
Reparaturen werden gut, schnell und billig besorgt.

### Athriwi

### „Stella“

Zigaretten  
garantierte Handarbeit.  
„Athriwi“  
Zigaretten  
beste 2 und 3 Pfennig-Marken.

### Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72,  
Station im Hause. Empfehlung:  
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,  
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,  
auch für turbulente Herren passend.  
Dieselben sind von feinen Kadavieren und Reisenden, die nur einen  
Monat ihre Garderobe tragen. 29412\*  
Fahrtgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Wahl in Ober-Barnim ersucht das Wahlkomitee alle in Berlin und Umgebung beschäftigten, im Kreise Ober-Barnim wohnenden Arbeiter am Donnerstag, den 13. Juli, ihre Stimme abzugeben. Keiner glaube, auf ihn komme es nicht an. Bei dieser Wahl kann jede einzelne Stimme den Ausschlag geben. Kandidat ist der Stadterordnete Bernhard Bruns - Berlin.

Am Dienstag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7, eine Versammlung statt, in der alle in Berlin und Umgebung beschäftigten Wähler erscheinen müssen. Das Wahlkomitee: G. Nowag - Strausberg.

Vierter Wahlkreis (Öfen). Am Sonntag, den 9. Juli, findet ein großes Sommerfest in Rentes Volksgarten, Lichtenberg, Räderstraße 35/36 statt. In Anbetracht des vielseitigen und guten Programms ist eine rege Beteiligung an dieser Veranstaltung besonders geboten.

Berliner Nachrichten.

Die Ruhelosigkeit

des Polizeikampfes gegen die Prostitution wird mit überzeugenden Worten in den „Jehn Lebensläufen“ hervorgehoben, jenem bereits vorgestern von uns erwähnten Buch des Arztes Dr. Hammer, das in diesen Tagen hier im Verlage von Hermann Seemann nach erscheint. Der frühere Hülfzarzt der Frauenstation am Berliner städtischen Obdach schreibt:

„Eine Dirne darf Männern nicht folgen, sie darf auf der Straße nicht stehen, nicht auf einer kleinen Stelle hin und hergehen, nicht sitzen. Sie darf nicht die Aufmerksamkeit anderer auf sich lenken. Sie hat dafür Sorge zu tragen, daß in dem von ihr bewohnten Hause kein Vergnügen gegeben wird, soll jedoch die Sittenpolizeibeamten zu jeder Tages- und Nachtzeit einfließen. Sie ist jederzeit genötigt, auf polizeilichen Befehl umzugehen.“

Sie muß sich Krankenbehandlung gefallen lassen, wenn sie auch nur die geringste verdächtige Stelle an ihrem Körper hat. Diese Behandlung ist eine Zwangsbehandlung. Mädchen, die sich nicht fügen, werden festgenommen. Ob sich ein Mädchen die Quecksilberschmierkur gefallen lassen will oder nicht, wird nicht in Erwägung gezogen.

Ob die Mädchen mit dem Glühstein gebrannt, mit Messern geschnitten, mit Nadeln bestreut, mit Quecksilber geschmiert werden sollen, entscheidet der leitende Arzt des Krankenhauses. Ob sie beläutert werden sollen, oder ob sie die Schmerzen mit Bewußtsein zu ertragen haben, entscheiden nicht die Kranken, sondern die Ärzte.

Als Richter entscheidet der Verwaltungsinspektor, ob ein Mädchen in dunkeln Arrest zu legen ist, ob es mit Nahrungsentziehung bestraft werden soll, ob Hungerkuren zur Sühnung des Mädchens eingeführt werden sollen. Am Ende der Leidenszeit wird das Mädchen mit einer Rechnung begläubt, Tag für Tag 2,50 Mark. Sollte sich wirklich einmal trotz der Vorschriften ein Mädchen aufraffen zu einigen Exparnissen oder sollte es einmal in bessere Vermögensverhältnisse kommen, so erscheint der Vollzugsbeamte, um die Gelder der Zwangsbehandlung einzuziehen. Das alles — zur Sicherung der Gesundheit, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Anstandes. Zur Sicherung der Gesundheit, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Anstandes gehen in den Straßen Berlins Polizeibeamte spazieren; sie suchen zu ermitteln, welche Mädchen der Gewerbeordnung ergeben sind. Solche werden nach dem Polizeipräsidenten gebracht, daselbst von einer Dame untersucht, im Falle der Erkrankung dem Arzte vorgestellt und nach dem Krankenhause gebracht, auf alle Fälle vermerkt, und falls sie wiederholt aufgegriffen werden, unter sittenpolizeiliche Aufsicht gestellt.

Trotz der Kontrolle kommen in Berlin durchschnittlich auf jeden geschlechtlichen Mann 1,2 Geschlechtskrankheiten. Mit anderen Worten: von 100 Durchschnittsmännern erkranken im Laufe ihres Lebens 80 an Tripper, 20 an Syphilis, mindestens 20 an weichen Schanker, Krätze und anderen seltenen ansiedelnden Geschlechtskrankheiten.

Etwa 150 Spezialärzte für Haut- und Harnkrankheiten haben in Berlin ihren Wohnsitz. Jährlich dürfte mindestens eine halbe Million an Arztgebühren für Beratung in Geschlechtskrankheiten allein in Berlin verausgabt werden, trotz der „Sicherung“ der Gesundheit durch die Vorschriften der Sittenpolizei, denen kein Kontrollmädchen genau nachkommen kann, wenn es nicht verhungern will.

Die Anzeigepflicht bei gewerblichen Vergiftungen. Ueber dieses Thema hielt Prof. Dr. Sommerfeld in der vorgestern, Donnerstagabend stattgehabter Sitzung der Gesellschaft für soziale Medizin, Hygiene und Medizinalstatistik einen anregenden Vortrag. Die Unzulänglichkeit der heutigen Verhältnisse illustrierte der Vortragende an einer Reihe von Beispielen, wie z. B. an der Hand des Berichtes der Gewerbeinspektion Chemnitz vom Jahre 1899, S. 154, wo von Vergiftungs-krankheiten gesagt ist, daß solche nicht vorgekommen sind, die Vorschriften auch im Gesehe geregelt seien; trotzdem sind in dem betr. Jahre vom 2. August bis Ende des betr. Jahres nicht weniger als 27 Fälle an chronischer Weivergiftung in den Krankenhäusern von Chemnitz behandelt worden. Ebenso wurden in dem Bericht pro 1900 für Leipzig die Einrichtungen zur Erhaltung der gesundheitlichen Verhältnisse in den betr. gewerblichen Anlagen im allgemeinen als befriedigend bezeichnet und wurde auch in nächstjährigen Berichten gesagt, daß durch Weivergiftung Erkrankungsfälle nicht vorgekommen seien; aber bereits nach Einführung der Anzeigepflicht für Weivergiftungen im Jahre 1901 wurden für den Stadt-kreis Leipzig nicht weniger als 293 Fälle von Weivergiftungen zur Kenntnis der Gewerbeinspektion gebracht. Wohl sei vom Bundesrat für eine Reihe von Betrieben die Einsetzung von Fabrikärzten angeordnet worden; da diese aber mehr oder weniger von dem Unternehmer, von welchem sie angezählt werden, abhängig sind, so sind sie nur allzuleicht geneigt, die Wirklichkeit zu verschweigen oder zu verschleiern. Diese Institution ist mithin außer-rückständig, sie konnte erst dann als ausreichend angesehen werden, wenn die Betriebsärzte eine staatliche Institution geworden und der Arzt unabhängig vom Unternehmer gemacht wird. Bis jetzt seien weder die Gewerbeaufsichtsbeamten, noch die Fabrik-Vertrauensärzte, noch die Kreis- oder Bezirksärzte in der Lage und ausreichend, über die Art und die Häufigkeit der gewerblichen Vergiftungen hinreichende Aufklärung zu geben. Aber selbst, wenn die Institution vollkommen wäre, würde die gewerblichen Vergiftungen noch nicht entfernt erfaßt sein, da es eine ganze Reihe von Betrieben gibt, die überhaupt noch nicht der Gewerbeinspektion unterstellt sind. Der einzige Weg, die Größe und die Quelle der Gefahr festzustellen, wäre die Anzeigepflicht an die Medizinalbehörden. Hier wäre nach englischem Muster zu verfahren, wo die Anzeigepflicht obligatorisch eingeführt ist.

Wie dem Diensthote sein Recht wird. Während der Arbeiter in gewerblichen Streitigkeiten zu einem Gericht gehen kann, dem er Vertrauen entgegenbringt und das überdies schnell und billig arbeitet, unterschätzt der Diensthote dem „gemeinen Recht“. Dies Recht wird ihm gesprochen ohne Rücksicht auf seine Klassen-genossen, von Leuten also, denen es auch beim guten Willen schwer wird, sich ein Bild von seiner sozialen Lage zu machen. Ueberdies hat der Diensthote auch in dem Falle, wo die Herrschaft vom bürgerlichen Gericht verurteilt wird, bei Nichtbegehren, schweren

Schaden zu tragen. Ein gewöhnliches Beispiel, wie es wohl alle Tage sich ereignet, lehrt dies von neuem:

Bei einem in Charlottenburg wohnenden Ziegeleibesitzer war eine Köchin längere Zeit in Stellung. Aus verschiedenen Gründen gefiel es ihr nicht dort, so daß sie sich entschloß, die Stellung zu verlassen. Am Ersten des Monats kündigte sie, um am anderen Ersten ziehen zu können. Der Herrschaft mochte es wohl nicht angenehm gewesen sein, daß die Köchin kündigte, sie machte kurzen Prozeß und entließ sie plötzlich 6 Tage nach der Kündigung. Das Mädchen aber ließ sich diesen Akt der Willkür nicht ruhig gefallen und verklagte den Ziegeleibesitzer wegen ungerechtfertigter Entlassung auf Zahlung des für den Monat fälligen Lohnes. Das Amtsgericht in Charlottenburg gab der Klägerin recht und verurteilte den Beklagten. Damit war aber die Sache noch nicht erledigt, der Ziegeleibesitzer hatte der Klägerin eine Reihe Wertgegenstände einbehalten, wie Uhr und Kette, Brochen, Ledertasche usw., die sie beim besten Willen nicht bekommen konnte. Sie mußte eine neue Klage anstrengen, und zwar auf Herausgabe der Sachen; gleichzeitig aber wurde die Klage aufgedehnt auf Entschädigung entgangenen Lohnes für zwei weitere Monate, da die Köchin infolge Nichtausstellung eines Zeugnisses in dieser Zeit keine Stellung hatte finden können. Das Gericht verurteilte den Beklagten, die Sachen herauszugeben, wies aber im übrigen die Klage zurück, weil der Nachweis nicht habe erbracht werden können, daß die Klägerin wegen Fehlens des Zeugnisses den angegebenen Schaden gehabt hätte, dann aber auch nicht ausdrücklich das Zeugnis verlangt habe. Da die Klägerin nur in einem Falle recht bekam, beschloß das Gericht: Jede Partei trägt ihre außergerichtlichen Kosten, die Gerichtslosten dagegen werden der Klägerin auferlegt. Das Fazit der Klage ist dieses: das Mädchen hat nach Monaten im wesentlichen wohl recht bekommen, allein unter sehr kostspieligen Umständen. Sie muß zweimal einen Anwalt und im letzten Falle teilweise die Gerichtslosten zahlen. Aber recht hat sie, teures Recht. Ist es da nicht verständlich, wenn die meisten Diensthoten lieber erlittenes Unrecht stillschweigend hinnehmen, als den hier gezeigten Weg gehen? Und da wundern sich noch manche Herrschaften, wenn die Reizung, einen Dienst anzunehmen, geringer wird und viele Mädchen eine gewerbliche Tätigkeit vorziehen!

Die Nebenklassen für schwachbefähigte Kinder, die an den Berliner Gemeindeschulen bestehen, sind in diesem Sommerhalbjahr auf 122 Klassen vermehrt worden und werden von 1848 Kindern besucht. Darunter sind 1074 Knaben und nur 774 Mädchen, während an der Gesamtzahl der Gemeindeschulkinder die Mädchen stärker als die Knaben beteiligt sind, jene mit 112 805 und diese nur mit 110 482. Von je 10 000 Gemeindeschulern sitzen 97 in einer Nebenklasse, dagegen von je 10 000 Gemeindeschülerinnen nur 69. Dieser Unterschied läßt sich nicht nur aus dem einen Halbjahr feststellen. Er ist ähnlich auch in allen früheren Halbjahren, solange es Nebenklassen an den Berliner Gemeindeschulen gibt, zu bemerken gewesen. Der Unterschied ist auffällig genug, um den Wunsch nach Erklärung rege zu machen. Geht er nur auf äußerliche Ursachen zurück, etwa nur auf eine gewisse Reizung, schlecht vorwärtskommende Mädchen nicht so bald einer Nebenklasse zu überweisen wie schlecht vorwärtskommende Knaben? Beachtung verdient hier, daß auch die Pilotenanstalt Dalldorf viel mehr Knaben als Mädchen in Pflege hat. Zum Beispiel am 1. April d. J. waren dort und in der dazu gehörigen Familienpflege 189 Knaben, aber nur 72 Mädchen untergebracht.

Bei der städtischen Feuerzuzität waren nach dem Verwaltungsbericht des Magistrats am 1. Oktober 1904 die Vaukscheiten auf 25 493 Grundstücken gegen Brandschaden versichert; das sind 435 Grundstücke mehr als am gleichen Tage des Vorjahres. Die gesamte Versicherungssumme betrug 4 440 687 000 Mark (im Vorjahre 4 310 495 800 Mark).

Die Stadtgemeinde Berlin war am 1. Oktober 1904 mit 411 Grundstücken, deren Versicherungswert 159 189 090 Mark festzu (einschließlich derjenigen Stiftungen, welche von der Stadtgemeinde verwaltet werden), bei der städtischen Feuerzuzität versichert. Der von der Stadtgemeinde gezahlte Beitrag betrug 74 441,47 Mark.

Die Gesamtzahl der in dem abgelaufenen Geschäftsjahre — 1. Oktober 1903 bis 30. September 1904 — gemeldeten Brände betrug 12 932. Brandentschädigungen wurden jedoch nur in 2087 Fällen gewährt. Die Gesamtentschädigung für diese 2087 Brand-schäden wurde auf 817 890,02 Mark festgesetzt. Ferner zählte die städtische Feuerzuzität zu den Kosten des Feuerlöschwesens und zur Unterhaltung der Feuerwachegebäude einen Beitrag von 1 133 436,87 Mark. Die Verwaltungs- und sonstigen Nebenlosten stellten sich auf 145 622,27 Mark. Die Gesamtausgaben betragen mithin 2 096 449,16 Mark. Zur Dedung dieser Ausgaben wurde ein von den Eigentümern der versicherten Vaukscheiten zu zahlender Beitrag von 4,70 Pfennig für je 100 Mark der Versicherungssumme angefordert.

Durchschnittlich betrug die für einen Brandschaden im Berichtsjahre zu zahlende Vergütung 355 Mark (gegen 408 Mark im Vorjahre). Die größte Entschädigungssumme, nämlich 24 710 Mark erforderte der am 12. Juli 1904 auf dem Grundstück Holmannstraße 32 ausgebrochene Brand.

Beim Magistrat von Berlin laufen täglich Schreiben ein, die nicht an den Magistrat, sondern an die Adresse der Dezerenten usw. gerichtet sind, von denen mehrere beurlaubt sind und erst nach einigen Wochen zurückkehren. Die Schreiben, Eingaben usw. müssen bis zur Rückkehr der Adressaten unerledigt liegen bleiben. Reklamationen nützen nichts. Wer solche unliebsame Verzögerungen vermeiden will, der adressiere nur: An den Magistrat von Berlin, denn selbst in den Fällen, wo die Adressaten nicht beurlaubt sind, geben die an die Dezerenten usw. direkt gerichteten Eingaben usw. erst wieder an die Verteilungsstelle behufs Registrierung zurück, wodurch ebenfalls eine Verzögerung entsteht.

Zur schnelleren Förderung der Durchlegung der Kaiser Wilhelmstraße ist kürzlich eine gemischte Deputation gebildet worden. In der ersten Sitzung, die Donnerstag statt fand, wurde beschlossen, alle in Betracht kommenden Abzweigungen aufzufordern, binnen 14 Tagen die Höhe des Preises ihres Grundstücks zu Händen des Stadtrats vom Wohn einzureichen. Nachdem wird die Deputation, welche im Besitze von Sachverständigen-Gutachten für die in Betracht kommenden Grundstücke ist, über jedes einzelne Angebot von Fall zu Fall beschließen. Sollten zu hohe Preise gefordert werden, so soll das Entschädigungsverfahren beantragt werden.

Nachts-Radenschluß. Für den Landes-Polizeibezirk Berlin steht bekanntlich der Erlass einer Anordnung bevor, nach welcher sämtliche offene Verkaufsstellen mit Ausnahme solcher für den Verkauf von Lebensmitteln (Kolonialwaren), Konfitüren, Nougats, Nüssen, Seifen, Drogen, sowie der Barbier- und Freizeidläden an den Werktagen (außer Sonnabenden) in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 7 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Der Kommissar des 1. Polizei-präsidentiums bringt nunmehr zur öffentlichen Kenntnis, daß die Liste der beteiligten Geschäftsinhaber für die Dauer von zwei Wochen — vom 10. bis 23. Juli d. J. — werktäglich von 9 bis 11 Uhr vormittags im Bureau des Gewerbeinspektors, Krausenstr. 29, zur öffentlichen Kenntnis ausliegt. Einprache gegen die Nichtigkeit und Vollständigkeit der Liste können daselbst bis zum Ablauf der Frist schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden.

Ein neues Schwindel-Mittel gegen die Trunksucht wird unter dem Namen „Normin“ zurzeit vertrieben. Kostenpunkt: 68 Mark. Erfinder des Mittels ist ein englischer Pastor, den Generalvertrieb in Deutschland befragt eine Dame. Wenn auch Arbeiterfamilien schwerlich in der Lage sind, den erwähnten hohen

Geldbetrag zu opfern, so sei doch vor dem gefährlichen Schwindel gewarnt.

Ueber das Unwetter am Mittwoch abends laufen aus der weiteren Umgebung Berlins, wo es besonders verheerend gewüet hat, fortgesetzt Meldungen ein. So hat es in Oranienburg nicht weniger als fünfmal eingeschlagen, u. a. im Schützenhause, sowie in dem Weichenhellerhause in der Nähe des Bahnhofes der Nordbahn. Ein kalter Schlag traf das Gefeunshaus bei Lehniß, glücklicherweise ohne Personen zu verletzen. Bei Weichenhellerhause traf ein Blitzstrahl die Flügel einer Windmühle und getrümmerte dieselben. Bei Mühleneck wurde ein Dampfkessel durch den Blitzstrahl in Brand gesetzt. Die der Stadt Berlin gehörige Windmühle bei Malchow wurde ebenfalls durch eine elektrische Entladung entzündet und vollständig eingeschert. Innerhalb des Ober-Postdirektionsbezirktes Potsdam wurden circa 100 Fernspreitleitungen durch Blitz beschädigt. In allen diesen Fällen sind glücklicherweise Menschenleben nicht gefährdet worden.

Ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Kollwagen und einer „Elektrischen“ erfolgte gestern abend in der Lindenstraße, unweit der Kommandantenstraße. Ein mit großen Papierrollen schwer beladener Wagen der Firma Gustav Drode u. Co., Köpenickerstraße, kam aus der Schützenstraße und wollte in das gegenüberliegende Haus, Nr. 53 der Lindenstraße einfahren. Als er die Straßenbahnlinien kreuzte, kam der Wagen 1391 der Linie 94 (Dönhofsplatz-Rixdorf) in schneller Fahrt die Lindenstraße entlang. Im letzten Augenblicke bemerkte der Führer die Gefahr eines Zusammenstoßes und bremste energig — doch zu spät. Es erfolgte ein heftiger Anprall, wobei der Vorderperren der „Elektrischen“ eingedrückt wurde und auch der Kollwagen Beschädigungen erlitt. Glücklicherweise standen keine Passagiere auf der vorderen Plattform, da der Wagen am nahen Dönhofsplatz sein Ziel erreicht hatte, so daß Verletzungen von Personen nicht vorgekommen sind.

Die städtischen Straßenbahnen können auf der Linie Nieder-Schönhausen—Mittelstraße wegen der Asphaltierungsarbeiten zurzeit nur bis zur Audewische in der Georgenstraße fahren.

Wegen Schulden erhängt hat sich der Posthilfsbote Wilhelm Schulz, der Müllerstr. 138 in Schlastelle wohnte. Der 32-jährige Mann diente etwa neun Jahre bei der Post und gehörte dem Amt in der Säulengardenerstraße an. Er liebte alkoholische Getränke und geriet dadurch in Schulden. In der letzten Zeit begannen seine Gläubiger auf Zahlung zu dringen. Dadurch kam Schulz in eine missliche Lage, weil er einerseits nicht zahlen konnte, andererseits dienstliche Nachteile zu erwarten hatte. Er blieb daher seinem Dienst fern und wurde am Donnerstagabend von seiner Wirtin, die Holz aus dem Keller holen wollte, in einem Verschlag als Leiche aufgefunden.

Ein tödlicher Brandunglück hat sich Donnerstag abend in der Oberbergerstr. 40 zugetragen. In der Wohnung des Assenbeamten W. Schröder war dort dessen Schwiegermutter, die Lehrertwitwe Marie Vorherr, damit beschäftigt, auf einem Spirituslocher Speisen herzurichten. Als nur noch ein kleiner Rest von Spiritus in dem Behälter des Kochers war, griff die Frau nach einer Wackelampe und goß Spiritus nach. Im selben Augenblicke schossen auch schon lange Flammen empor und legten die Kleider der W. in Brand. Bald brannte nun die Frau am ganzen Körper und auch Wohnungsgegenstände hatten Feuer gefangen. Während Hausbewohner schleunigst auf die Hilferufe herbeieilten und die Flammen an der Frau erstickten, sorgten andere für die Alarmierung der Feuerwehr, die aus dem nahen Depot in der Oberbergerstraße schnell zur Stelle war. Die Samariter nahmen sich der mit Wundwunden über und über bedeckten Frau an und schafften sie nach dem Lazarus-Krankenhause. Hier starb die Unglückliche aber noch in derselben Nacht und hat somit ihre Unvorsichtigkeit mit dem Tode büßen müssen. Der entstandene Wohnungsbrand konnte in kurzer Zeit abgelöscht werden.

Die Leiche eines Mannes, die an der linken Stirnseite einen Kreuzschnitt zeigt, wurde am linken Habelufer im Grunewald gefunden. Der Mann war etwa 40 Jahre alt und hat dunkles Haar. Sein Hemd und Taschentuch tragen das Zeichen V. L. Die Kleidung besteht in einem dunkeln Jackettanzug. Der Tote befindet sich in der Bichelberger Leichenhalle. Nähere Auskunft erteilt der Förster Petermann.

Gemeinsam begraben wurden gestern auf dem jüdischen Friedhof in Weichenhellerhause Vater und Sohn, der 51-jährige Buchhalter Sidon Abrahamsohn und sein 17-jähriger als geworbener Sohn Arthur aus der Saarbrückerstr. 7. Der Sohn, ein Kaufmannslehrling, war lungentkrank und starb am Dienstag vormittag. Zwei Stunden später erlitten der Vater wegen des Totenstichs auf der gegenüberliegenden Polizeiwache. Kaum hatte er die Meldung erteilt, als er umfiel und verstarb.

Den Verletzungen erlegen ist abends um 11 Uhr die Frau Jda Tamn, die von ihrem Liebhaber Richard Herrmann in der Frankfurter Allee 86 zwei Schüsse erhielt. — Ferner starb im Kranenhaus das 2 1/2-jährige Töchterchen des Pantoffelmachers Vogt aus der Rheinsbergerstraße 31, mit dem sich die Mutter am Freitag abend wegen unglücklicher Eheverhältnisse zu vergiften versuchte. Die Mutter lebt noch. — Endlich erlag ihren Brandwunden die 22-jährige Arbeiterin Helene Karies, die in ihrer Wohnung, Volkmerstraße 66, beim Kaffeekochen durch die Explosion einer Spirituslampe am ganzen Körper verbrannte.

Ver schwunden ist seit Sonntag vormittag der 37-jährige Arbeiter Eduard Stolp aus seiner Wohnung in Rixdorf, Vergstraße 23. Nahrungsvorgen brachten Stolp dahin, sich mit Selbstmordgedanken zu fragen, und seine Frau vermutet daher, daß er sich ein Leid angetan hat. Der Ver schwundene ist etwa 1,75 Meter groß, hat ein rundes, volles Gesicht und trägt schwarzen Schnurrbart. Wer etwas über Stolp weiß, wird gebeten, seiner Frau oder dem nächsten Polizeirevier Mitteilung zu machen.

Wie große und gefährliche Brände entstehen, bleibt oft unaufgelärt. Davon ein Beispiel: Auf dem Hofe eines Warenhauses brannte die Isolierung elektrischer Kabel, der hölzerne Schutzkasten für die Kabel und einige Säcke, außerdem waren mehrere große Kabel gänzlich durchgeschmolzen. Die Entstehungsurache konnte trotz eifriger Nachforschungen mit Sicherheit nicht festgestellt werden. Vielleicht war durch Gemischen Zerlegungsprozess die Isolierung einiger Kabel schadhaft geworden und ist hierdurch und durch eindringende Feuchtigkeit Kurzschluss entstanden. Zur Lösung des Brandes mußte die Feuerwehr mit mehreren Röhren von Dampfstrahlern tüchtig Wasser geben. Zum Glück kam das Feuer am Tage und auf dem Hofe aus, wo die Gefahr sofort bemerkt wurde. — Im Fabrikgebäude einer Spritzfabrik in der Wäldenstraße 6 brannten im Lagerhause Kollobdium und Weidher und auf dem Hofe Spiritus und Kollobdium. Die Entstehungsurache ließ sich nicht ermitteln, soweit jedoch festgestellt werden konnte, ist dasselbe auf dem Hofe, wo 70 Gallons Schwefelsäure, 70 Holzäcker und 50 Eifenäcker mit Petroleum lagerten, entstanden und zwar durch Explosion. Zum Glück wurde die Feuerwehr sofort alarmiert und es gelang, die Spiritusreservoirs mit je einer Viertelmission Riter Inhalt zu schütten, wodurch eine größere Katastrophe verhütet wurde. Durch Stichflammen wurden leider dabei 1 Offizier und 6 Feuerwehrmänner verletzt, während 3 Oberfeuerwärmer und 10 Feuerwehrmänner unter der Einwirkung von Hitze und Rauch erkrankten. In einem Schuppen brannten Stroh, Heudrat, leere Fässer u. a. Die Ursache dieses Brandes wird darauf zurückgeführt, daß beim Inangangsetzen des Motors eines Motorweirades elektrische Funken abspritzten und das Stroh entzündeten.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden hatte die Wehr längere Zeit in der Heidenbergerstraße 121 zu tun. Bei Ankunft des aggen

**Wohlfühler Kunden** dort Tische, Stühle, Verpackungsmaterialien usw. in Klammern. Um diese zu ersetzen, mußte kräftig mit einem Rohre Wasser gegeben werden. — Beiden und Meidungsstände hatten dann in der Schillingstraße 58 in einer Wohnung Feuer gefangen, während in der Seidingerstraße 112 weiter auf einem Neubau brannten. — Ein Pfeifstohlenbrand mußte weiter auf dem Ostbahnhof in der Prombergerstraße unterdrückt werden. — In der Großen Franzfurterstraße 12 war ein Petroleumofen explodiert, wodurch Feuer entstanden war. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. — Außerdem hatte die Wehr noch an einigen Orten überschwenmte Keller auszupumpen.

**Für die Kinderspiele** am Sonntag hat der Verein Fichte folgendes Programm aufgestellt: Die Kinder versammeln sich früh 8 Uhr. Für den Südosten ist der Sammelpunkt an der Fretarckenbrücke am Schlessischen Busch, der Spielplatz in Treptow. Für den Nordosten ist der Sammelpunkt vor dem Landsberger Tor am Kriegerdenkmal, der Spielplatz im Friedrichshain. Für den Norden ist der Sammelpunkt an den Bahnhöfen Schönhauser Allee und Gesundbrunnen, der Spielplatz Sportplatz Behmstraße. Für Nordwesten ist Sammelpunkt Bahnhof Neusselstraße, Spielplatz der Turnplatz am Habsburger Ufer.

Von 9 1/2 bis 10 Uhr ist Frühstückspause; um 11 1/2 Uhr sind die Spiele zu Ende, worauf die Kinder nach den Sammelpunkten zurückgeführt werden. Die Eltern werden dringend gebeten, ihre Töchter ungeführt, ohne Korsett, zum Spielen zu schicken.

**Radsport.** An den Fliegerrennen am Sonntag auf der Radrennbahn zu Reichenow werden u. a. teilnehmen der Münchener Kurzmeyer, die beiden Dänen Agel und Andreas Hansen, sowie Theile. Wir machen die Besucher der Rennbahn Zehlendorf darauf aufmerksam, daß das mit der Bahn in Verbindung stehende Lokal der Arbeiterkassette nicht zur Verfügung steht und daher das Getränk aus diesem Lokal gemieden werden muß. — Im Sportpark Treptow findet am Sonntag ein Stundenrennen statt. Der französische Stecher Contenet, Bruno Demle, und der Sieger des letzten Treptower Stundenrennens, Schulze-Zehlendorf, stellen sich dem Starter.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.** Sonntag, den 9. Juli, Familien-Ausflug nach Tegeler-See. Abfahrt des Zuges nach Tegeler See 8,05 Stettiner Vorortbahnhof, 8,11 Bahnhof Gesundbrunnen. Für Teilnehmer, welche die Straßenbahn benutzen, Treffpunkt bis 10 1/2 Uhr Restaurant „Waldföhne“, gegenüber Schloß Tegeler. Für Nachzügler von mittags 12 Uhr ab Restaurant „Forsthaus“ (Zuh. Carl Dümke), Augusta Victoriastraße 18, vom Bahnhof Hermannsdorf in 5 Minuten zu erreichen. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Der Zentralverband der Zimmerer in Charlottenburg beschäftigte sich in einer Versammlung, die am 28. Juni tagte, mit den Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses. Nach einem einleitenden Referat des Vorsitzenden und einer kurzen Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung bedauert lebhaft die Haltung des Kölner Kongresses in den Fragen der Raiffeiser und des Generalstreiks. Sie spricht ihre schärfste Missbilligung über den resultatlos verlaufenen Verlauf der Debatte aus. Insbesondere bedauert die Versammlung die Zurückziehung sämtlicher Resolutionen zum Punkte Raiffeiser, da es dadurch vereitelt wurde, eine bestimmte Parole für die zukünftigen Raiffeiser auszugeben. Vor allen Dingen protestiert die Versammlung gegen die Ausführungen des Kam. Bringmann auf dem Kongress. Sie ist überzeugt, daß er nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht hat und ist mit derselben durchaus nicht einverstanden. Die Versammlung erwartet entschieden, daß ihre berufenen Vertreter in Zukunft sich mehr nach dem Willen der Mitglieder richten. — Da die Zimmerer des Bezirks XIII in der vollständigen Arbeitsruhe die einzige und wirksamste Demonstration für die auf dem internationalen Sozialistenkongress 1889 zu Paris aufgestellten Forderungen erblicken, beschließt die Versammlung für strikte Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai Sorge zu tragen.

### Rixdorf.

Unzüchtige Weldevorschrift. Der in Berlin wohnende Besitzer Eide hat in Rixdorf ein Haus, für das er nach einer Polizeiverordnung vom 6. Dezember 1901 der Rixdorfer Polizeiverwaltung einen Wizenwirt hätte namhaft machen müssen, damit diesem polizeiliche Verfügungen, die das Haus betreffen, zugestellt werden könnten. Wegen Übertretung der Bestimmung war E. in zweiter Instanz vom Landgericht II zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Das Kammergericht sprach ihn jedoch am 6. Juli frei, indem es die betreffende Vorschrift der Polizeiverordnung mit der Begründung für unzulässig erklärte, daß sie weder im Polizeiverordnungsgesetz noch in § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts eine Stütze finde.

Bei der Arbeit gestorben ist gestern morgen um 8 Uhr die 34-jährige unberechnete Plätterin Maria Nabel aus der Banzlichter 20 zu Rixdorf. Sie arbeitete in dem Plättkeller Dresdenerstr. 75, wurde vorgestern, anscheinend infolge der Hitze, unwohl und ging abends nicht nach Hause. Heute war sie kaum an ein Wasserglas getreten, als sie leblos zusammenbrach.

### Weißensee.

Am Sonntag, den 9. Juli, morgens 8 Uhr: Flugblattverbreitung vom Genossen Content, Lehderstr. 5, aus. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Das Gewerkschaftsstartell.

### Lichtenberg.

Töblich verunglückt ist der Zimmermann Hermann Jäschke. Der in der Sorauerstraße wohnhafte 60-jährige Arbeiter war auf dem großen Neubau der Papier- und Pappfabrik von Meyer bei der Errichtung des Dachstuhl tätig. Am Mittwochvormittag führte der Unglückliche durch einen Fehltritt von der Höhe des Baues in die Tiefe. Der herbeigerufene Arzt ordnete die Ueberführung in ein Krankenhaus an. Als der Krankenwagen erschien, war der Verunglückte seinen schweren Verletzungen schon erlegen.

### Potsdam.

Ein Mietsgeldschwindler, der das Geschäft verschiedene Monate lang mit großem Erfolge im Havellande, im Kreise Juch-Belzig, ausübte, hatte sich gestern vor der Potsdamer Straßmann in der Person des aus der Haft vorgeführten 50-jährigen Handelsmannes Matthias aus Meeyer Hütten bei Belzig zu verantworten. Von weit und breit waren eine große Anzahl Zeugen, meistens Landwirte, Förster, Gastwirte etc. herbeigeeilt, bei denen der Angeklagte mit Erfolg seine Tochter oder seinen Sohn als Dienstmädchen oder als Knecht vermietet und dafür das Mietsgeld im Betrage von 2-5 M. in Empfang genommen hatte. Seit dem 14. Februar war Matthias von Hause fort und lebte, von Ort zu Ort reisend, von den Erträgen seines Schwindels, denn er hatte weder eine Tochter, noch einen Sohn, welche in der Lage waren in Dienst zu ziehen. Die Vernehmung der vielen Zeugen erübrigte sich meistens, da der Angeklagte schließlich sein Zeugnis aufgab. Er wurde in 27 Fällen des Betruges im Rückfalle für schuldig befunden und zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gegen den Angeklagten, der aus Kot gehandelt haben will, 1 Jahr 8 Monat Gefängnis beantragt.

### Spandau.

Königlich preussische Sozialpolitik. In Preußen geht eine alte Sage, nach der die Staatsbetriebe einst zu Rußerbetrieben gemacht werden sollten. In den Rußer-Staatsbetrieben gehört auch die neue Geschloßfabrik. In diesem Institut wird ununterbrochen, in Tag- und Nachtschicht, gearbeitet. Auf die jahrelang erhobene Forderung der Beseitigung dieser gesundheitschädlichen und

aufreibenden Nacharbeit wurde schließlich vor längerer Zeit ganz allgemein die Anordnung getroffen, daß bei Nacharbeit in sämtlichen hiesigen Staatsbetrieben ein Lohnzuschlag von — 5 Pf. pro Stunde gewährt werden soll; sicherlich ein sehr niedrigeres Zugeständnis, zumal man sich zu einer Verlängerung der Nacharbeit, die ebenso wie die Tagesarbeit 10 Stunden beträgt, absolut nicht verstehen wollte. Doch selbst diese geringe Vergütung scheint den Leitern der neuen Geschloßfabrik noch zu hoch zu sein; plötzlich hat man nämlich hier die Entschloßung gemacht, daß ja die „Nacht“ erst um 8 1/2 Uhr abends beginnt, und daß mithin die eigentliche Nacharbeit nur noch 7 1/2 Stunden beträgt, weshalb den Nacharbeitern nummehr auch nur für diese Stundenzahl die Extravergütung gezahlt werden soll. In jüngster Zeit sind wiederholt Unfälle vorgekommen, welche zum guten Teil auf das Konto der Arbeiterabhebung durch die „Nacht“ und durch die „Nachtarbeit“ zu setzen sind. Die Direktion weiß zwar fast alle vier Wochen die Arbeiter erneut auf die Schuttbordschriften hin, aber was hilft das, wenn an den bestehenden Mißständen nichts geändert wird. Die Meister versuchen nach wie vor die „Nacht“ zu drücken, was wiederum ein umso härteres Arbeiten zur Folge hat, wobei der Arbeiter naturgemäß die Schuttbordschriften, die sich auf dem Papier gar prächtig ausnehmen, zu beachten leichter unterläßt.

Hervorragendes im Drücken der „Nacht“ leistet ein Meister, der sich einen Ruf erworben durch den Ausspruch: „Es ist nicht nötig, daß der Arbeiter 60 Jahre alt wird“. Die Unzufriedenheit der Arbeiter in der neuen Geschloßfabrik mit ihrer Behandlung durch ihre Vorgesetzten ist heute ziemlich allgemein. Mißfien es sich doch z. B. auch die Arbeiter in der Revision gefallen lassen, daß sie von der Direktion in die vierte Lohnklasse einrangiert werden, während die gleichartigen Arbeiter des Instituts in Siegburg in der dritten Lohnklasse stehen! Alle Klagen der Arbeiter werden solange ungehört verhallen, bis die Arbeiter der Staatsbetriebe ihren einmütigen Anschluß an ihre Organisation vollzogen haben werden.

Die obligatorische Fortbildungsschule soll nach dem Vorschlage der Spezialkommission der städtischen Körperschaften am 1. April 1906 ins Leben treten. Nachdem die Kommission in voriger Sitzung den Entwurf hierzu arg verschlechtert hat, statt ihn zu verbessern, ist es unseren Parteigenossen gelungen, wenigstens in die Schulordnung, die von der Kommission neulich beraten wurde, einige wesentliche Verbesserungen hineinzubringen. So wurde festgelegt, daß der Schulunterricht innerhalb der Arbeitszeit der Schüler zu erteilen ist, und daß die Maximal-Schülerzahl einer Klasse für Deutsch und Rechnen 35 und für Zeichen 25 in der Regel nicht übersteigen darf. Auch die Ungleichheiten in der Befoldung der Lehrkräfte werden beseitigt, und zwar durch eine Gehaltskala, die eine Steigerung der Gehälter von drei zu drei Jahren von 80 auf 100 und 120 M. pro Jahresstunde vorsieht.

Eine rührende Arbeiterfürsorge entwickelt in jüngster Zeit die Firma Drenstein u. Koppel hierseits, indem sie, wie ein hiesiges Lokalblatt vermeldet, ihren Arbeitern dreimal täglich Kaffee und noch dazu ganz ohne Entgelt verabfolgt. Wie das Blatt schreibt, soll dadurch verhütet werden, daß die Leute während der heißen Jahreszeit ihren Durst mit Wasser füllen oder von ihrem Arbeitsverdienst noch Aufwendungen für Bier und geistige Getränke machen.

Die Verabfolgung von Kaffee ist durchaus zu heißen. Doch die Firma hat diese Anordnung nicht aus Alkoholgegnerischkeit getroffen, sondern sie will damit nur eine billige Sozialpolitik treiben. Sie gesteht indirekt zu, daß die Arbeiter von ihren Löhnen keine Aufwendungen für Bier machen können; und in der Tat können die Arbeiter mit Stundenlöhnen von 33 Pf. kaum ihren Durst löschen. Die Firma glaubt nun Lohnforderungen durch Gratiskaffee befriedigen zu können und läßt sich außerdem noch als Wohltäterin feiern.

### Pankow.

Die Brauerei Engelhardt in Pankow teilt uns mit, daß ihr Betrieb durch die Ueberschwemmung der Panke nicht gestört hat, da dieser mächtige Strom sich in einiger Entfernung von ihrem Etablissement befindet. Die Feuerwehr habe lediglich in der Nacht zu gestern das Regenwasser beseitigt.

### Neuenhagen (Ostbahn).

Eine öffentliche Versammlung fand in Fredersdorf am 2. Juli statt. Arbeitersekretär G. Linz referierte über die politischen Parteien und die Arbeiterklasse. In seinem 1/2stündigen Vortrage unterzog der Redner das Wesen der bürgerlichen Parteien einer eingehenden und scharfen Kritik. Von den Konventionen bis zu den freisinnigen ist nur das Verlangen nach Anebelung der Arbeiterklasse, der Haß gegen die Sozialdemokratie wach. Die vielgepriesenen Arbeitervertragsgesetze erfüllen nicht im entferntesten die bestehenden Forderungen der Arbeiter. Dabei treibe man die Sozialpolitik rückwärts. Durch höhere Rölle unternehme man eine steigende Belastung der Arbeiter und erzwinge somit immermehr ihre lange Existenz. Pflicht der Arbeiter ist es, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen und für dieselbe zu werden. Lebhafter Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen zu teil. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

## Vermischtes.

Wie die Amerikaner ihr Nationalfest feiern. Die Zahl der Opfer des 4. Juli war in diesem Jahre wieder sehr groß; es gab Tote und Verwundete wie auf einem Schlachtfelde. In vielen Orten hatten die Behörden Mahnungen erlassen, daß die Bürger in einer „friedlichen und vernünftigen Weise“ den Tag der Unabhängigkeitserklärung feiern möchten. Trotzdem wurde in allgetwohnter Weise viel geschossen und massenhaft Feuerwerk abgebrannt. Es wird berechnet, daß für 10 Millionen Dollar Feuerwerk am 4. Juli verbraucht wurde. Alle großen Städte haben lange Feuerfeste und viele Feuerbrünste zu vergehen. In New York wurde aus einer Schaar kleiner Jungen eine Feuerwerksbrunne in einen Straßenbahnwagen geschleudert, was eine Panik hervorrief; viele der Fahrgäste wurden verletzt, darunter ein alter Mann tödlich. Erst nach geraumer Zeit wird die Unglücksliste aus dem ganzen Lande fertig sein, aber man kann sich ein Bild davon machen, wenn man an den 4. Juli letzten Jahres denkt, der nicht etwa eine Ausnahme darstellt. Die Zahl der Toten war 200, darunter sehr viele Kinder; nahezu 100 Personen erlitten später ihren Verletzungen; etwa hundert verloren ihr Augenlicht ganz oder teilweise. Es waren 20 000 Personen, die ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Vom 4. Juli 1905 meldeten die ersten Berichte schon 40 Tote und einige tausend Verletzte.

Die Zahl der wegen chronischen Alkoholismus und Säuferwahnsinn in den allgemeinen Krankenhäusern des preussischen Staates behandelten (ausgenommenen) Personen betrug nach dem „Statistischen Jahrbuch für den preussischen Staat“ 1904 (Seite 115) im Jahre 1902 18 377, und zwar 12 576 Männer und 801 Frauen. Außerdem wurden im Jahre 1902 in sämtlichen Irrenanstalten 1418 Männer und 111 Frauen, im ganzen 1529 Personen, am Säuferwahnsinn behandelt. Dazu kommen noch die Fälle von ausgeprochenen alkoholischen Geistesstörungen, die nicht besonders bezeichnet sind. Es resultieren demnach mindestens 20 000 Personen, die wegen ausgesprochener alkoholischer Störungen in preussischen Krankenhäusern und Irrenanstalten behandelt worden sind.

Ein schweres Unglück auf den Militärschießständen in Waldhof ereignete sich am Donnerstagvormittag. Der Grenadier Red von der neunten Kompagnie begab sich während des Schießens an eine Scheibe und erhielt einen Schuß, welcher die Nieren durchbohrte. Er liegt in hoffnungslosem Zustande im Lazarett. Die Schuld an dem Unglücksfalle gibt man dem aufsichtsführenden Feldwebel. Untersuchung ist eingeleitet.

Ein Wirbelwind riss auf dem Gute Treuhäuser (Kreis Briesen), wie die „Thorner Presse“ meldet, den Stall nieder, wobei drei

Arbeiter getötet und zwei andere lebensgefährlich verletzt wurden.

Vom Simphon. In der Nacht zum Freitag wurde, wie aus Trig telegraphiert wird, Tunnel 2 des Simphons durchschlagend.

Das Elternauge wacht! Im Kreisblatt für den Kreis Hocht a. M. wird bekannt gemacht: „Ein Kinderwagen, welcher mit gold. blieb am Sonntag in Soffenheim oder Unterriederbach, vielleicht auch in Hocht in einem Bierstube stehen. Die Decke trägt die gestichene Aufschrift: Schlaf sanft, das Elternauge wacht!“

Mit Bohnen und Speck in die Kasse getrieben. Im Bochumer Reichshallentheater produzierte sich seit einigen Tagen ein sogenannter Hungerkünstler, der sich bei einer Wette um 2500 M. anheischig gemacht hatte, 19 Tage lang bei Mineralwasser und schöner Aussicht in einem Glasfaß zu fasten. Die Einmauerung des Hungerkünstlers ging in der üblichen feierlichen Weise vor sich und das Fasten begann, nachdem ein Doktor der Medizin festgestellt hatte, daß der Gesundheitszustand des Mannes ein guter sei. Das Publikum verfolgte mit wachsendem Interesse den Verlauf der Hungerkur und prophezeite dem Glasfaßbewohner schon einen glänzenden Erfolg, als gestern abend plötzlich der ganze Saal einen unerwartet schnellen Abbruch fand. Ein Gast des Reichshallentheaters ließ sich eine Portion große Bohnen mit Speck geben und beging die Unvorsichtigkeit, sich mit diesem Götterknecht in die Nähe des Glasfaßes zu setzen. Das konnte der Hungerkünstler, ein Stockweisse, nicht lange mit ansehen. Er zerückte die Glaswände seines selbstgewählten Kerkers und machte sich auf die Pappeln. Der Inhaber des Reichshallentheaters und seine Gäste waren über den Verlust der Attraktion zwar sehr niedergeschlagen, aber wie man hört, haben sie dem ausgeräuterten Hungerkünstler mildernde Umstände zugebilligt.

## Briefkasten der Redaktion.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnung: 7 Uhr.

7. 2. Rixdorf. 1. und 2. Rein. — A. 6. 01. Sie können nach dem Gesetz nicht zwei Zwangsclassen (z. B. Arbeiterklasse und Betriebskrankenfälle) angeben. Sind dennoch irrtümlich von Ihnen Beiträge gezahlt und von der Kasse angenommen, so sind diese in vollem Betrage zurückzugeben. — 7. 5. Wird die Ehe wegen Schuld des Mannes geschieden, so fällt die Erziehung der Frau zu. Den Unterhalt für das Kind und die geschiedene Ehefrau hat der Mann zu zahlen. — M. N. Der Wandleiter hat den vollen Schaden zu ersetzen. Aber wie hoch der Wert der verletzten Sachen ist, läßt sich in Ihrem Falle schwer nachweisen. Statt eines langwierigen Kostenverursachenden, von allerlei Zufälligkeiten im Erfolg abhängigen Prozesses ist in Ihrem Falle zu einem Vergleich zu raten.

— A. 2. 1. Nach dem aufrechterhaltenen § 9 des altpreussischen Preussengesetz vom 12. Mai 1851 dürfen Platane, welche einen anderen Inhalt haben als Anlandigungen über gleich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergünstigungen, über geerbte, verlorne oder gelundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, nicht angehängt, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden. Ihr Antrag: Hier sind die Forderungen der Geschäfte bewilligt, bringt eine erlaubte Nachricht für den gewerblichen Verkehr, ist mithin erlaubt. Lehnen Sie die polizeiliche Aufforderung zur Fortnahme des Plakats ab und beschreiben Sie eventuell den Weg des Verwaltungsstellenverfahrens. — J. 2. und G. 2. 999. Unter Beleidigungslage muß ein Schmeichele vor dem Schiedsmann des Bezirks, in dem der Beklagte wohnt, vorangehen, wenn beide Parteien in derselben Gemeinde wohnen. Der (mit der Klage zu verbindende) Strafantrag ist innerhalb drei Monaten nach Kenntnis von der Beleidigung bei dem Amtsgericht des Bezirks einzureichen, in dem der Beklagte wohnt. Vor Einreichung der Beleidigungsklage tut der Kläger gut, sich zu überlegen, ob der Zeitaufwand und die Kosten im Verhältnis zu dem Erfolg stehen können. Ein Beispiel und Anleitung zu einer Beleidigungsklage finden Sie S. 123 und 600 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“.

— M. N. Ein kinderloser Bürger erbt (ebenso wie eine kinderlose Witwe) nach dem Recht des bürgerlichen Gesetzbuchs eine Hälfte des Nachlasses seiner verstorbenen Ehegatten und überdies als Voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, sowie die Nachlassgegenstände. Wer die Ehe vor dem 1. Januar 1900 geschlossen, so hängt das Erbrecht des Gatten davon ab, wo die Ehe geschlossen und der erste Wohnsitz nach dem Gesetz genommen war. Gilt für diesen Teil mütterliches Recht (das trifft für Berlin, den größten Teil Brandenburgs und einiger anderer Landes-teile zu), so kann der überlebende Ehegatte innerhalb sechs Wochen nach dem Tode seines Gatten in einer notariell oder gerichtl. beglaubigten Erklärung dem Nachlassgericht gegenüber mitteilen, daß er statt der Rechte, die ihm nach den bisherigen Gesetzen zustehen, die Erbfolge nach dem bürgerlichen Gesetzbuch wähle. Tut er dies, so gilt auch für ihn das eben wiedergegebene Erbrecht des Ehegatten nach dem bürgerlichen Gesetzbuch. Unterläßt er solche Erklärung, so findet das mütterliche Recht Anwendung. Nach diesem hat er die Wahl, ob er sein Vermögen für sich behalten und auf den Nachlass des Ehegatten verzichtet oder die sogenannte naturliche Portion wählt. Die naturliche Portion besteht in der Hälfte des am Todestage vorhanden gewesenen Vermögens beider Eheleute.

— 75 G. Rentenversicherungsberechtigter können auch in Zukunft veräußert werden, denn die hierüber bestehenden Vorschriften und die gegen die Herausziehung möglicher Maßnahmen sind S. 393, 394, 439 bis 443 das in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“ dargelegt. — Coburger Leitfaden. Der Arzt befand sich in Ausübung seiner Pflicht. Die Schmeichelei der Cousine könnten als Beleidigungen aufgeführt werden. Es könnte aber auch angenommen werden, daß sie in guter Absicht ohne das Bewußtsein der Kränkung gehandelt habe. Dann wäre sie freizusprechen. Es ist deshalb von einer Beleidigungslage abzuraten. Vertrauen Sie sich ohne Voreingenommenheit für eine bestimmte Kurat einem Arzt an, zu dessen Offenheit und Unfähigkeit Sie Vertrauen haben. Die von Ihnen erwähnte Krankheit kann auch außerordentlich schwere Folgen haben. — G. 2. 24. Somet erchtlich, sind Sie kraft Gesetzes Mitglied der Kasse. Wegen diese hätten Sie Ihre Ansprüche bei der Gewerbe-Deputation des Magistrats (Stralauerstr. 1-3) zu erheben. Trifft unsere Voraussetzung nicht zu, so bleibt Ihnen leider nur der Weg an die Armenkommission übrig. — A. 2. Rein. — 7. 100. Nach Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts ist die Polizei im Recht. — M. N. 19. Eine Schneiderin, die ein Kleid total verpufft, ist in vollem Umfang schadenverursachlich. Aber die Frage, ob eine Verpuffung vorliegt, kann vom Gericht leicht anders entschieden werden, als der Besteller annimmt. Ein Vergleich ist daher ratsam. Zuständig für die Schadenersatzklage ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Schneiderin wohnt. — M. G. 42. 1.-3. Rein. 4. Es müßte eventuell beim Amtsgericht Klage auf Rückgabe erhoben werden. Rattamer ist es, die Klage zu unterlassen und den Streitfall beizulegen. — Weßlau M. 33. 1. Wahrscheinlich sind die uns nicht bekannten Statuten; jedoch dürfte schon nach Ihrer Darstellung eine Klage aussichtslos sein, weil ordentliche Aufnahme durch den Vorstand nicht erfolgt ist. 2. Das Gericht ist zuständig. Die Kosten könnten etwa 30 M. betragen. 3. Sie sind nur auf Grund schriftlicher Vollmacht zur Klageerhebung und Vertretung Ihrer Frau berechtigt. — S. 2. Es empfiehlt sich eine notarielle oder gerichtliche Urkunde. — T. 2. 11. Rein. — 15 A. 23. 1. Nicht die Zeichnung allein, sondern vor allem der Inhalt der Zeichnung ist maßgebend und genügend anzugeben. Sie tun gut, sich entweder direkt auf dem Patentamt Beschuld zu holen oder, wenn irgend tunlich, einen Patentanwalt zu beauftragen. 2. Zwei. 3. Zunächst 20 M.; Sie erhalten volle Auskunft im Patentamt. 4. Ein bis vier Monate. — D. 31. Eine Frau ist nicht vorgeschrieben. Sie können nur Klagen und dann Pfändungen lassen. — T. 42. Nach Ihren Darlegungen gehört der Vogel Ihnen und Sie sind zur Rückgabe nicht verpflichtet. — C. 2a. — Schuld 100. 1. Zeilen Sie den Eid nicht, so können Sie zweifelsfrei Leistung des Offenbarungseides bis zur Dauer von sechs Monaten verhalten werden. 2. Unwahre eides Angaben werden als Meineid mit Zuchthaus bestraft. Manipulationen zur Uebertragung des Eigentums auf die Ehefrau zwecks Benachteiligung des Gläubigers sind rechtswirksam und mit Gefängnis bestraft. — 3. 68. Falls die Mutter den Schwerverblich mit Gefängnis bestraft. — 3. 7. 1. Kann sie auf vollen Unterhalt klagen. Endlich kann sie beim Amtsgericht Klage auf Unterbindung wegen Fremdschuld und Unterbindung in eine Heilanstalt stellen. 3. Der Frau stünde der Anspruch als Erbin zu. — M. A. Jeder ist das Recht zu spät. — Alter Abonnent 89. Die Kündigung besteht zu Recht. — A. 6. 100. 1. Ja. 2. Rein. 3. Ja. 4. Vernehmung ist erlaubt. Das Gericht kann daraus und aus dem gesamten Verhalte Schlüsse zu Ihren Ungunsten ziehen. — C. 2. 2. Der Antrag ist an die Versicherungsanstalt, Adäntlicher Rat (mündlich oder schriftlich) zu richten. Die Versicherungsanstalt ist berechtigt, nicht verpflichtet, Ihrem Antrage stattzugeben. — M. 2. 42. Die Statutenvorschriften sind maßgebend. — A. 2. Rein. — 1. 1. Rein; sie darf jede Antwort ablehnen, aber nicht wahrheitswidriges angeben. 2. Anträgen, ab bestimmte Länder wegen bestimmter Punkte ausliefern, können mit grundsätzlichen aus strafrechtlichen Gründen ab. Sie müssen selbst die Auslieferungsvorträge einsehen. 3. In 5 Jahren. —

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW